

N I E D E R S C H R I F T

über die 32. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	08.05.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:20 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Boller, Joachim
Elter, Uwe
Fries, Traute
Holzäpfel, Prof. Dr., Heinz
Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Dreisbach, Jürgen
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Moll, Ilona
Mues, Gunter
Mues, Steffen - für Stv Schiemer, Hansgeorg - bis 17.25 Uhr (TOP 11)
Otto, Günter - für Stv Bertelmann, Hans-Günter
Rothenpieler, Wilhelm
Schulte, Werner
Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

A. Ö F F E N T L I C H E S I T Z U N G

Die nachgereichte Anfrage der SPD-Fraktion wird unter Punkt 3 beantwortet.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Walter bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Gebäudemanagement

Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.04.2002

Herr Bürgermeister Stötzel beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Auf Grund des Antrages vom 30.01.2002 für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.02.2002 hatte ich bereits mitgeteilt, dass die mit der organisatorischen und personalwirtschaftlichen Umsetzung verbundenen Konsequenzen eines erheblichen Abstimmungsbedarfs und einer intensiven und umfassenden, leider damit verbundenen auch sehr zeitintensiven, Überprüfung bedürfen.

Eine im Sinne der Anfrage genaue Bezifferung der Höhe möglicher Kosteneinsparungen durch die Einführung eines Gebäudemanagements kann exakt nicht erfolgen, da

1. wesentliche Einsparungen bereits durch die Umsetzung des Gebäudereinigungskonzeptes abgeschöpft wurden,
2. mögliche weitere Einsparungen abhängig sind von der konzeptionellen Ausgestaltung des Themas, wie z. B.
 - welche bestehenden Organisations- und Aufgabenbereiche sind sinnvoll in einer neuen Organisationseinheit zusammenzufassen,
 - oder sollen im Sinne eines "learning by doing" einzelne Aufgabenbereiche eines Gebäudemanagements im Sinne eines modellhaften Einstiegs umgesetzt werden.

Grundsätzlich muss darauf hingewiesen werden, dass durch die Umsetzung des Gebäudereinigungskonzeptes seit 1996 bereits kumuliert 2,2 Mio. € konkret eingespart wurden, die nach der Definition einem Gebäudemanagement zuzurechnen wären.

Weitere Einsparungsmöglichkeiten werden meinerseits durch die Neuorganisation der Hausmeisterdienste (z. B. Einrichtung von Regiekolonnen zur Durchführung notwendiger Reparatur-, Instandhaltungs- und Verschönerungsarbeiten) bzw. die Neustrukturierung des Aufgabenbereiches Energiebewirtschaftung verbunden mit einer

Intensivierung der Energieüberwachung gesehen.

Auf die Bezifferung einer Kosteneinsparungsgröße wird bewusst verzichtet, da diese nicht verifizierbar wäre.

Wegen den erheblichen organisatorischen Auswirkungen bei der Umsetzung des Projektes Gebäudemanagement besteht meinerseits die Absicht, in der nächsten Sitzung des Ältestenrates, der voraussichtlich Ende Mai stattfinden wird, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine eingehende Beratung in diesem Gremium halte ich angesichts der Bedeutung und des Umfangs des Themas vor Einbringung einer entsprechenden Verwaltungsvorlage in die politischen Gremien für geboten."

Herr Kirchhöfer verweist auf die Aussage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Existenz einer Vorlage und zeigt sich verwundert, dass keine Einsparsumme beziffert werden kann, obwohl der Bürgermeister in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts eine Größenordnung angegeben hat.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass Grundsatzfragen in erheblichem Umfang angesprochen werden müssen. Nach intensiverer Bearbeitung des Themas ist für ihn erkennbar geworden, dass eine genauere Differenzierung auch hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen erforderlich ist.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW

5.1. Schließung bzw. Neuorganisation des Sozialamtes Anregung / Beschwerde des Herrn Roland Meyer vom 05.04.2002 gem. § 24 GO NW sowie Ergänzungsschreiben vom 13.04.2002

Vorlagenr. 1907/2002 - Vorlage vom 15.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, gem. Anlage II, Buchst. A, Ziff. 2b und 3a ,von einer sachlichen Prüfung der Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW ab-zusehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss erklärt die Anregung damit für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**5.2. Verkehrsberuhigung in der Hohe Straße in Siegen-Geisweid von der Einmündung Birlenbacher Straße bis Sohlbacher Straße
Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW des Herrn Manfred Muth und andere; Eingang 03.04.2002**

Vorlagennr. 1911/2002 - Vorlage vom 23.04.2002

Durch einen Anlieger der "Hohe Straße" werden ergänzend folgende Punkte vorge-
tragen:

- Parkverkehr durch Besucher der Einrichtungen im Gebäude "Blauer Bock"
- Schließung der Hofbachstraße und der Hüttenstraße
- Überschreitung der Geschwindigkeitsbeschränkung
- schlechte Erkennbarkeit der Beschilderung

Herr Boller sieht dringenden Handlungsbedarf und fordert daher, die Thematik auch im Hinblick auf den ruhenden Verkehr bereits in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses zu behandeln.

Herr Kirchhöfer verweist auf die Entscheidung im Verkehrsausschuss am 11.04.2002 zur Verkehrsregelung in der Hüttenstraße und sieht hier einen vergleichbaren Sachverhalt.

Herr Brune führt aus, dass die Frage des Durchgangsverkehrs auf Grund des v. g. Beschlusses als erledigt anzusehen ist. Möglichkeiten zur Geschwindigkeitsreduzierung sollten in der Arbeitskommission und im Fachausschuss erörtert werden.

Herr Elter regt an, die Verkehrsentwicklung nach der Öffnung der Hüttenstraße für ca. einen Monat zu beobachten und dann über die Einrichtung einer Anwohnerparkzone zu beraten. Diesbezüglich sind die Anwohner jedoch auf die Gebührenpflicht nach StVO ausdrücklich hinzuweisen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gem. Ziff. 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und verweist die Anregung unter Berücksichtigung der vorgebrachten Hinweise zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Übersicht der Partnerschaftsbegegnungen im Jahr 2001 mit Zuschussanträgen

Vorlagennr. 1880/2002 - Vorlage vom 05.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Übersicht der Partnerschaftsbegegnungen des Jahres 2001 mit Zuschussanträgen zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 7. Förderung der Stadt Siegen bei Partnerschaftsbegegnungen;
hier:
Richtlinien der Stadt Siegen für die Gewährung von Zuschüssen bei
Partnerschaftsbegegnungen - unter Berücksichtigung der Euroumstellung**

Vorlagenr. 1881/2002 - Vorlage vom 05.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Anpassung der Förderungsbestimmungen und Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen bei Partnerschaftsbegegnungen im Rahmen der Währungsumstellung von DM auf Euro mit Wirkung vom 1. Januar 2002 gemäß Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 8. Partnerschaftspflege;
hier:
Anträge von Vereinen, Schulen und Gruppierungen auf Bezuschussung
von Partnerschaftsbegegnungen im Jahr 2002**

Vorlagenr. 1882/2002 - Vorlage vom 05.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Durchführung der aufgelisteten Partnerschaftsbegegnungen zu und beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002 die Verteilung der Haushaltsmittel entsprechend dem der Vorlage beigefügten Verwaltungsvorschlag.

Weitere Begegnungen, für die bisher noch kein Antrag vorliegt, können im Rahmen des Haushaltsansatzes gemäß Richtlinien bezuschusst werden

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 9. Bädergutachten;
hier: Analyse und Umsetzungsempfehlungen**

Vorlagennr. 1807/2002 - Vorlage vom 23.04.2002

Herr Baumeister verweist auf seine Stellungnahme und betont, dass neben fachspezifischen Interessen insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen. Bei der Beurteilung und Abwägung sind weniger mögliche Zielkonflikte, sondern vielmehr konkrete Bedarfe, Konsequenzen aus einzelnen Maßnahmen sowie Möglichkeiten zur Kostenreduzierung in den Vordergrund zu stellen.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass die Stadt Siegen ein qualitativ gutes Bäderangebot vorweisen kann. Der Hauptinvestitionsbedarf liegt seines Erachtens im Bereich der Technik und der Attraktivität.

Herr Mues macht deutlich, dass die zahlreichen Detailpunkte zunächst im Fachausschuss beraten werden müssen. Der Haupt- und Finanzausschuss sollte daher dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen und auch keine Richtungsvorgabe treffen. Er schlägt vor, die Analyse zur Kenntnis zu nehmen. Die in der Vorlage exemplarisch aufgeführten Punkte sollten in der weiteren Diskussion Berücksichtigung finden. Aus finanziellen Gründen ist seines Erachtens eine Veränderung nur in kleinen Schritten möglich.

Herr Kirchhöfer hält die Akzeptanz der städtischen Bäder für zufriedenstellend, wenn auch das Niveau der Angebote partiell verbessert werden kann. Diesbezüglich ist eine genaue Kosten-Nutzen-Analyse erforderlich. Er bittet zu klären, wie sich bei dem Betrieb des Hallenbades Weidenau als Sportbad die Transportkosten und -zeiten für den Schulsport darstellen. Darüber hinaus möchte er wissen, wie die Chance einer Privatisierung der Sauna im Hallenbad Löhrtor eingeschätzt wird. Im übrigen schließt er sich dem Vorschlag seines Vorredners an. Die unter den Spiegelstrichen aufgeführten Aspekte sind in der weiteren Beratung zu vertiefen.

Herr Dr. Stötzel ist der Meinung, dass der Fachausschuss nicht nur über die eine, von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante, sondern über alle im Konzept aufgeführten Alternativen beraten sollte. Den Verwaltungsvorschlag empfindet er als Zielvorgabe, in der Punkte mit politischer Bedeutung teilweise nicht berücksichtigt werden.

Auch Herr Boller möchte die Beratung als erste Lesung verstanden wissen und keine Empfehlung abgeben. Er bittet, Einsparpotenziale durch den Einsatz von Kassenautomaten und Möglichkeiten zur Senkung der Betriebskosten durch Investitionen für Maßnahmen zur Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs in der weiteren Diskussion zu berücksichtigen.

Auf die Frage von Herrn Boller erklärt Herr Baumeister, dass er hinsichtlich der Freibäder Eiserfeld und Seelbach konkrete Aussagen zum weiteren Betrieb als Entscheidungsgrundlage für künftige Investitionen für erforderlich hält. Zunächst die Akzeptanz der Bevölkerung abzuwarten ist im Hinblick auf eine möglicher Weise verregnete Saison keine Ausgangsbasis.

Herr Otto weist darauf hin, dass bei einer Veränderung des Schulschwimmens auch der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen hinzugezogen werden soll.

Herr Dr. Holzäpfel beurteilt sowohl das Gutachten, als auch die Zusammenfassung der Verwaltung und die zielgruppenorientierten Vorschläge als gut. Die Schließung eines Bades möchte er nicht von vorne herein ausschließen, da die Grundversorgung gewährleistet ist und die Angebote im Umland mit betrachtet werden müssen. Bei der Löhrtor-Sauna sieht er die eingeschränkten Öffnungszeiten z. B. an Sonn- und Feiertagen als problematisch und hält Überlegungen zur Privatisierung unter diesem Gesichtspunkt für möglich.

Herr Walter ist der Meinung, dass die Errichtung eines Wellnessbades o. ä. für eine Kommune finanziell nicht tragbar ist. Dennoch sollte das gesamte Konzept und die aufgezeigten Möglichkeiten unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit beraten werden. Hinsichtlich der Sauna bitte er, Erfahrungswerte zu den Öffnungszeiten in anderen Betrieben hinzuzuziehen.

Herr Mues gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass auch eine Teilprivatisierung mit Gewährung eines städtischen Zuschusses an einen Investor in Betracht kommen könnte. Abschließend hält er fest, dass sich zunächst nur der Sport- und Bäderausschuss mit der Thematik befassen sollte. Weitere Gremien könnten später zu fachspezifischen Punkten weitere Gremien hinzugezogen werden.

Beschluss (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss nimmt die Analyse des Bädergutachtens und die Umsetzungsempfehlungen der Fa. Altenburg Unternehmensberatung zur Kenntnis und überweist die Vorlage zur Beratung an den Sport- und Bäderausschuss.

Dabei sind u. a. folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Die Warmwasserfreibäder Siegen-Kaan-Marienborn und Siegen-Geisweid sind kurzfristig zu sanieren. Die Aufenthalts- und Liegeflächen sind mittelfristig zu attraktivieren.
- Kurz- bis mittelfristig sind die drei Hallenbäder zu sanieren.
- Die Hallenbäder sind wie folgt zielgruppenorientiert zu betreiben:
 - Hallenbad Weidenau
Sportbad für Schulen, Vereine und Sportschwimmer
mit eingeschränkten öffentlichen Schwimmzeiten
 - Hallenbad Löhrtor
Kurs- und Aktionsbad
 - Hallenbad Eiserfeld
Familienbad und Behindertensport

Die Gesamtöffnungszeiten sind moderat zu reduzieren.
Abrechnungstechnik (Kassenautomaten) ist anzuschaffen.
Die Zielgruppenorientierung führt mittelfristig zu Einsparungen im Personalbereich in Höhe von ca. 150.000 Euro jährlich.

- Die Preispolitik ist zu bereinigen.
Die Preisstruktur sollte sich weitgehend am Vorschlag der Gutachter (Anlage 6) orientieren, die eine Einkommensverbesserung von jährlich ca. 30.000 Euro prognostizieren. Eine detaillierte Vorlage ist zu erarbeiten.
- Mittelfristig ist das Naturfreibad Seelbacher Weiher zu sanieren.
Eine Privatisierung wird angestrebt.
- Die im Optimierungskonzept enthaltene Attraktivierung der Sauna wird verschoben und langfristig umgesetzt, wenn es die Haushaltslage zulässt.
- Eine Entscheidung zum Betrieb des Naturfreibades Eiserfeld sollte nach Überprüfung der Annahme durch die Bevölkerung im Jahre 2002 spätestens nach der Badesaison 2003 getroffen werden.
- Langfristig ist das Hallenbad Eiserfeld zu einem zeitgemäßen Familienbad auszubauen, sofern es die Haushaltslage zulässt.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen Detailkonzepte unter Einbeziehung von Bau- und Finanzierungsplänen zu erarbeiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. Kommunale Beschäftigungsförderung - Neue Arbeit Siegerland gGmbH - Gesellschaftervertrag

Vorlagenr. 1915/2002 - Vorlage vom 26.02.2002

dazu: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2002

Die SPD-Fraktion kann sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion nicht anschließen, so Herr Dr. Stötzel. Kommunales Ziel bei der Einrichtung einer solchen Beschäftigungsgesellschaft ist die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und somit die Reduzierung der Sozialhilfesaufwendungen. Die Interessen der übrigen Gesellschafter liegen jedoch nicht in dieser Richtung. Daher ist zu befürchten, dass sich diese aus der Gesellschaft zurückziehen, da sie ihre Mittel auch anderweitig einsetzen können. Er hält es für erforderlich, vor einer solchen Entscheidung zunächst Gespräche aufzunehmen.

Herr Dr. Rohr teilt die Einschätzung von Herrn Dr. Stötzel und regt an, in nichtöffentlicher Sitzung über mögliche Konsequenzen zu beraten.

Herr Bürgermeister Stötzel versteht den Antrag als Auftrag an die Verwaltung, im Sinne des Antrages Verhandlungen aufzunehmen.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

1. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird nicht gefolgt.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert,
 - a) mit den übrigen Gesellschaftern den Gesellschaftervertrag neu auszuhandeln. Dabei wird auf folgende Punkte besonderer Wert gelegt:
 - aa) Vorrangiges Ziel muss die Wiedereingliederung der sozial benachteiligten Jugendlichen und dauerarbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt sein,
 - ab) es muss eine Endschaftsklausel in den Gesellschaftervertrag eingebaut werden,
 - ac) den Gesellschaftern muss ein Kündigungsrecht ihrer Beteiligung eingeräumt werden unter Berücksichtigung von entsprechenden Fristen und ggfs. Vorkaufsrechten der übrigen Gesellschafter,
 - b) dafür Sorge zu tragen, dass der Rat grundsätzlich ein Weisungsrecht gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen in der Gesellschafterversammlung ausüben kann (die praktische Ausgestaltung ist entsprechend auszuarbeiten),
 - c) die übrigen Gesellschafter mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass in Zukunft eine Verlustabdeckung, Bürgschaftsübernahme etc. seitens der Stadt Siegen nur noch in Höhe ihres Beteiligungsanteils (25 %) vorgenommen werden kann.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 5 dagegen, 2 Enthaltungen

11. Haushalt 2003

hier: Verfahren zur Aufstellung des Haushalts einschließlich Terminplanung

Vorlagenr. 1892/2002 -Vorlage vom 11.04.2002

Für Herrn Boller ist der Bearbeitungszeitraum zwischen der Beratung im Verwaltungsvorstand und der Übersendung der Unterlagen an den Rat nicht nachvollziehbar. Er hält es für unproblematisch, den Haushaltsentwurf bereits in der November-Sitzung einzubringen und somit den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen.

Herr Baumeister führt aus, dass nach der Festlegung der einzelnen Veranschlagungen eine umfassende Überarbeitung auf der Grundlage des erst im Herbst vorliegenden Referentenentwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz und der Eckdaten des Kreises erforderlich ist. Diese Arbeiten nehmen mehrere Wochen in Anspruch. Eine frühere Einbringung hätte zur Folge, dass diese Daten und die damit verbundenen Auswirkungen im Entwurf nicht hinreichend berücksichtigt werden können.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von dem aus der Anlage ersichtlichen Verfahren zur Aufstellung des Haushalts 2003 einschließlich Terminplanung Kenntnis. Gleichzeitig werden folgende Festlegungen getroffen:

- a) Die Einbringung des Haushalts 2003 erfolgt in der Sitzung am 18. Dezember 2002.
- b) Die Beschlussfassung über den Haushalt 2003 erfolgt im Februar 2003.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

12. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Eiserfeld;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
- **Beschluss der Bebauungsplanänderung als Satzung**

Vorlagenr. 1828/2002 - Vorlage vom 14.03.2002

Herr Kirchhöfer möchte wissen, inwieweit die damalige Zuweisung im Umlegungsverfahren durch die Planänderung im Wert verändert wird und wie sich die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Siegen in der Gegenrechnung darstellen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern keine Anregungen zum Entwurf der Bebauungsplanänderung vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung seitens der Träger öffentlicher Belange (TÖB) vorgebrachten Hinweise zum Entwurf der Bebauungsplanänderung gemäß der der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;

3. die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" gemäß § 10 Bau-gesetzbuch (BauGB) als Satzung;
4. die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" laut Anlage 3 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 13. I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";**
hier:
Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen An-
regungen
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
- Beschluss über die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62
LG NW

Vorlagenr. 1854/2002 - Vorlage vom 25.02.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nehmen die Herren Kirchhöfer und Prof. Dr. Holzäp-fel an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Bürgermeister Stötzel weist auf nachstehende Ergänzungen des Bezirksaus-schusses III - Siegen-Ost - und redaktionellen Änderungen hin.

Empfehlung des Bezirksausschusses:

Um Konflikte zwischen der Nutzung der Turnhalle und einer Wohnnutzung zu ver-meiden, sind im Zuge der Umlegung zunächst nur die städtischen Grundstücke in den geplanten Ausbaubereich des Turnhallenweges zu legen.

Redaktionelle Änderung:

In der Vorlage auf Seite 5 muss im vorletzten Absatz die Nummer 5114-0001-2001 in 5114-0006-2001 geändert werden.

Auf Seite 23 der Satzungsbegründung (Anlage 3 der Vorlage) ist zum einen unter dem Kapitel „Wohnbauflächen“ die Zahl 165.895 m² aus der *rechten* Spalte zu strei-chen, zum anderen ist unter der Überschrift „Wohneinheiten (WE), östlich“ die Anzahl der eingeschossigen Wohneinheiten von 112 auf 132 zu erhöhen.

Herr Boller bittet, falls bis zu Ratssitzung ein Urteil vorliegt, dieses dem Rat zur Ver-fügung zu stellen.

Auf die Frage von Herrn Boller erklärt Herr Krüger, dass in Absprache mit der Auf-sichtsbehörden für das wasserwirtschaftliche Verfahren die Einleitung des Oberflä-chenwassers im Rahmen der Ausführungsplanung für die Entwässerung bearbeitet wird. Auswirkungen auf das Bebauungsplanverfahren sind nicht zu erwarten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß der als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
3. die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW;
4. den Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
5. die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" laut Anlage 3.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (Grüne), 0 Enthaltungen

- 14. Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg - V. 134 -;
Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw.**

Vorlagenr. 1847/2002 - Vorlage vom 24.01.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg vom 12.08.1921 - V. 134 -;
Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw. (Teilstück von der Rabenhainstraße bis hinter die abzweigenden Wege Nr. 145 und 240).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte

Vorlagenr. 1749/2002 - Vorlage vom 12.12.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario Ökologie als Rahmenplan.

Der Verkehrsentwicklungsplan ist die zielführende Leitlinie für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Szenario Ökologie zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet Siegen.

2. den Rechenfall 8 mit
 - Siebertunnel
 - Busspuren und
 - Verkehrsberuhigung Kölner Tor;
3. den 1982 vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Generalverkehrsplan für den Bereich Siegen-Mitte durch den VEP zu ersetzen;
4. den Planungsauftrag für die Erstellung der Unterlagen für das Linienbestimmungsverfahren (§ 37 StrWG NW);
5. die im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) für den Bau des Siebertunnels (SBT) erstellten Fachbeiträge
 - "Verkehr"
 - "Bebaute Umwelt"
 - "Landschaft"der Bezirksregierung Arnsberg zur Einleitung des Linienbestimmungsverfahrens entsprechend des § 37 Abs. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zuzusenden;
6. für die Realisierung der in der Kosten-Wirksamkeits-Analyse aufgelisteten Einzelmaßnahmen - Kostenvolumen \approx 47 Mio. € (Anlage 6) - sind in jedem einzelnen Fall gesonderte Ratsbeschlüsse erforderlich.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme Grüne), 0 Enthaltungen

16. Neubau Brücke Formerstraße - Kreuzungsvereinbarung mit der Sieger Kreisbahn

Vorlagennr. 1801/2002 - Vorlage vom 05.03.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt den Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung in Anlehnung an § 13 EkrG mit der Siegerer Kreisbahn zur Anpassung der Lichtzeichenanlage des Bahnüberganges Formerstraße wegen des Neubaus der Brücke Formerstraße.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**17. Verlegung der Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen
hier:
Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagennr. 1916/2002 - Vorlage vom 17.04.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Für die Vergabe von Aufträgen zur Fertigstellung der Maßnahme "Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen" wird gemäß § 82 Abs. 1 i. V. m. § 84 Abs. 1 GO NW eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 1.690.9547.7 - 52 Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen, Baukosten - in Höhe von 100.000 € bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme von VE bei der Haushaltsstelle 1.690.9532.9 - 37 Auswechslung Verrohrung Gosenbach, Baukosten - in gleicher Höhe.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1 / 2
Fachbereich Büro Bürgermeister / FB 5
Bearbeitet von: Herrn Runge / Herrn Hülsmann

Datum
15.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Betreff:

**Schließung bzw. Neuorganisation des Sozialamtes
Anregung / Beschwerde des Herrn Roland Meyer vom 05.04.2002 gem. § 24
GO NW sowie Ergänzungsschreiben vom 13.04.2002**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, gem. Anlage II, Buchst. A, Ziff. 2b und 3a ,von einer sachlichen Prüfung der Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW abzusehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss erklärt die Anregung damit für erledigt.

Sachverhalt / Begründung:

Der Petent regt mit Schreiben vom 05.04.2002 an, das Sozialamt der Stadt Siegen zu schließen und die Aufgabenbereiche innerhalb der Verwaltung anderweitig zu integrieren. Alternativ fordert er, die derzeitigen Mitarbeiter durch neue Mitarbeiter zu ersetzen.

Gemäß § 24 Abs. 1 GO NW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden, wobei die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters hierdurch nicht berührt werden.

Die näheren Einzelheiten regelt gemäß § 24 Abs. 2 GO NW die Hauptsatzung.

Gemäß § 62 Abs. 1, S. 2 GO NW ist der Bürgermeister verantwortlich für die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsgangs der gesamten Verwaltung. Durch den Organisationsplan kann der Bürgermeister die Verwaltung unter Beachtung des in § 75 GO NW herausgestellten Grundsatz der Erfordernisse einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung unterteilen und im einzelnen bestimmen, welche Aufgaben von den einzelnen Verwaltungseinheiten wahrzunehmen sind. Diese Organisationsbefugnis kann der Rat dem Bürgermeister nicht entziehen.

Im Rahmen seiner Organisationshoheit regelt der Bürgermeister gem. § 62 Abs. 1, S.3 GO NW den Einsatz der Beamten, Angestellten und Arbeiter.
Darüber hinaus ist der Bürgermeister gem. § 73 Abs. 2 GO NW Dienst- und Disziplinarvorgesetzter aller Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Gemäß Anlage II, Buchst. A, Ziff. 2b zur Hauptsatzung der Stadt Siegen sieht der Ausschuss von einer sachlichen Prüfung der Anregung oder Beschwerde ab und weist sie zurück, wenn der Rat für die Behandlung der Anregung oder Beschwerde sachlich oder örtlich nicht zuständig ist.

Die angesprochene organisatorischen und/oder personalwirtschaftlichen Veränderungen obliegen im wesentlichen dem Bürgermeister. Ein sachgerechter Grund der Eingabe zu folgen, liegt nicht vor.

Eine Änderung der Geschäftsverteilung aufgrund der vorliegenden Petition wird nicht vorgeschlagen.

Darüber hinaus hat sich der Petent in Angelegenheiten seiner Sache sowohl mit der Einlegung von zwei Widersprüchen gegen die Ablehnung von Beihilfen, sowie gegen die Anrechnung von Einnahmen, als auch mit der Erhebung von drei Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Mitarbeiter des Sozialamtes, gewehrt.

Den Widersprüchen konnte nicht abgeholfen werden, so dass sie dem Kreis Siegen-Wittgenstein als Widerspruchsbehörde zur Entscheidung vorgelegt wurden. Die Dienstaufsichtsbeschwerden sind als unbegründet zurückgewiesen worden.

Gemäß Anlage II, Buchst. A, Ziff 3a kann daher der Ausschuss von einer sachlichen Prüfung der Anregung oder Beschwerde absehen und sie zurückweisen, wenn sie sich gegen Verwaltungshandeln richtet, gegen welche Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe eingeleitet werden können.

Bezüglich des Ergänzungsschreibens vom 13.04.2002 ist anzumerken, dass für die Berufung einer Vertrauensperson aus dem Kreis der Hilfeempfänger keine Notwendigkeit gesehen wird.

Ein solches Konstrukt sehen weder das Bundessozialhilfegesetz noch das Sozialgesetzbuch vor.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass in Streitfällen der Rechtsweg offen steht, grds. jedoch die rechtmäßige und korrekte Sachbearbeitung konstatiert wird.

Es wird daher vorgeschlagen, der Anregung/Beschwerde nicht zu folgen und diese für erledigt zu erklären.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich Bauverwaltung
Bearbeitet von: Frank Schneider

Datum
23.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Betreff:

**Verkehrsberuhigung in der Hohe Straße in Siegen-Geisweid von der Einmündung Birlenbacher Straße bis Sohlbacher Straße
Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW des Herrn Manfred Muth und andere; Eingang 03.04.2002**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gem. Ziff. 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und verweist die Anregung zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Die vorbezeichneten Anregungen erfüllen die Voraussetzungen des § 24 GO NW. Die Antragsteller beklagen sich über Lärmbelästigungen in der Hohe Straße, weil dieser Straßenabschnitt als Schleichweg genutzt wird.

Die Hohe Straße ist eine Verbindungsstraße zwischen der Birlenbacher Straße und, in Verlängerung über die Schießbergstraße, der Sohlbacher Straße in Siegen-Geisweid. Sie ist als Gemeindestraße gewidmet und liegt laut Flächennutzungsplan im allgemeinen Wohngebiet welches an einer Straßenseite an ein Mischgebiet grenzt. Die Hohe Straße ist als Tempo-30-Zone ausgewiesen.

Die Einmündung ist seit dem Neuausbau der Birlenbacher Straße neu gestaltet und nur über Bordsteinabsenkung (§ 10 StVO) zu befahren. Die Hohe Straße beginnt hier mit einem Steilstück. Nachfolgend fällt sie zur Sohlbacher Straße hin ab.

Bereits 1991 beklagten sich, während einer Baumaßnahme in der Birlenbacher Straße, Anwohner über vermehrten Durchgangsverkehr. Dieser Mangel wurde mittels Änderung der Baustellenbeschilderung beseitigt.

Die derzeit noch andauernden neuerlichen Bauarbeiten in der Birlenbacher Straße (seit Januar 2001) haben das Problem des Durchgangsverkehrs wieder aufleben lassen. Erschwerend kam die Abriegelung der parallel verlaufenden Hüttenstraße für den Durchgangsverkehr, aus Richtung Sohlbacher Straße, hinzu. Vor dieser Abriegelung war nur eine geringe Erhöhung des Schleichverkehrs zu verzeichnen. Weiterhin sorgt laut Schreiben der Anwohner auch die Sperrung der Hofbachstraße, aus Richtung Stadion kommend, für ein erhöhtes Verkehrsaufkommen.

Nach Beschlusslage des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen vom 11.04.2002 wird die Abriegelung der Hüttenstraße in Kürze wieder aufgehoben. Weiterhin sind die Bauarbeiten in der Birlenbacher Straße so weit fortgeschritten, dass ein verbesserter Verkehrsfluss über die Geisweider Straße in Richtung Einkaufszentrum und Sohlbacher Straße wieder möglich ist. Nach Ende der Baumaßnahme Birlenbacher Straße und Öffnung der Hüttenstraße wird das Durchfahren der Hohe Straße für Nichtanlieger uninteressant und somit eine Ausdünnung des Verkehrs nach sich ziehen.

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen wird in einer seiner nächsten Sitzungen hierüber beraten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Bearbeitet von: Frau Grebe

Datum
05.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Betreff:

Übersicht der Partnerschaftsbegegnungen im Jahr 2001 mit Zuschussanträgen

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Übersicht der Partnerschaftsbegegnungen des Jahres 2001 mit Zuschussanträgen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Nachstehend sind die Partnerschaftsbegegnungen des Jahres 2001 mit bewilligten Zuschüssen aufgeführt. Bei einigen Begegnungen hat sich der Zuschussbetrag aufgrund einer erhöhten oder verminderten Personenzahl gegenüber dem Bewilligungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 4. April 2001 verändert. Ebenso sind noch nachträglich beantragte Zuschüsse auf der Grundlage des Beschlusses vom 4. April 2001 gewährt worden:

Begegnungen	Zuschussbetrag
<p><i>Berlin-Spandau</i></p> <p>Schulaustausch zwischen der Haardter-Berg-Schule und der Wilhelm-Leuschner-Hauptschule vom 19. - 23. 3. 2001 mit 25 Schüler/innen und Begleitpersonen in Spandau</p>	<p>1.500,00 DM</p> <p>1.250,00 DM</p>

<p>Fahrt der B-Jugend und der Altherren-Fußballmannschaften des FC Grün-Weiss Siegen nach Berlin-Spandau vom 23. - 27. Mai 2001 mit 50 Personen</p> <p>Fahrt des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Siegerland mit 100 Personen vom 14. - 17. 9. 2001 zum Bezirksverband der Kleingärtner nach Spandau</p>	<p>500,00 DM</p>
<p>Rijnsburg</p> <p>Fahrt der Jugendfußballabteilung des VfL Klafeld-Geisweid zu den Rijnsburger Boys nach Rijnsburg vom 24. - 27. 5. 2001 mit 18 Personen</p> <p>Fahrt von 9 Sportlern der Turngemeinde "Friesen" Klafeld-Geisweid zum Ijsclub nach Rijnsburg vom 3. - 5. 8. 2001</p> <p>Fahrt des Heimat- und Verkehrsvereins Hüttental am 18. August 2001 zum Blumenkorso nach Rijnsburg mit 60 Personen</p> <p>Fahrt der Chorgemeinschaft Cantate Weidenau zum Hervormd Kerkkoor nach Rijnsburg vom 7. - 9. 9. 2001 mit 47 Personen</p> <p>Fahrt der Freiwilligen Feuerwehr Siegen-Geisweid zur Brandweer nach Rijnsburg vom 4. - 7. Oktober 2001 mit 17 Personen</p>	<p>675,00 DM</p> <p>135,00 DM</p> <p>610,00 DM</p> <p>1.000,00 DM</p> <p>400,00 DM</p>
<p>Leeds</p> <p>Schüleraustausch Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Bruntcliffe High School in Leeds, berufsorientiertes Praktikum von 16 Schüler/innen des F.-J.-M.-Gymnasium vom 13. - 27. 1. 2001 in Leeds</p> <p>Fahrt der Gruppe "Hakuna Matata" der Musikschule Siegen mit 6 Jugendlichen und Betreuern zum Breeze Festival nach Leeds vom 25. - 30. Juni 2001</p> <p>Jugendaustauschbegegnung Siegen - Leeds Besuch von 18 Personen des Siegen-Circle Leeds beim Leeds-Morley-Circle in Siegen vom 27. 7. - 11. 8. 2001</p>	<p>1.000,00 DM</p> <p>1.417,50 DM</p> <p>2.206,30 DM</p>

Ypern Besuch einer Schülergruppe des Koninklijk Atheneum Ypern beim Peter-Paul-Rubens-Gymnasium in Siegen vom 14. - 18. 2. 2001 Gegenbesuch einer Schülergruppe des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums beim Koninklijk Atheneum in Ypern mit 21 Personen vom 26. -30. April 2001	./. 1.500,00 DM
Zakopane Fahrt von 12 Schüler/innen der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule zur Zespol Szkol Zawodowych in Zakopane vom 23. 3. - 1. 4. 2001	1.830,00 DM
Plauen Keine Begegnungen auf Vereinsebene in 2001	
Gesamtzuschüsse 2001:	14.023,80 DM

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
14.023,80 DM	nein			<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2001	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 15.000,00 DM	Haushaltsstelle 1.000.7170.3
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	------------------------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Bearbeitet von: Frau Grebe

Datum
05.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Betreff:

**Förderung der Stadt Siegen bei Partnerschaftsbegegnungen;
hier:**

Richtlinien der Stadt Siegen für die Gewährung von Zuschüssen bei Partnerschaftsbegegnungen - unter Berücksichtigung der Euromstellung

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Anpassung der Förderungsbestimmungen und Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen bei Partnerschaftsbegegnungen im Rahmen der Währungsumstellung von DM auf Euro mit Wirkung vom 1. Januar 2002 gemäß Vorlage.

Sachverhalt / Begründung:

Im Zuge der Währungsumstellung von DM auf Euro zum 1. Januar 2002 sind auch die Förderungsbestimmungen und Richtlinien für die Zuschüsse von Partnerschaftsbegegnungen anzupassen.

Die in der Anlage beigefügten Förderungsbestimmungen und Richtlinien beinhalten die Umrechnung von DM auf Euro. Die Anwendung des reinen Umrechnungskurses von DM auf Euro ist nicht praktikabel, da diese zu gebrochenen Eurobeträgen führt. Die gebrochenen Eurobeträge sind auf praktikable Beträge geglättet worden, wobei sich geringfügige Zuschussveränderungen ergeben.

FÖRDERUNG DER STADT SIEGEN BEI PARTNERSCHAFTSBEGEGNUNGEN

1. Die Stadt Siegen gewährt im Rahmen der Partnerschaftspflege Zuschüsse bei Partnerschaftsbegegnungen. Im Haushaltsplan der Stadt Siegen sind unter der Haushaltsstelle 1.000.7180.0 - Partnerschaftspflege-Zuschüsse bei Partnerschaftsbegegnungen - hierfür Mittel veranschlagt.
2. Für die Gewährung dieser Zuschüsse gelten die in der Anlage beigefügten Richtlinien.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuschüssen nach diesen Richtlinien besteht nicht. Zuschüsse werden nur im Rahmen der vom Rat der Stadt Siegen hierfür bereitgestellten Haushaltsmittel gewährt.

3. Zuschüsse werden nur auf Antrag gewährt. Dieser ist bis zum 01. 03. des jeweiligen Haushaltsjahres an die Stadt Siegen zu richten. Sollten die gestellten Anträge den Haushaltsansatz überschreiten, erfolgt eine einheitliche prozentuale Kürzung bei allen Antragstellern. Nicht termingerecht eingereichte Anträge werden zurückgestellt und nur dann berücksichtigt, wenn am Ende des Haushaltsjahres noch zweckentsprechende Mittel zur Verfügung stehen.
4. Der Zuschuss ist ausschließlich für den im Antrag bezeichneten Zweck zu verwenden. Eine Änderung des Verwendungszweckes ist nur mit Zustimmung der Stadt Siegen zulässig.
5. Der Zuschuss wird in der Regel erst dann ausgezahlt, wenn die Maßnahme abgeschlossen und der Verwendungsnachweis erbracht ist. Eine Vorschusszahlung kann in Höhe von 80% des zu erwartenden Gesamtzuschusses geleistet werden. Die Vorschusssumme muss mindestens 250 Euro (*bisher 500,00 DM*) betragen. Der Vorschuss ist frühzeitig begründet zu beantragen.
6. Im Übrigen wird auf die Allgemeinen Bewilligungsbedingungen für die Gewährung von Zuschüssen durch die Stadt Siegen verwiesen.

Richtlinien der Stadt Siegen für die Gewährung von Zuschüssen bei Partnerschaftsbegegnungen

Bezuschusst werden Anträge von Schulen, Vereinen, Gruppierungen sowie Einrichtungen der Weiterbildung in der Stadt Siegen. Die Mindestteilnehmerzahl wird auf 4 Personen festgelegt. Jährlich wird eine Begegnung bezuschusst, unabhängig davon, ob diese in Siegen oder in einer der 6 Partnerstädte stattfindet.

1. Zuschüsse bei Begegnungen in Siegen

a) Begegnungen von Erwachsenen

Es wird ein Zuschuss von **2,50 €** (*bisher 5,00 DM*) pro Person und pro Tag gezahlt, höchstens jedoch **500 €** (*bisher 1000,00 DM*). Der An- und Abreisetag gelten bei der Berechnung als 1 Tag.

b) Begegnungen von Schülern, Studenten und Auszubildenden

Es wird ein Zuschuss von **4,00 €** (*bisher 7,50 DM*) pro Person und Tag gezahlt, höchstens jedoch **1300,00 €** (*bisher 2500,00 DM*). Der An- und Abreisetag gelten bei der Berechnung als ein Tag.

Der gezahlte Zuschuss sollte jedoch 50 % der nachgewiesenen tatsächlichen Kosten nicht überschreiten.

2. Zuschüsse bei Fahrten in die Partnerstädte

a) Es werden die entstehenden Fahrtkosten zu

50 % bei Schülern, Studenten und Auszubildenden und
1/3 bei Erwachsenen

bezuschusst, unabhängig davon, ob die Fahrt mit dem Bus, Bahn oder Kraftfahrzeugen erfolgt. Flugkosten werden nicht bezuschusst; hier wird bei der Berechnung die günstigste Fahrtmöglichkeit zugrundegelegt.

Bei gravierenden Unterschieden zwischen den eingereichten Fahrtkosten legt die Verwaltung einen Mittelwert fest.

- b) Bei Fahrten mit Pkw's werden pro gefahrene 100 Kilometer **13,00 €****
(*bisher 25,00 DM*),
bei Fahrten mit Motorrädern pro gefahrene 100 Kilometer **5,00 €**
(*bisher 10,00 DM*),
bei Fahrten mit Kleinbussen pro gefahrene 100 Kilometer **18,00 €**
(*bisher 35,00 DM*)

als Berechnungsgrundlage angenommen. Es wird von folgenden Entfernungen für Hin- und Rückfahrt ausgegangen:

Siegen – Spandau	1 200 km
Siegen – Rijnsburg	800 km

Siegen – Leeds	2 000 km
Siegen – Ypern	900 km
Siegen – Zakopane	2 400 km
Siegen – Plauen	800 km

- c) Folgende Höchstzuschussbeträge werden festgelegt:

Leeds

Schüler, Studenten, Auszubildende	2600,00 € (<i>bisher 5000,00 DM</i>)
Erwachsene	1500,00 € (<i>bisher 3000,00 DM</i>)

Zakopane

Schüler, Studenten, Auszubildende	2000,00 € (<i>bisher 4000,00 DM</i>)
Erwachsene	1250,00 € (<i>bisher 2500,00 DM</i>)

Spandau, Rijnsburg, Ypern, Plauen

Schüler, Studenten, Auszubildende	800,00 € (<i>bisher 1500,00 DM</i>)
Erwachsene	500,00 € (<i>bisher 1000,00 DM</i>)

- d) Die Antragsteller haben nachzuweisen, dass mehr als die Hälfte der Fahrtteilnehmer/Innen aus Siegen kommt.
- e) Bei Fahrten in die Partnerstädte ist die Einladung der gastgebenden Gruppe vorzulegen.
3. In besonderen Fällen behält sich der Haupt- und Finanzausschuss eine Abweichung der unter 1. und 2. genannten Richtlinien vor.
4. Besucherfahrten zum Patenboot der Stadt Siegen, S 55 ALK, werden nicht bezuschusst. **Durch die Außerdienststellung am 26. April d.J. entfällt dieser Punkt.**

Mit der Beschlussfassung dieser Richtlinien wird die bisher angewandte Zuschussregelung außer Kraft gesetzt.

Siegen, 8. Mai 2002

Ulf Stötzel
Bürgermeister

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 12.500 €	Haushaltsstelle 1.000.7180.0
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	---------------------------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Bearbeitet von: Frau Grebe

Datum
05.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Betreff:

Partnerschaftspflege;

hier:

**Anträge von Vereinen, Schulen und Gruppierungen auf Bezuschussung
von Partnerschaftsbegegnungen im Jahr 2002**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Durchführung der aufgelisteten Partnerschaftsbegegnungen zu und beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002 die Verteilung der Haushaltsmittel entsprechend dem beigefügten Verwaltungsvorschlag.

Weitere Begegnungen, für die bisher noch kein Antrag vorliegt, können im Rahmen des Haushaltsansatzes gemäß Richtlinien bezuschusst werden

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt Siegen unterhält Partnerschaften mit den Städten Berlin-Spandau, Rijnsburg, Leeds, Ypern, Zakopane und Plauen. Zwischen Vereinen, Schulen und weiteren Gruppierungen aus Siegen und den genannten Partnerstädten bestehen freundschaftliche Verbindungen, die von der Stadt Siegen im Rahmen bestehender Richtlinien (siehe Vorlage Nr. 1881/02), bezuschusst werden.

Der Haushaltsansatz bei der Haushaltsstelle 1.000.7180.0 - Partnerschaftspflege, Zuschüsse bei Partnerschaftsbegegnungen - beträgt 12.500,00 €. Die bisher vorliegenden Anträge sind in der Anlage aufgelistet. Weitere Begegnungen, für die bisher noch kein Antrag vorliegt, können im Rahmen des Haushaltsansatzes gemäß Richtlinien bezuschusst werden.

Die Gewährung der Zuschüsse erfolgt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
6.651,00 €	./.	./.	./.	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 12.500 €	Haushaltsstelle 1.000.7180.0
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	---------------------------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sport, Bäder
Bearbeitet von: Frau Körper

Datum
23. April 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ Nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss

08.05.2002

Betreff:

**Bädergutachten;
hier: Analyse und Umsetzungsempfehlungen**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss nimmt die Analyse des Bädergutachtens und die Umsetzungsempfehlungen zur Kenntnis und überweist die Vorlage zur Beratung an den Sport- und Bäderausschuss und die Bezirksausschüsse mit folgendem Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das von den Gutachtern vorgeschlagene Optimierungskonzept in folgenden Punkten umzusetzen:

- Die Warmwasserfreibäder Siegen-Kaan-Marienborn und Siegen-Geisweid sind kurzfristig zu sanieren. Die Aufenthalts- und Liegeflächen sind mittelfristig zu attraktivieren.
- Kurz- bis mittelfristig sind die drei Hallenbäder zu sanieren.
- Die Hallenbäder sind wie folgt zielgruppenorientiert zu betreiben:
 - Hallenbad Weidenau
Sportbad für Schulen, Vereine und Sportschwimmer
mit eingeschränkten öffentlichen Schwimmzeiten
 - Hallenbad Löhrtor
Kurs- und Aktionsbad
 - Hallenbad Eiserfeld
Familienbad und Behindertensport

Die Gesamtöffnungszeiten sind moderat zu reduzieren.
Abrechnungstechnik (Kassenautomaten) ist anzuschaffen.
Die Zielgruppenorientierung führt mittelfristig zu Einsparungen im Personalbereich in Höhe von ca. 150.000 Euro jährlich.

- Die Preispolitik ist zu bereinigen.
Die Preisstruktur sollte sich weitgehend am Vorschlag der Gutachter (Anlage 6) orientieren, die eine Einkommensverbesserung von jährlich ca. 30.000 Euro prognostizieren. Eine detaillierte Vorlage ist zu erarbeiten.
- Mittelfristig ist das Naturfreibad Seelbacher Weiher zu sanieren.
Eine Privatisierung wird angestrebt.

Abweichend vom Optimierungskonzept wird folgendes beschlossen:

- Die im Optimierungskonzept enthaltene Attraktivierung der Sauna wird verschoben und langfristig umgesetzt, wenn es die Haushaltslage zulässt.
- Eine Entscheidung zum Betrieb des Naturfreibades Eiserfeld sollte nach Überprüfung der Annahme durch die Bevölkerung im Jahre 2002 spätestens nach der Badesaison 2003 getroffen werden.
- Langfristig ist das Hallenbad Eiserfeld zu einem zeitgemäßen Familienbad auszubauen, sofern es die Haushaltslage zulässt.

Die Verwaltung wird beauftragt zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen Detailkonzepte unter Einbeziehung von Bau- und Finanzierungsplänen zu erarbeiten.

Sachverhalt / Begründung:

I. Ausgangssituation

1. Das kommunale Bad im Wandel der Zeit

Wasser ist ein Element, das maßgeblichen Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen hat.

Bäder haben in den unterschiedlichen Kulturkreisen von jeher eine wichtige Rolle gespielt.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hatten zu jeder Zeit Einfluss auf die Entwicklung des öffentlichen Badeangebotes.

In Deutschland hat die Entwicklung der öffentlichen Schwimmbäder erst vor gut 100 Jahren begonnen.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde der „körperlichen Ertüchtigung“ und der „Volksge-sundheit“ eine bedeutende Rolle beigemessen was zum ersten Bau von Schwimmbädern geführt hat.

Die ersten kommunalen Hallenbäder waren die Konsequenz aus dem witterungsbedingt zeitlich begrenzten Schwimmangebot der sogenannten Flussbadeanstalten.

Die im Volksmund als Badehaus bezeichneten Hallenbäder umfassten

- eine Schwimmhalle für die Förderung des Schul- und Vereinssports und für das öffentliche Schwimmangebot
- eine Reinigungsbäderabteilung für Wannen- und Duschbäder
- eine medizinische Abteilung für physiotherapeutische Behandlungen vielfach mit einem differenzierten Angebot nach erster, zweiter und dritter Klasse
- häufig auch eine Schwitzbadabteilung

Dieser Hallenbadtyp mit seinem Komplettangebot für die Versorgung der Bevölkerung war bis in die 60iger Jahre Standard des Bäderangebotes.

Um eine breite Versorgung mit Bädern sicherstellen zu können hat die Deutsche Olympische Gesellschaft 1959 ihren „Goldenen Plan“ (Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen) vorgelegt und darin auch Richtwerte für den sportgerechten Bau von Bädern beschrieben.

Aus der Umsetzung dieses Plans resultierte in den 60iger und 70iger Jahren eine weitgehende Sättigung des Bedarfs an Hallen- und Freibädern für die sportliche Nutzung.

Mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung waren eine Verbesserung des Wohlstandes, hohe Mobilität und technischer Fortschritt verbunden. Daraus erwuchsen ab Mitte der 70iger Jahre steigende Ansprüche an das persönliche Umfeld, das Freizeitverhalten und an die Freizeitangebote.

Unter diesem Einfluss entstanden freizeitorientierte Bäder, die durch Atmosphäre und Behaglichkeit, durch Attraktivität und Angebotsvielfalt den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wurden. Ausgelöst durch den Wandel im Freizeitverhalten der Bevölkerung (mehr Freizeit, teilweise mehr Ausgaben für den Konsum, Erlebnisorientierung) haben sich die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Hallen- und Freizeitbädern in den letzten 10 Jahren deutlich verändert.

Zum Kundenverhalten ist Folgendes zu bemerken:

- Der Dienstleistungsanspruch ist stetig gewachsen.
- Die Nutzer halten sich bei ihrer Besucherentscheidung nicht an kommunale Grenzen.
- Die Einzugsbereiche der neuen Freizeitbäder gehen in aller Regel über die Abdeckung der lokalen Nachfrage hinaus was sich in der Regel für die Nachbargemeinden, die ihre traditionellen Bäderangebote aufrechterhalten, wirtschaftlich negativ niederschlägt.

2. Entwicklung der von der Stadt Siegen betriebenen Hallen- und Freibäder

Die Stadt Siegen verfügt über

3 Hallenbäder

Das **Hallenbad Weidenau** wurde 1956 in Betrieb genommen und 1974 baulich erweitert und technisch modernisiert.

1992 musste das Bad einer aufwendigen Asbestsanierung unterzogen werden.

Das **Hallenbad Löhrtor** mit Sauna wurde 1967 eröffnet. 1977 wurde die Wasseraufbereitungsanlage gegen eine moderne ausgetauscht, 1980 eine Wärmerückgewinnungsanlage eingebaut. 1991 ist eine umfangreiche Fassaden- und Fensterrenovierung durchgeführt worden.

1987 ist die Sauna um ein römisches Dampfbad, einen Ruhe- und Sonnenbankraum erweitert worden.

Seit einigen Jahren wird der im Eingangsbereich befindliche Umkleidetrakt nicht mehr genutzt und steht derzeit dem Personal zu Aufenthaltszwecken zur Verfügung.

Das **Hallenbad Eiserfeld** wird seit 1980 betrieben. Im Kellerbereich nicht genutzte Räumlichkeiten wurden an einen Sauna- und Massagebetrieb verpachtet, der die baulichen Investitionen in Eigenregie getätigt hat. Für die im Foyer eingerichtete Cafeteria konnte in den vergangenen Jahren kein Betreiber mehr gefunden werden.

2 Warmwasserfreibäder

Die Warmwasserfreibäder **Siegen-Geisweid** und **Siegen-Kaan-Marienborn** haben seit 1953/1954 geöffnet.

In beiden Freibädern sind im Laufe der Zeit die Umkleidebereiche umgebaut worden.

Das Freibad Geisweid verfügt als einziges Freibad in der Region über einen 10-M-Sprungturm, der 1999 umfassend saniert wurde.

2 Naturfreibäder

Die Naturfreibäder **Seelbacher Weiher** und **Eiserfeld** stehen im Eigentum der Stadt Siegen. Sie werden seit 1988 von Schwimmvereinen (Schwimmvereinigung Neptun-Siegen bzw. die DLRG Eiserfeld) betrieben. Der Stadt Siegen als Eigentümerin obliegt in diesem Verhältnis die Verkehrssicherungspflicht für beide Anlagen. Kleinere Reparaturen führen die Vereine selbst durch. Ansonsten ist die Stadt Siegen verpflichtet größere Reparatur- oder Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

3. Zukunft der städtischen Bäderlandschaft

Die Attraktivität einer Stadt und damit ihr Wohnwert hängt für viele Menschen, neben städtebaulichen Voraussetzungen, auch von deren Potential an Freizeitwert ab.

Bäder sind freiwillige kommunale Leistungen mit hohem gesellschaftlichen Stellenwert. Sie werden mit Ausnahme weniger kommerziell betriebener Erlebnisbäder als Zuschussbetriebe geführt.

Veränderungen bewirken folglich überwiegend nur Reduzierungen des Zuschussbedarfs.

Nachdem Diskussionen über Privatisierung und Schließung zunächst als mögliche Lösungsansätze angesehen wurden, haben Erfahrungen in verschiedenen Städten gezeigt, dass diese Maßnahmen Risiken bergen. Es setzt sich der Trend durch, dass Optimierung vor Schließung stehen muss. In diesem Sinne ist auch die städtische Bäderverwaltung vorgegangen.

Der wirtschaftliche Erfolg von Freibädern – dies gilt insbesondere für Naturfreibäder – ist überwiegend witterungsabhängig. Dies gilt selbst für den Fall, dass attraktive Sonderaktionen durchgeführt werden.

Anders stellt sich die Situation bei dem Betrieb von Hallenbädern dar. Hallenbäder haben im Wesentlichen drei Nutzergruppen.

- Erwachsene, Jugendliche und Kinder, die das öffentliche Badeangebot wahrnehmen
- Schulen
- Vereine, sonstige Nutzergruppen

Es muss ständige Aufgabe des Dienstleistungsbetriebes Bäder sein kritisch zu hinterfragen, ob die konzeptionelle Ausrichtung der städtischen Bäder noch zeitgemäß und wirtschaftlich ist. So ist in der Verwaltung bereits 1996/97 die Zielvorstellung formuliert worden, eine Bäderkonzeption zu erstellen und in den Folgejahren fortzuentwickeln

Aufgrund der personellen und finanziellen Situation im Bäderbereich musste die Vergabe zeitlich zurückgestellt werden. Statt dessen wurden gezielte Qualitätsverbesserungen im Sinne einer internen Marketingstrategie eingeleitet und durchgeführt.

Zentrales Thema der letzten Jahre im Bäderbereich ist der zunehmende sich dramatisch entwickelnde Unterhaltungsstau.

Bereits im Jahre 2000 zeichnete sich ab, dass einzelne Einrichtungen ohne grundlegende Sanierung nicht weiter betrieben werden können.

In der Freibadesaison 2001 konnten nur mit zusätzlichen Mitteln und Anstrengungen die beiden Warmwasserfreibäder in Betrieb genommen und gehalten werden. Sowohl für das Hallenbad Am Löhrtor als auch für das Naturfreibad Eiserfeld stellte sich nur noch die Frage Sanieren oder Schließen.

Diese Frage ist in beiden Fällen durch den Rat der Stadt Siegen insoweit beantwortet worden als in ersten Sanierungsabschnitten die akute Gefahrensituation beseitigt werden sollte mit dem Ziel, das Hallenbad Am Löhrtor schnellstmöglich wieder in Betrieb nehmen und im Naturfreibad Eiserfeld den Badebetrieb im Jahre 2002 sicherstellen zu können.

Diese Situation macht deutlich, dass die Erstellung eines Gutachtens für den mittel- bis langfristigen Betrieb der städtischen Bäder dringend erforderlich war. Dem hat der Rat der Stadt Siegen Rechnung getragen indem er am 30. Mai 2001 beschlossen hat für die Erstellung einer Konzeption für den mittel- bis langfristigen Betrieb der Hallen- und Freibäder einen Auftrag an einen externen Gutachter zu erteilen.

II. Analyse des Bädergutachtens:

1. Analysephase

Der Auftrag zur Erstellung eines Bäderekonzepts wurde am 31. Oktober 2001 zum Preis von 71.920 DM erteilt.

Das Gutachten liegt nunmehr vor und wurde in der Sitzung des Sport- und Bäderausschusses am 14. Januar 2002 kompetent präsentiert und interpretiert.

Die überwiegende Ist-Erfassung ist von der Sport- und Bäderabteilung geleistet worden.

Dem Gutachter oblag in diesem Punkt noch die systematische Erfassung und Analyse der gegenwärtigen Situation.

Wichtig für eine künftige wirtschaftliche Ausrichtung der Bäderlandschaft war die Ermittlung der Wettbewerbssituation mit einer Marktanalyse, dem Aufzeigen von Marktchancen und Trendermittlungen.

Daraus ergeben sich Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in personeller, finanzieller, organisatorischer, baulicher und technischer Hinsicht.

Hinzu kommen Vorschläge zur Attraktivierung der Bäder, zur Verbesserung der Einnahmesituation, dem Aufzeigen von Marketingstrategien und dem Aufbau eines wirksamen Controllings.

Entsprechend dem zugrundeliegenden Leistungsverzeichnis haben die Gutachter ein unabhängiges in seinen Aussagen klares Gutachten vorgelegt.

Sie bestätigen, dass die Bäderverwaltung den Beratern größtmögliche Freiheit bei den strategischen Überlegungen eingeräumt hat. Allerdings sollten

- die extreme Finanzknappheit der Kommune
- die Beachtung der Bedürfnisse von Schul- und Vereinssport
- und die geographischen Strukturen und gewachsenen Besonderheiten

in der Konzepterarbeitung Berücksichtigung finden.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die beschlossenen und teilweise in der Umsetzung befindlichen Sanierungsmaßnahmen im Hallenbad Löhrtor und im Naturfreibad Eiserfeld zwar zu beachten sind, dass hierdurch aber keine definitive feste Weichenstellung für die Zukunft abzuleiten ist.

Auf Grundlage der insbesondere von der Hochbauabteilung zur Verfügung gestellten Informationen wurde festgehalten, dass es sich bei den Hallen- und Freibädern der Stadt Siegen um einen grob geschätzten Techniksaniierungsbedarf in Höhe von 10 – 11 Mio. DM (5,11 – 5,62 Mio. Euro) handelt. Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots und zur optischen Attraktivierung sind in dieser Summe nicht enthalten.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen ist konstatiert worden, dass das Kostenmanagement insgesamt gut ist.

Zum Personaleinsatz wird festgestellt, dass der Besatz in der Schwimmaufsicht knapp bemessen ist.

Der Betrieb kann teilweise nur dadurch gewährleistet werden, dass die Betriebsleiter in der Aufsicht eingesetzt werden müssen. Einsparreserven sind nicht gegeben.

Anders verhält sich die Situation im Kassen- und Reinigungsbereich.

Zwar wird bestätigt, dass aufgrund der bestehenden Struktur auch hier ein guter Wert herrscht, der für eine effiziente Personaleinsatzplanung spricht. Beim Einsatz von Kassenautomaten besteht allerdings Sparpotential.

Die jährlichen Schließungszeiten von ca. 9 Wochen je Bad werden als richtige Managemententscheidung im Sinne der Kosten-Nutzen-Effizienz interpretiert und auch die zeitliche Reihenfolge der Schließungen wird bestätigt.

Klar zu überdenken ist die Preispolitik.

Nach Aussage der Gutachter überbetont die hier vorgefundene Preisstruktur eindeutig den Sozialaspekt.

Auch im Hinblick auf Vermarktung wird festgestellt, dass aufgrund der bestehenden Verhältnisse das Ergebnis als durchaus positiv zu bewerten ist.

Insgesamt sind die 3 Hallenbäder in Relation zu ihrer Attraktivität gut besucht. Allein 45 % der Belegung findet durch Schulen und Vereine statt.

Dies führt zu dem Ergebnis, dass die Zielgruppen Schulen und Vereine durchaus gut bedient sind. Dass die Zielgruppe der öffentlichen Besucher allerdings einer besonderen Betrachtung bedarf.

In der Analyse der Gesamtauslastung der Hallenbäder fällt auf, dass das Hallenbad Eiserfeld trotz dezentralem Standort die besten Auslastungsdaten erzielt.

Dieser Fakt geht einher mit der Gesamtbewertung des Hallenbades Eiserfeld als dem „jüngsten“ Bad und insbesondere für Familien als dem attraktivsten Bad.

Wichtig ist zudem die Aussage, dass in den übrigen Bädern trotz des baulichen Zustandes die Besucherzahl noch ordentlich ist. Klar ist aber auch, dass sich dieser Zustand nicht halten wird. Bei fehlender Attraktivierung ist trotz Sanierung von sinkenden Besucherzahlen auszugehen.

Die Besucherzahlen der Warmwasserfreibäder werden als typisch für durchschnittliche Freibäder mit lokalem Einzugsgebiet bezeichnet wobei die langfristig deutliche rückläufige Entwicklung dem bundesweiten Trend entspricht.

Zu den Naturfreibädern wird ausgesagt, dass die Besucherzahlen für eine insgesamt schwache Akzeptanz der Einrichtungen sprechen.

Bei der Sauna wird zwar gemessen an der Attraktivität der Einrichtung bei einer Auslastung von 91 Besuchern pro Tag noch von einem guten Wert gesprochen. Gleichzeitig wird der Hinweis gegeben, dass mit diesem Produkt eine Zielgruppenansprache auf jüngere Zielgruppen nicht möglich ist und auch die ältere Generation mittelfristig attraktivere Angebote im Umland vorziehen wird.

Die Gesamtkommentierung der Erlös- und Kostenstruktur sagt aus, dass für die Hallenbäder eine Unterdeckung von 2 Mio. DM ein günstiger Wert ist. Die schlechtere Wirtschaftlichkeit der Freibäder liegt vor allem an den hohen Unterhaltungskosten bedingt durch den mangelhaften Bauzustand.

Folgende Aussage wird getroffen:

„Dieses wirtschaftlich gute Ergebnis wird erreicht obwohl die Durchschnittsumsätze je Besucher auf indiskutabel geringem Niveau liegen. Die Werte für Hallen- und Freibäder spiegeln eine Preispolitik wieder die bei allem Verständnis für soziale Preisgestaltung nicht zeitgemäß ist.“

Das Gutachten befasst sich auch mit der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur. Wichtig für die Bäderpolitik ist die Aussage, dass einen nicht unerheblichen Anteil an der Bevölkerung Siegens die 10.198 Studierenden der Universität Siegen ausmachen. Durch die Funktion als Oberzentrum und Handelsmetropole zählen rd. 500.000 Einwohner zum Einzugsgebiet Siegens. Diese Funktion macht sich auch bemerkbar durch die Anzahl der Einpendler.

Festzustellen ist, dass das derzeitige Bäderangebot der Stadt Siegen seiner Funktion als Oberzentrum und Handelsmetropole noch nicht einmal im Ansatz gerecht wird.

Dass der Freizeit- und Erholungswert – auch repräsentiert durch die Bäderlandschaft einer Stadt – ein nicht unwesentlicher wirtschaftsfördernder Standortfaktor ist, braucht an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt zu werden.

Einen wichtigen Bestandteil des Gutachtens macht die Wettbewerbsanalyse aus. Hier wird u. a. auch durch Einzeldarstellung klar, dass sich die Stadt Siegen mit ihrem derzeitigen Bäderangebot am Markt nicht behaupten kann.

Im Einzugsbereich von Siegen herrscht eine hohe Wettbewerbsdichte insbesondere was die Freizeitbäder angeht.

Die Wettbewerbsentwicklung zeigt klar, dass die Konkurrenz in der Nachbarschaft verstärkt Überlegungen anstellt ihre bestehenden Freizeitbäder zu attraktivieren und zu modernisieren.

Schon allein aus diesem Gesichtspunkt heraus scheint ein Einstieg in das Angebot einer Spaß- und Freizeiteinrichtung wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Eine entsprechende Konkurrenz müsste besondere Akzente setzen was mit hohen Investitionskosten und einem damit verbundenen hohen Investitionsrisiko behaftet ist.

2. Stärken/Schwächenprofil

Die Analysephase mit den Punkten Einschätzung der bestehenden Bäderbetriebe – Standortanalyse und Wettbewerbsanalyse mündet in ein aussagekräftiges Stärken-Schwächen-Profil.

Das Stärken-Schwächen-Profil reicht von einem Spektrum von –3 über 0 bis zu +3 und hat folgende wesentliche Aussagekraft:

Während die Erfüllung des Schul- und Vereinsschwimmens bei +2 angesiedelt ist verschwindet die Attraktivität für die Bevölkerung bei –2.

Vereinsschwimmen, Kostenmanagement, Wirtschaftlichkeit in Relation zum Produkt und operative Betriebsführung insgesamt liegen bei +2.

Diese Aussage bestärkt die Sport- und Bäderverwaltung im Fachbereich 4 ganz klar in dem von ihr seit Jahren betriebenen und stetig weiterentwickelten Qualitätsmanagement im Bäderbereich.

Kundenorientierung und Freundlichkeit liegen immerhin noch bei +1.

Im Bereich von 0 liegen die Auslastung in Relation zum Angebot und die Zukunftsfähigkeit der Warmwasserfreibäder.

Mit –1 wird die Zukunftsfähigkeit der Hallenbäder und der baulich technische Zustand der Hallenbäder bewertet.

Gravierender bei –2 liegt die Zukunftsfähigkeit der Naturfreibäder, das Controlling, die Preispolitik und die Attraktivität für die Bevölkerung.

Alarmierend ist der baulich technische Zustand der Freibäder der bei –3 angesiedelt ist.

Allein das Stärken-Schwächen-Profil gibt einen klaren deutlichen Überblick über die derzeitige Situation im Bäderbereich der Stadt Siegen.

Folgende Schlussfolgerungen sind zu ziehen:

- Der baulich-technische Zustand der Warmwasserfreibäder hat einen Grad erreicht der die unverzügliche Sanierung oder kurzfristige Schließung beider Einrichtungen zur Folge hat.
- Die Zukunftsfähigkeit der Naturfreibäder orientiert sich stark an der Akzeptanz der Einrichtungen durch die Bevölkerung.
- Die Preispolitik im Bäderbereich muss korrigiert werden.
- Mit Einrichtung der seit 2 Jahren vakanten Sachbearbeiterstelle in der Bäderabteilung ist ein umfassendes und wirksames Controlling zu entwickeln und zu praktizieren.
- Es ist unabdingbar, dass die Stadt Siegen als Oberzentrum für ihre Bevölkerung Anstrengungen unternimmt die Bäder zukunftsorientiert zu attraktivieren.
- Eine Entscheidung zur Zukunftsfähigkeit der 3 Hallenbäder und der Sauna steht kurzfristig an.

3. Konzepte im Variantenvergleich

Auf der Grundlage des Standort- und Nutzungsvergleiches der städtischen Bäder haben die Gutachter insgesamt 4 Varianten vorgestellt die alle eine Gemeinsamkeit haben: Die Beseitigung des Sanierungsstaus im Technikbereich ist Grundlage selbst der Fortführung der Ist-Situation ohne organisatorische Optimierungen.

Um die alternativen Handlungsmöglichkeiten und deren Konsequenzen bezüglich

- Abdeckung von Schul- und Vereinsschwimmen
- Bedarfsgerechte Kapazitäten für die Öffentlichkeit
- Investitionsnotwendigkeit
- jährliche Betriebskostenunterdeckung

transparent zu machen, haben die Gutachter folgende Konzeptvarianten geprüft und gegenübergestellt.

Variante	Inhalt
Variante 0	- Fortführung der Ist-Situation ohne organisatorische Optimierung
Variante 1	- Optimierungskonzept unter weitestgehendem Beibehalt der bestehenden Standorte
Variante 2	- Sparkonzept mit Erhalt der mindestnotwendigen Infrastruktur
Variante 3	- Attraktivisierungskonzept mit zukunftsweisenden Investitionen - Wegfall nicht zukunftsfähiger Standorte

- Variante 0 wurde nur rechnerisch dargestellt,
- für Variante 2 ein Kurzkonzept erstellt.
- Für die Varianten 1 und 3 wurden ausführliche Detailkonzepte erarbeitet.

3.1 Variante 0

Die Infrastruktur würde wie bisher beibehalten ohne dass das Angebot verbessert wird. Um den gesamten Bäderbestand weiterbetreiben zu können sind auch bei der 0-Lösung Investitionen in Höhe von 3.476,785 Euro netto zu tätigen.

Hinzukommen gegenüber dem bisherigen Stand höhere Unterhaltungskosten um künftigen Investitionsstau zu verhindern.

Demgegenüber steht ein klar prognostizierter Besucherrückgang in den Hallen- und Freibädern von ca. 15 % öffentliche Besucher in einem Zeitraum von 3 – 5 Jahren und ein noch deutlicher Besucherrückgang in der Sauna (- 20 %).

Bei einer Nichtkorrektur der Preispolitik wird klar ausgesagt, dass sich die Preiserhöhung des Jahres 2001 durch die im Laufe dieses Jahres beschlossenen Preissenkungen für bestimmte Zielgruppen auffangen wird, so dass sich der Durchschnittsumsatz je Badbesucher nicht erhöht.

Anhand dieser gutachterlichen Aussagen wird klar warum die Variante 0 als 0-Lösung interpretiert werden muss.

Sie wird folgerichtig nur rechnerisch nicht konzeptionell dargestellt.

Die Umsetzungsempfehlung im Variantenvergleich lautet: „**Kommt nicht in Frage**“.

3.2 Variante 2 -Sparkonzept

Die Variante 2 –Sparkonzept- stellt einen gravierenden Einschnitt in die bestehende Bäderlandschaft dar, ohne dass gleichzeitig zukunftsweise Investitionen getätigt werden.

Die Variante 2 beinhaltet:

Schließung der Standorte

- HB Löhrtor - einschließlich Sauna -
- NFB Eiserfeld
- NFB Seelbacher Weiher.

Sanierung der Standorte

- HB Weidenau als kombiniertes Bad für Schulen/Vereine und Öffentlichkeit
- HB Eiserfeld als kombiniertes Bad für Schulen, Vereine und Öffentlichkeit
- FB Kaan-Marienborn
- FB Geisweid
- Deutliche Bereinigung der Preispolitik
- Regieform Eigenbetrieb

Auch eine noch so gut strukturierte Belegung der beiden Hallenbäder kann die Zielgruppenkonflikte nicht beseitigen.

Das Sparkonzept verlangt die Konzentration aller Zielgruppen auf 2 Hallenbäder. Das würde Zielgruppenkonflikte mit sich bringen.

Das mit dem Hallenbad Löhrtor verbundene einzige städtische Angebot des Saunabades mit immerhin einer Besucherzahl von 90 Personen/Tag würde bei dieser Variante vollständig entfallen.

Dennoch sind im Sparkonzept Investitionskosten von 2.463.898 Euro netto notwendig. Bis auf eine Summe von rd. 280.000 Euro handelt es sich hierbei um reine Kosten für Sanierung. Für Attraktivierung werden lediglich 150.000 Euro für die Liegeflächen der Warmwasserfreibäder eingerechnet.

Wichtig beim Sparkonzept ist die Aussage, dass sich per Saldo gegenüber der Ist-Situation ein empfindlicher Rückgang der öffentlichen Besucher ergibt.

Die Gutachter sehen nach vorhandener Investition das Angebot als absolutes Minimalangebot an und kommen zu der Umsetzungsempfehlung: „**Kann nicht empfohlen werden**“.

Aus Sicht der Verwaltung kann ein vollständiger Verzicht des Hallenbades Löhrtor auch unter Berücksichtigung des einzigen Angebots der städtischen Sauna nicht in Frage kommen.

Die Stadt Siegen als Oberzentrum und Wirtschaftsmetropole würde mit einem solchen Sparkonzept ihrem eigenen Anspruch auf Dienstleistung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht gerecht.

Das Szenario der Varianten 0 und 2 dokumentiert eindringlich, dass diese Form von „Sparpolitik“ weder zu einem wirtschaftlichen noch zu einem imagemäßigen Gewinn der Stadt Siegen als Dienstleistungsunternehmen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern führt.

Um wirksam gegensteuern zu können bieten allein die Varianten 1 und 3 zukunftsfähige Handlungsstrategien. Aus diesem Grunde sind im Gutachten nur für diese beiden Varianten ausführliche Detailkonzepte erarbeitet worden.

3.3 Variante 1 – Optimierungskonzept

Das Optimierungskonzept enthält eine Änderung gegenüber der Ist-Situation.

Die Schließung des Naturfreibades Eiserfeld wird empfohlen. Die übrigen Standorte sind zu sanieren.

Darüber hinaus wird eine Zielgruppendifferenzierung der Hallenbäder vorgeschlagen, und zwar wie folgt:

- Hallenbad Weidenau
Sportbad für Schulen, Vereine und Sportschwimmer
- Hallenbad Löhrtor
Kurs- und Aktionsbad
- Hallenbad Eiserfeld
Familienbad und Behindertensport

Ein weiterer Vorschlag liegt in der Attraktivierung der Sauna Löhrtor in den bestehenden Räumlichkeiten. Außerdem wird angeregt:

- Moderate Reduzierung der Gesamtöffnungszeiten
- Deutliche Bereinigung der Preispolitik
- Offensive Vermarktung der vorhandenen Angebote
- Änderung der Regieform

Die Gutachter begründen die Empfehlung das Naturfreibad Eiserfeld aufzugeben sowohl mit der mangelnden Standortqualität als auch mit der Doppelung des Angebots im Stadtteil Eiserfeld mit dem Attraktivsten der drei städtischen Hallenbäder.

Die Forderung der Attraktivierung der Liege- und Aufenthaltsflächen in den Warmwasserfeibädern und die Attraktivierung der Sauna im Hallenbad Löhrtor wird von der Verwaltung unterstützt.

Gleiches gilt für eine Optimierung durch deutliche Bereinigung der Preispolitik mit den Zielen

- Transparenz für den Badbesucher
- Soziale Gerechtigkeit **für alle Bevölkerungsteile**
- Überschaubares Handling durch angemessene Preisdifferenzierung
- Anpassung an marktübliche Preisstrukturen
- Erhöhung der Durchschnittseinnahmen je Badbesucher

Im wesentlichen spricht das Optimierungskonzept die bestehenden Zielgruppen an.

Da die Attraktivierung fehlt muss klar herausgestellt werden, dass die Zielgruppen nicht qualitativ besser bedient werden.

Lediglich durch das erweiterte Kurs- und Aktionsangebot wird eine Klientel in das Bad geholt, welches vorher die Bäder nicht frequentiert hat.

Ein Schwerpunkt des Nutzens des Optimierungskonzepts liegt in der Reduzierung des Personalbedarfs von ca. 5 Vollzeitstellen.

Zu bedenken ist, dass es sich überwiegend um Frauenarbeitsplätze handelt, die zudem teilweise als Schonarbeitsplätze dienen.

Das vorgeschlagene betriebswirtschaftliche Controlling bietet mehr Kosten- und Erlöstransparenz was u.a. ein zeitnaheres Gegensteuern im laufenden Betrieb ermöglicht.

Die Gutachter haben auf den Seiten 120 – 129 ausführliche Vorschläge zu einer Optimierung der Vermarktung des Bäderbereichs unterbreitet.

Die grundsätzlichen und exemplarischen Vermarktungsaktivitäten sind von ihrem Stellenwert und Inhalt her folgerichtig dargestellt. Zur Umsetzung dieser zwingenden Aktivitäten des Dienstleistungsbetriebes Bäder bedarf es sowohl der Personal- als auch der Finanzressourcen.

Da erkennbar war, dass die bisherigen Aktivitäten der Sport- und Bäderverwaltung mit den bisher bereitgestellten Ressourcen nicht ausreichen um die Bäderlandschaft wirksam zu vermarkten, ist im Leistungsverzeichnis für die Erstellung der Bäderkonzeption unter Punkt 8 dezidiert das Aufzeigen von Marketingstrategien gefordert worden.

Die konsequente Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bäderbereich hat gezeigt, dass mit der Qualifizierung des Personals nicht nur eine verbesserte Service- und Kundenorientierung sondern auch eine höhere Wirtschaftlichkeit des gesamten Bäderbetriebes einhergeht.

Die Aussage der Gutachter, dass es sich bei der Schulung um einen besonders wichtigen Punkt im Rahmen der zukünftigen Vermarktungsaktivitäten handelt kann aus Sicht der Bäderverwaltung nur unterstützt werden.

Im Optimierungskonzept kommen die Gutachter zurück auf ihre in der Analysephase getroffene Aussage, dass der Besatz in der Schwimmaufsicht knapp bemessen ist, dass aber Einsparreserven im Kassen- und Reinigungsbereich bestehen.

Durch die vorgeschlagene Zielgruppenausrichtung ändert sich auch die Organisation und der Personalbedarf in den Hallenbädern.

Während im Hallenbad Weidenau kein Kassenpersonal mehr erforderlich ist wird in den Hallenbädern Löhrtor und Eiserfeld während der Woche über anzuschaffende Automaten und Drehkreuze der Einlass gewährt. Nur noch am Wochenende ist Personen besetzte Kasse vorgesehen.

Die Gutachter sehen im Optimierungskonzept die Attraktivität des Angebots nach Investition immer noch als unzeitgemäß an, sehen es aber zielgruppenoptimiert.

Die Umsetzungsempfehlung lautet: „**Machbare Kompromisslösung**“

Die Verwirklichung der Variante 1 erfordert im investiven Bereich eine Summe in Höhe von 4.182.0115 Euro netto.

Hiermit ist nur die Techniksanieierung und eine Attraktivitätsverbesserung für die Sauna und die Außenanlagen der Warmwasserfreibäder verbunden.

Selbst diese nicht unerhebliche Investitionssumme führt jedoch zu einem weiterhin unzeitgemäßen Bäderangebot der Stadt Siegen.

Bei Umsetzung der in den Nachbargemeinden geplanten Attraktivierungsmaßnahmen muss davon ausgegangen werden, dass insbesondere die Badegäste aus dem Bereich Siegen-Nord abwandern.

Die von der Stadt zu tragenden Schülerfahrkosten werden sich bei dieser Variante erhöhen.

3.4 Variante 3 – Attraktivierungskonzept

Mit dem Attraktivierungskonzept werden zukunftsweisende Investitionen vorgeschlagen unter gleichzeitigem Wegfall nicht zukunftsfähiger Standorte. Im Einzelnen empfehlen die Gutachter:

Schließung von

- Hallenbad Löhrtor
- Naturfreibad Eiserfeld
- Naturfreibad Seelbacher Weiher

Sanierung von

- Hallenbad Weidenau als **Sportbad** für Schulen, Vereine und Sportschwimmer
- Freibad Kaan Marienborn
- Freibad Geisweid

Attraktivierung der Aufenthaltsflächen in den Freibädern

Erweiterung des Hallenbades Eiserfeld zum **Familienbad mit Erlebnischarakter**

Neubau eines **Gesundheits- und Wellnessbades**

Das Konzept und die Kapazitäten der neuen Gesundheits- und Wellnessanlage sind im Detailkonzept dargestellt und enthalten im Wesentlichen

- ein kleines Warmwasser-Erholungsschwimmbad
- eine moderne mittelgroße Saunalandschaft mit schönem Saunagarten
- ein Kursbecken welches separat von der Restanlage für Kurse oder zu anderen Zeiten als Bestandteil der Gesamtanlage zum Schwimmen genutzt werden kann.

Die Baumaßnahme soll so gestaltet und das Grundstück so gewählt werden, dass ein späterer Ausbau der Kapazitäten möglich ist.

Das Attraktivierungskonzept hat eine deutliche Zielgruppenerweiterung zur Folge:

- Anspruchsvolle Erholungssuchende finden im Gesundheits- und Wellnessbad ein Angebot, das in der Region seines Gleichen sucht.
- Hier besteht die einmalige Chance erstmals in eine Marktnische einzusteigen und im Rahmen der Gesundheitsvorsorge eine Vorreiterrolle in der gesamten Region einzunehmen.
- Sie würde die Wohlfühlanlage in Siegen und Umgebung darstellen.
- Sie wäre besonders behindertenfreundlich
- Insbesondere für die Zielgruppe der gesundheitsbewussten Senioren würde ein adäquates Angebot eröffnet.
- Die Anlage ist im besonderen Maße Frauenorientiert mit der Folge, dass das Ziel der Frauenförderung unter Beachtung der Aspekte von Gender Mainstreaming in vorbildlicher Weise Berücksichtigung finden.
- Betriebliche Gesundheitsfürsorge könnte wirksam praktiziert werden.
- Familien mit Kleinkindern und Jugendliche können ihren Erlebnisbedarf jetzt innerhalb Siegens – im Hallenbad Eiserfeld „stillen“ und müssen außer für „die große Badesensation“ nicht mehr in die Nachbarschaft pendeln

Der Neubau eines Gesundheits- und Wellnessbades und der Ausbau des Hallenbades Eiserfeld zu einer Familien- und Freizeiteinrichtung mit Erlebnischarakter sind dergestalt dimensioniert, dass überwiegend die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadt Siegen und ihrem Einzugsbereichs erwartet werden.

Aus diesem Grunde sind für den Neubau der Wellnessanlage ohne Grundstücks- und Erschließungskosten die Investitionskosten auf lediglich 6.632.000 Euro geschätzt worden. Die gesamte Investitionsgröße des Attraktivierungskonzepts beläuft sich auf 10.456.90 Euro.

Mit einer solchen Investition wird das Angebot attraktiv und zielgruppengerecht.

Die Umsetzungsempfehlung lautet: **„Wünschenswert, aber voraussichtlich nicht finanzierbar.“**

Beim Variantenvergleich fällt auf, dass selbst bei den Varianten 0-Lösung, Sparkonzept und Optimierungskonzept nicht unerhebliche Investitionen zu tätigen sind, die zwischen 2.574.090 Euro beim Sparkonzept und 4.182.015 Euro beim Optimierungskonzept liegen.

Selbst mit solchen Investitionen ist keine nachhaltige Qualitätsverbesserung im Bäderangebot zu erzielen.

Die von den Gutachtern aufgezeigte Wettbewerbsentwicklung der umliegenden Kommunen macht darüber hinaus deutlich, dass dort die im Regelfall jetzt schon attraktiveren Bäder Anlass geben für zukunftsweisende Planungen und Investitionen. Eine solche Umsetzung würde die wirtschaftliche Situation der Bäder innerhalb der Stadt Siegen weiter verschlechtern, so dass sich auch aus diesem Gesichtspunkt heraus die Stadt Siegen diesen Entwicklungen nicht verschließen kann.

Den Vorschlag der Gutachter aufgreifend „Neubau eines Gesundheits- und Wellnessbades an grünem Standort“ unter gleichzeitiger Aufgabe der Standorte Hallenbad Löhrtor, Sauna Löhrtor, Naturfreibad Eiserfeld und Naturfreibad Seelbacher Weiher stellt die Verwaltung das nachfolgende Modell zur Diskussion:

Neubau eines Gesundheits- und Wellnessbades auf dem Gelände des Seelbacher Weihers

Folgende Argumente sprechen für diese Lösung:

- ☐ Gelände ist städtisches Eigentum
- ☐ „Grüner Standort“
- ☐ Verkehrsgünstige Lage
- ☐ Parkmöglichkeiten
- ☐ Natürlicher Wasserverlauf kann zur Wasserentnahme und als Gestaltungselement des naturnahen Außenbereichs genutzt werden
- ☐ Beibehaltung einer verkleinerten Naturwasserfläche
- ☐ Erweiterungsmöglichkeiten

Eine Grobschätzung der Baukosten für den Neubau eines Wellnessbades beläuft sich einschließlich der Baunebenkosten auf **6.632.000 € (netto)**.

Die Veräußerung des Grundstückes des Hallenbades Löhrtor würde nach Abzug der Abbruchkosten einen Erlös von ca. 1,25 Mio. € erbringen mit der Folge, dass sich die Kosten auf 5.382.000 Euro reduzieren werden

Dadurch wird sich im Variantenvergleich die Investitionsgröße des gesamten Attraktivierungskonzepts von 10.456.090 Euro auf 9.206.090 Euro reduzieren was auch Auswirkungen auf das ohnehin schon günstige prognostizierte Betriebsergebnis haben wird.

In Anbetracht der erheblichen Investitionen für ein solches Projekt unter Berücksichtigung der schwierigen Haushaltslage sollte die Stadt Siegen für die Planung, Realisierung und ggf. den Betrieb die Möglichkeit in Erwägung ziehen, Private an dem Projekt zu beteiligen und/oder kommunale Partnerschaften (Kreis Siegen, Stadt Freudenberg) einzugehen.

Allgemein lässt sich Public-Private-Partnership als alle Aktivitäten, bei denen private und staatliche Partner gemeinsam Leistungen erbringen bzw. Objekte betreiben, beschreiben. Der Ansatz besteht darin, dass sowohl der private als auch der staatliche Bereich Stärken und Schwächen in ihrem Auftreten am Markt zu verzeichnen haben.

Insoweit anstehende Detailplanungen gestalten sich aufwendig, so dass hierfür ein Planungsauftrag erforderlich wäre.

III. Umsetzungsempfehlungen

Das Attraktivierungsmodell enthält zukunftsorientierte Modelle und Denkansätze die geeignet sind, die Stadt Siegen in ihrer Entwicklung als Oberzentrum wirtschaftlich zu stärken.

Ungeachtet dessen lässt die finanzwirtschaftliche Situation der Stadt die damit einhergehenden Investition nicht zu.

Der Verwaltungsvorstand hat sich mit der vorstehenden Analyse des Bädergutachtens auseinandergesetzt und nach ausführlicher Diskussion festgehalten, dass in Anbetracht der schwierigen Finanzlage der Stadt Siegen ein Auftrag zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Neubau eines Wellness-/Gesundheitsbades dem Rat der Stadt Siegen nicht empfohlen werden kann.

Die Errichtung eines Gesundheits- und Wellnessbades auf rein privater Basis hat wenig Chancen realisiert zu werden.

Somit scheidet eine Umsetzung des Attraktivierungskonzeptes aus.

Folgende modifizierte Variante des Optimierungskonzepts wird zur Umsetzung vorgeschlagen:

- **Kurzfristige Sanierung der beiden Warmwasserfreibäder**

Sowohl das Sparkonzept als auch das Optimierungs- und Attraktivierungskonzept enthalten die Sanierung der beiden Warmwasserfreibäder incl. Attraktivierungsmaßnahmen für die Aufenthalts- und Liegeflächen.

Der alarmierende baulich technische Zustand der Warmwasserfreibäder, der im Stärke-/Schwächenprofil bei –3 angesiedelt ist hat mittlerweile einen Grad erreicht, der die unverzügliche Sanierung beider Einrichtungen zur Folge hat.

Der Investitionsbedarf beider Warmwasserfreibäder wird nach derzeitigen Erkenntnissen mit einer Summe von jeweils 1.074.000 Euro prognostiziert.

In beiden Freibädern liegt der dringende Investitionsbedarf bei den Becken- und Rohrleitungen bei einer Summe von jeweils 895.000 Euro.

Daneben wird die Techniksanieierung pro Bad auf 179.000 Euro geschätzt

Neben den im Gutachten kalkulierten Investitionskosten sind pro Bad Planungskosten in Höhe von 130.000 Euro einzustellen. Diese Summe reduziert sich nur für den Fall, dass die Planung durch die Hochbauabteilung sichergestellt werden kann.

Es wird vorgeschlagen, die Sanierung des Warmwasserfreibades Kaan-Marienborn im Jahre 2002 zu planen, in 2003 Becken und Rohrleitungen und in 2004 die Technik zu sanieren.

Ein Jahr zeitversetzt sollte die Sanierung des Warmwasserfreibades Geisweid geplant und umgesetzt werden.

Nachzeitigem Erkenntnisstand ist die Sanierung des Beckens im Freibad Kaan-Marienborn dringlicher als die Sanierung des Beckens im Freibad Geisweid.

Gleichwohl gilt, dass beim Ausfall wichtiger Anlagen in beiden Freibädern kurzfristiger Handlungsbedarf gegeben ist.

Die Attraktivierung der Aufenthalts- und Liegeflächen mit einer Summe von 153.000 Euro sollte im Jahre 2005 vollzogen werden.

Die Attraktivierung könnte beinhalten:

Bau von Erlebniselementen wie Beachvolleyball, Beachsoccer, Kletterwand u. ä.. Gegebenenfalls könnten diese Projekte von jeweils örtlich ansässigen Vereinen und Institutionen unterstützt werden.

- **Kurz- bis mittelfristige Sanierung aller drei Hallenbäder**

In der Verwaltungsvorlage Nr. 1072/01 vom 25.03.2001 ist das gesamte notwendige Bauprogramm bezogen auf die Heizung-, Lüftungs- und wassertechnischen Anlagen des Hallenbades Löhrtor und der Sauna mit Gesamtkosten in Höhe von 3,2 Mio. DM (1,64 Mio. Euro) detailliert dargestellt worden.

Der erste Bauabschnitt mit einem Kostenvolumen von 1.395.000 DM (713.000 Euro) befindet sich derzeit in der Umsetzungsphase. Zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Hallenbades Löhrtor incl. Sauna müssen die weiteren vorgestellten Bauabschnitte umgesetzt werden.

Gegenüber der Ursprungsvorlage wird vorgeschlagen, den zweiten und dritten Bauabschnitt um ein weiteres Jahr zu verschieben. Der zweite Bauabschnitt mit einem Kostenvolumen von 500.000 Euro sollte in 2003 umgesetzt werden. Der dritte Bauabschnitt mit einem Kostenvolumen von 400.000 Euro in 2004.

Im Hallenbad Weidenau besteht ein Investitionsbedarf in Höhe von 166.000 Euro wovon dringend 93.000 Euro in 2003 u.a. für die Erneuerung der Bodenfliesen im Mehrzweckbecken und für die Reparatur von Wand- und Bodenfliesen erbracht werden müssen. Es verbleiben Baukosten in Höhe von 73.000 Euro, die in 2004 verausgabt werden sollen.

Das Hallenbad Eiserfeld hat einen Investitionsbedarf von 391.000 Euro, davon dringend 341.000 Euro in 2003 u.a. für die Auswechslung der Decke und der Luftkanäle, die Erneuerung der Flachdachabdichtung, der Umrüstung der Schwallwasserbehälter und für den Einbau einer automatischen Chlorgasanlage. Der verbleibende Investitionsbedarf von 50.000 Euro kann in 2004 abgedeckt werden.

- **Zielgruppenorientierter Betrieb der Hallenbäder**

Im Optimierungskonzept wird davon ausgegangen, dass Zielgruppenklarheit hergestellt werden kann durch ein zielgruppenorientiertes Betreiben der drei Hallenbäder.

Folgende Zielgruppendifferenzierung wird vorgeschlagen:

- Hallenbad Weidenau
Sportbad für Schulen, Vereine und Sportschwimmer
mit eingeschränkten öffentlichen Schwimmzeiten
- Hallenbad Löhrtor
Kurs- und Aktionsbad
- Hallenbad Eiserfeld
Familienbad und Behindertensport

Ein wirtschaftlicher Effekt besteht in der Einsparung von ca. fünf Stellen bei gleichzeitiger Einrichtung von Kassenautomaten und Übernahme von Reinigungsleistungen durch Vereine. Dies führt zu einer Einsparung von jährlich ca. 150.000 Euro. Für die Abrechnungstechnik/Kassenautomaten ist für 2005 eine Investition in Höhe von 153.000 Euro vorgesehen.

Es handelt sich hier um reine Frauenarbeitsplätze, die zudem teilweise als Schonarbeitsplätze dienen. Es ist fraglich, ob eine solche organisatorische Maßnahme mit der „Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung – Gender Mainstreaming - Politikrahmen zur Verbesserung der Lebens- und Berufschancen für Frauen“ vereinbar und somit umsetzbar ist.

Hinzu kommt, dass befürchtet werden muss, dass Badegäste die bislang das Hallenbad Weidenau besucht haben gänzlich aus dem Siegener Stadtgebiet abwandern.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte, müsste das Optimierungskonzept modifiziert umgesetzt werden.

Die Gesamtöffnungszeiten sind moderat zu reduzieren.

Eingeschränkte öffentliche Schwimmzeiten sollten im Hallenbad Weidenau vorgehalten werden.

- **Bereinigung der Preispolitik**

Die Gutachter geben die klare Empfehlung die vorhandene Preispolitik im Bäderbereich zu korrigieren. Dies wird im Wesentlichen wie folgt begründet:

- Bädereintrittspreise sind immer Sozialpreise, aber die hier vorgefundene Preisstruktur überbetont eindeutig den Sozialaspekt.
- Besonders hervorzuheben ist die überdimensionierte Differenzierung der Preise gerade im Hinblick auf nicht Erwachsene und Inhaber des Siegener Ausweises.
- Auch die Rabattierung in Form von 5er-, 10er-, 20iger-Karten sowie die Halbjahressaison und Kombikarten muss als überzogen bezeichnet werden

Die Gutachter empfehlen eine Bereinigung der Preispolitik mit den in der vorstehenden Vorlage erläuterten Zielen und geben konkrete Hinweise zu einer künftigen Preisgestaltung (siehe Anlage 6).

Die Verwaltung schließt sich den Aussagen der Gutachter an und empfiehlt eine Änderung der Preisgestaltung für die Hallen- und Freibäder auf der Basis der Empfehlungen im Gutachten.

Trotz prognostiziertem Besucherrückgang führt eine nach wie vor sozialverträgliche aber bereinigte Preisgestaltung nach Berechnungen der Gutachter zu einer jährlichen Einkommensverbesserung von ca. 30.000 Euro.

- **Naturfreibad Seelbacher Weiher**

Dem Gutachten ist zu entnehmen, dass eine wirtschaftliche Fortführung beider Naturfreibäder mittel- und langfristig nicht möglich ist. Gleichwohl wird im Optimierungskonzept die Empfehlung ausgesprochen, das Naturfreibad Seelbacher Weiher zu sanieren.

Das Naturfreibad Seelbacher Weiher verfügt auf dem Nachbargrundstück über Erlebniselemente wie Beachvolleyballfeld und Kinderspielplatz. Darüber hinaus hat sich auf dem Gelände ein attraktiver Gastronomiebetrieb angesiedelt der geeignet ist den Freibadstandort aufzuwerten.

Der Investitionsbedarf für dieses Freizeitangebot liegt bei bis zu 465.000 Euro. Hierin enthalten ist die dringend notwendige Dammsanierung die mit ca. 150.000 Euro in 2004 umgesetzt werden muss.

Die übrige Sanierung kann in 2006 mit einer Summe ca. 315.000 Euro durchgeführt werden.

Parallel zur Sanierung sollte angestrebt werden die Gesamtverantwortung für das Naturfreibad einem privaten Betreiber zu übertragen.

Abweichend vom Optimierungskonzept wird folgendes vorgeschlagen:

- **Attraktivierung der Sauna im Hallenbad Löhrtor**

Bezogen auf die Sauna im Hallenbad Löhrtor ist von den Gutachtern eine Attraktivierung nur in den bestehenden Räumlichkeiten vorgesehen worden.

Da das Hallenbad Löhrtor nicht über die erforderlichen Sanitär- und Aufenthaltsflächen für das Personal verfügt ist zu erwägen mittelfristig in diesem Bereich Umbaumaßnahmen durchzuführen.

Dieser Vorschlag stützt sich darauf, dass die Gutachter die derzeit leerstehenden Räumlichkeiten nicht als geeignet für kundenseitige Nutzung ansehen.

Eventuelle Umbaumaßnahmen sind im Gutachten nicht kalkuliert und auch nicht Gegenstand des Umsetzungsvorschlages.

Für die Attraktivierungsmaßnahmen in der Sauna mit einer Summe von 1.023.000 Euro wird eine Umsetzung ab 2006 vorgeschlagen, sofern es die Haushaltslage zulässt.

- **Naturfreibad Eiserfeld**

Im Hinblick auf das Naturfreibad Eiserfeld enthalten sowohl das Sparkonzept als auch das Optimierungs- und Attraktivierungskonzept klare Empfehlungen zur Schließung dieser Einrichtung.

Im Jahre 2001 hat sich ein Förderverein gegründet und für den Erhalt des Freibades ausgesprochen. Der Förderverein hat sich vertraglich verpflichtet in Eigeninitiative – mit den von der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 220.000 DM (112.484,21 Euro) die notwendigen Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Dieses besondere ehrenamtliche Engagement bedarf der besonderen Würdigung. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, dass zunächst abgewartet wird ob sich das Engagement des Fördervereins und des betreibenden Vereins festigt. Sollte dies der Fall sein kommt eine Gesamtverwaltung und somit Gesamtverantwortung für das Naturfreibad Eiserfeld entweder durch den betreibenden Verein und/oder durch den Förderverein in Frage.

Mit einer solchen Lösung wäre den wirtschaftlichen Interessen der Stadt Siegen ebenso Genüge getan wie den besonderen Interessen einer Gruppe von Befürwortern des Naturfreibades Eiserfeld.

Eine Entscheidung sollte nach Überprüfung der Annahme durch die Bevölkerung im Jahre 2002, spätestens nach der Badesaison 2003, gefällt werden.

- **Hallenbad Eiserfeld**

Der langfristig geplante Ausbau des Hallenbades Eiserfeld zu einer zeitgemäßen Familieneinrichtung bietet die Chance, dass Siegener Familien eine adäquate Angebotsstruktur vorfinden, die wenngleich sie keinen großen Erlebnischarakter hat, so doch als zukunftsorientiert beurteilt werden kann.

Die Gutachter kalkulieren diese Erweiterung mit 1.450.000 Euro. Diese familienorientierte Baumaßnahme sollte nach erfolgter Sanierung aller Hallen- und Warmwasserfreibäder durchgeführt werden, sofern es die Haushaltslage zulässt.

Umsetzung des Ratsbeschlusses

Nachdem der Rat der Stadt Siegen einen Beschluss über die Umsetzung notwendiger Maßnahmen aus dem Bäderkonzept gefasst hat wird die Verwaltung Detailkonzepte unter Einbeziehung von Bau- und Finanzierungsplänen erarbeiten.

Bei der Kostenschätzung gemäß vorliegendem Bädergutachten konnten die Investitionen nur grob geschätzt werden.

Eine Entscheidung zur Betriebsform kann erst erfolgen wenn klar ist in welcher Form oder mit welcher Variante das Gutachten zur Umsetzung gelangt.

Zusammenfassung der vorgeschlagenen Investitionen

	2002 €	2003 €	2004 €	2005 €	2006 €
HB Löhrtor		II. BA 500.000	III. BA 400.000		
HB Weidenau		93.000	73.000		
HB Eiserfeld		341.000	50.000		
WFB Kaan-M.	Planungskosten 130.000	Becken 895.000	Technik 179.000		
WFB Geisweid		Planungskosten 130.000	Becken 895.000	Technik 179.000	
Attraktivierung WFB Kaan-M. u. Geisweid				153.000	
NFB Seelbach. Weiher			Dammsanie- rung 150.000		Sanierung 315.000
Abrechnungs- Technik/ Kassenauto- Maten				153.000	
Summe:	130.000	1.959.000	1.747.000	485.000	315.000

Die Gesamtinvestition liegt bei 4.636.000 Euro.

Durch den Landeszuschuss aus Sportfördermitteln für die Baumaßnahme Hallenbad Löhrtor in Höhe von 593.000 Euro verbleibt eine Investition von 4.043.000 Euro.

Die im Optimierungskonzept enthaltene Attraktivierung der Sauna wird kalkuliert mit Investitionskosten von 1.032.000 Euro.

Die im Attraktivierungskonzept vorgeschlagene Erweiterung des Hallenbades Eiserfeld schließt mit 1.450.000 Euro.

Beide Maßnahmen werden langfristig umgesetzt, wenn es die Haushaltslage zulässt.

Stellungnahme des Stadtkämmerers

Für die Umsetzung der im Beschlussvorschlag dargestellten Investitionsmaßnahmen wird kurz-/mittelfristig ein Finanzbedarf von deutlich über 4 Mio. € erforderlich. Hierfür stehen im aktuell beschlossenen Haushalt bzw. Investitionsprogramm keine Mittel zur Verfügung. Es ist auch nicht erkennbar, dass durch Umschichtungen bereits etatisierter Vorhaben der benötigte Bedarf verfügbar gemacht werden kann. Von daher würde die Realisierung der Umsetzungsempfehlungen zwangsläufig zu einer Ausweitung des bereits jetzt dramatischen Haushaltsdefizites bzw. einer Erhöhung der Nettoneuverschuldung der Stadt führen und damit die eindeutigen Zielsetzungen des vom Rat der Stadt beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes konterkarieren. Dies kann von mir nicht mitgetragen werden.

Die derzeitige Situation der öffentlichen Finanzwirtschaft macht es unverzichtbar, dass auf allen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden) bisher gewohnte Standards und Leistungsangebote konsequent im Hinblick auf ihre künftige Fortführung überprüft und gegebenenfalls auch in Frage gestellt werden. Dies gilt angesichts der eigenen Haushaltslage auch und insbesondere für die Stadt Siegen.

Die städtischen Entscheidungsträger müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass wegen des Verfalles der Einnahmeseite bisher gewohnte Angebotsstrukturen und Standards auf Dauer nicht mehr in dem bekannten Umfang aufrechterhalten werden können, und von daher zum Teil schmerzliche Eingriffe in das Dienstleistungsangebot der Stadt unumgänglich sind.

Aus Sicht des Unterzeichners tragen die vorgelegte Verwaltungsvorlage und der hierzu formulierte Beschlussvorschlag dem Erfordernis einer aufgabenkritischen Überprüfung der Bäderlandschaft der Stadt Siegen umfänglich nicht Rechnung. Hierzu gehört auch, dass bestimmte Anregungen/Empfehlungen des externen Bädergutachtens nicht konsequent aufgenommen und weiter verfolgt werden. Im Einzelnen weise ich hierzu auf Folgendes hin:

1. Im Gutachten werden auf Seite 78 folgende Aussagen getroffen:

*„Die Analysephase hat ergeben, daß die **Hallenbäder** insgesamt deutlich zu schwach ausgelastet sind. Strategisch betrachtet ist insofern die Reduzierung auf zwei Hallenbadstandorte ein denkbarer Ansatz“.*

Dieser Anregung der Gutachter wird durch die Fachverwaltung nach Auffassung des Unterzeichners nur unzureichend nachgegangen. Vor dem Hintergrund der erheblichen Investitionsnotwendigkeiten für die 3 Hallenbäder und auch angesichts der dauerhaften Folgekosten (rund 1 Mio. € p. a.) ist es nicht ausreichend, zur Sicherstellung des Status quo lediglich auf die entstehenden Zielgruppenkonflikte bei einer Konzentration auf 2 Hallenbäder hinzuweisen.

Wegen der finanziellen Tragweite der zu treffenden Grundsatzentscheidung muss die Frage der Folgewirkungen einer Konzentration der städtischen Hallenbäder intensiver untersucht werden. Letztlich müssen die städtischen Entscheidungsträger in die Lage versetzt werden, anhand von konkreten Fakten eine Abwägung zwischen den möglichen Szenarien zu treffen. Dabei ist vor allem die Frage zu beantworten, ob und mit welchen (hinnehmbaren) Einschränkungen für die jeweili-

gen Benutzergruppen ein gegebenenfalls reduziertes Angebot im Bereich der Hallenbäder der Stadt Siegen sichergestellt werden kann.

2. Die Frage der Aufrechterhaltung und Attraktivierung der **städtischen Sauna** mit einem Investitionskostenaufwand von deutlich über 1 Mio. € muss auch unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen und geplanten privatwirtschaftlichen Aktivitäten im Stadtgebiet kritisch hinterfragt werden. Soweit hier eine Bedarfsdeckung eingetreten bzw. durch das geplante Vorhaben eines Privatinvestors im Sauna- und Wellnessbereich mittelfristig zu erwarten sein wird, sollte die Stadt auf die Schaffung von zusätzlichen Konkurrenzsituationen verzichten.
3. Für das **Naturfreibad Eiserfeld** spricht das Gutachten eine eindeutige Schließungsempfehlung aus. Dieser Empfehlung folgt die Verwaltungsvorlage nicht. Es ist bekannt, dass neben den bereits bewilligten Mitteln von rund 110.000 € zur dauerhaften Sicherung des Badebetriebes im Naturfreibad Eiserfeld ein weiterer Investitionsbedarf von bis zu 500.000 € erforderlich wird. Diese Finanzierungsnotwendigkeit steht in keinem Verhältnis zur bisher festgestellten und auch von den Gutachtern für die Zukunft prognostizierten Nutzung. Von daher sollte die Stadt ihr finanzielles Engagement für das Naturfreibad Eiserfeld über die beschlossenen Mittel hinaus einstellen und die Einrichtung vollständig in die alleinige Verantwortung des privaten Fördervereines übergeben.
4. Zur dauerhaften Sicherstellung des Badebetriebes im **Naturfreibad Seelbacher Weiher** sind für die Dammsanierung 150.000 € und für weitergehende Sanierungsmaßnahmen nochmals 315.000 €, insgesamt somit rund 465.000 €, erforderlich. Die Gutachter kommen in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Besucherzahlen für eine insgesamt schwache Akzeptanz der Einrichtung sprechen. Insofern sollte auch bei diesem Bad das kommunale Engagement weitestgehend eingestellt und die Einrichtung aus der städtischen Regie entlassen werden. Ähnlich wie beim Naturfreibad Eiserfeld wären maximal noch die Kosten der Dammsanierung von der Stadt zu übernehmen, um dann anschließend auch diese Einrichtung vollständig in private Verantwortung zu überführen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass selbst bei Berücksichtigung der vorstehenden Überlegungen noch ein mittelfristig zu realisierender Investitionsbedarf von deutlich über 3 Mio. € verbleibt, dessen Deckung derzeit nicht seriös dargestellt werden kann. Insofern wird erkennbar, dass bei Würdigung der dramatischen Haushaltslage der Stadt eine aufgabenkritische Umgehensweise mit dem Bädergutachten, sowohl im Hinblick auf die Investitionsnotwendigkeiten zur Sicherstellung und Attraktivierung der Angebotsstruktur nach dem Status quo als auch unter Berücksichtigung der jährlichen Folgekosten/Zuschussbedarfe für den Bäderbereich (derzeit ohne Kapitalkosten netto rund 1,4 Mio. € p. a.), unverzichtbar ist.

Finanzielle Auswirkungen

☒ Ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Zur Mitzeichnung:

Gesehen:

Dr. Rohr
StadtratReinhold Baumeister
Stadtkämmerer

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer

Datum
26.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Betreff:

**Kommunale Beschäftigungsförderung
- Neue Arbeit Siegerland gGmbH - Gesellschaftervertrag**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Neufassung des Gesellschaftervertrages zu.

Sachverhalt / Begründung:

...

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von: Manfred Reisch

Datum
11. April 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Rat

22.05.2002

Betreff:

Haushalt 2003

hier: Verfahren zur Aufstellung des Haushalts einschließlich Terminplanung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von dem aus der Anlage ersichtlichen Verfahren zur Aufstellung des Haushalts 2003 einschließlich Terminplanung Kenntnis. Gleichzeitig werden folgende Festlegungen getroffen:

- a) Die Einbringung des Haushalts 2003 erfolgt in der Sitzung am 18. Dezember 2002.
- b) Die Beschlussfassung über den Haushalt 2003 erfolgt im Februar 2003.

Sachverhalt / Begründung:

Die Vorbereitungen zur Aufstellung des Haushalts 2003 müssen bereits jetzt verwaltungsseitig getroffen werden. Als Anlage wird die Terminplanung zur Kenntnisnahme vorgelegt. Nach dieser Terminplanung ist

- die Einbringung im Rat für den 18. Dezember 2002,
- die Beratung in den Bezirks- und Fachausschüssen für Januar / Februar 2003 und
- die Beschlussfassung durch den Rat für Februar 2003

vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7/1
Bearbeitet von: Ulrich Thümmeler

Datum
14.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss VI-Eiserfeld	17.04.2002
Bauausschuss	29.04.2002
Haupt- und Finanzausschuss	08.05.2002
Rat	22.05.2002

Betreff:

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Eiserfeld;

hier: % Auf § 31 GO NW wird hingewiesen

% Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen

% Beschluss der Bebauungsplanänderung als Satzung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt :

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern keine Anregungen zum Entwurf der Bebauungsplanänderung vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung seitens der Träger öffentlicher Belange (TÖB) vorgebrachten Hinweise zum Entwurf der Bebauungsplanänderung gemäß der als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
3. die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
4. die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" laut Anlage 3.

Sachverhalt / Begründung:

Das Plangebiet der Bebauungsplanänderung liegt vollständig im Plangebiet des seit 1987 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal". Es umfasst zwei Änderungsbereiche (A und B), die wegen der bisherigen Bebauungsplanfestsetzungen und einer veränderten Bedarfslage auf dem Wohnungsbausektor noch nicht bebaut wurden.

Mit der Bebauungsplanänderung soll eine bessere Möglichkeit zur Bebauung geschaffen werden. Weitere Einzelheiten zur Planung bitte ich, der als Anlage 3 beigefügten Begründung der Bebauungsplanänderung zu entnehmen.

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung mit Begründung hat nach der ortsüblichen Bekanntmachung am 18.01.2002 in der Zeit vom 30.01.2002 bis einschl. 04.03.2002 öffentlich ausgelegen.

Gemäß § 3 (2) BauGB wurden die nach § 4 (1) BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange über die Auslegung der Bebauungsplanänderung benachrichtigt.

Von den Bürgern sind keine Anregungen zur Bebauungsplanänderung vorgebracht worden.

Von den TÖB haben der Kreis Siegen-Wittgenstein, die Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 8, Bergbau und Energie in NRW, sowie das Telekommunikationsunternehmen ish GmbH u. Co. KG Stellungnahmen abgegeben. In den Stellungnahmen werden keine Anregungen, aber Hinweise zur Planung abgegeben. Die Stellungnahmen sind als Anlage 2 der Verwaltungsvorlage beigefügt und sind - ebenso wie die Abwägung dieser Stellungnahmen (Anlage 1) Bestandteil der Vorlage.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: 3

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
25.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	09.04.2002
Bezirksausschuss III - Ost	10.04.2002
Bauausschuss	15.04.2002
Haupt- und Finanzausschuss	08.05.2002
Rat	22.05.2002

Betreff:

- I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";**
hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
& Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
& Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
& Beschluss über die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß der als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
3. die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW;
4. den Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
5. die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" laut Anlage 3.

Sachverhalt / Begründung:

1. Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" liegt an einem Südosthang und steigt vom Ortsteil Bürbach ca. 292 m ü. NN mit unterschiedlichen Neigungen bis zur Giersbergstraße (K 5) 372 m ü. NN an und wird in Teilbereichen noch landwirtschaftlich genutzt. Nach Norden und Osten umschließen zwei Kreisstraßen (K 4 und K 5) das Plangebiet.

Am Nordwestrand des Plangebietes auf dem Kirschberg liegt das so genannte "Bürbacher Wäldchen", eine aus heimischen Laubbäumen bestehende Forstfläche. Im Südwesten bildet eine ähnlich strukturierte Forstfläche mit einem geringen Anteil an Fichten-Forst den Abschluss. Im Nordwesten stößt das Plangebiet an eine Streusiedlung "Silberfuchs", die sich aus Restbeständen einer Wehrmachtseinrichtung des Zweiten Weltkrieges entwickelt und verfestigt hat. Im südlichen Bereich bilden Sukzessionsflächen den Abschluss zur Talaue des Bürbaches, während es im Südosten die Wiesengrundstücke oberhalb der Häuser an der Unteren und Oberen Dorfstraße sind.

Das Plangebiet ist ca. 37 ha groß und im Flächennutzungsplan der Stadt Siegen als Wohnbaufläche und Grünfläche dargestellt.

Der Bebauungsplan ist daher als aus dem FNP entwickelt anzusehen.

In neu ausgewiesenen Baugebieten, wie z. B. Kohrweg / Stimmerweg, wird anteilig auch die Möglichkeit des Kosten und Flächen sparenden Bauens vorgesehen.

Bei Grundstücksgrößen unter 400 m² ist die Möglichkeit der Bundes- und Landesförderung je nach der Höhe des Einkommens vorhanden. Es ist beabsichtigt, einen Anteil dieser Grundstücksgrößen von ca. 30 bis 40 % zu erreichen. Da es Vorsorgeaufgabe jeder Gemeinde ist, die Voraussetzung für die Erstellung und Pflege von Wohnraum zu schaffen, soll ein innenstadtnahes Wohngebiet im Stadtteil Bürbach entstehen. Der Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" schafft dazu die planungsrechtlichen Voraussetzungen.

Geplant ist ein qualitätvolles Wohnangebot für Bewohner unterschiedlichen Lebensalters und Familienstandes in Miet- und Eigentumsverhältnissen.

Unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Gegebenheiten, der vorhandenen Bebauung am Silberfuchs und der gewachsenen Struktur an der Oberen und Unteren Dorfstraße sollen ca. 570 Wohneinheiten (WE) entstehen.

Der Bedarf an weiteren Wohnungen in Siegen kann auch daraus abgeleitet werden, dass etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze im Oberzentrum von Einpendlern besetzt werden. 23.000 sozialversicherungspflichtige Pendler haben ihren Arbeitsplatz in Siegen, ihren Wohnort jedoch außerhalb. Aus struktureller und verkehrlicher Sicht ist anzustreben, möglichst viele Beschäftigte auch als Bewohner an Siegen zu binden.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie vom 27.07. 2001 (BGBl I 1950 ff.) ist neben dem UVPG und verschiedenen anderen umweltrelevanten Gesetzen auch das BauGB geändert worden. Künftig ergibt sich aus § 2 Abs. 3 Nr. 3 UVPG i. V. m. Anlage 1 (Liste der UVP-pflichtigen Vorhaben), für welche Bebauungspläne die Gemeinden eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen müssen.

Der Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" ist durch Ratsbeschluss der Stadt Siegen vom 20.01.1982 - Bekanntmachung am 12.02.1982 - eingeleitet worden. Im Jahre 1992 ist der ursprüngliche Aufstellungsbeschluss aufgehoben worden. Anschließend wurde ein neuer Aufstellungsbeschluss gefasst und die öffentliche Auslegung durchgeführt.

Nach erneuten Änderungen des Konzeptes wurde die 3. Offenlegung im Jahre 1995 beschlossen und durchgeführt. Selbst wenn man die Änderung der Konzeption im Jahre 1995 als "neues Planvorhaben" ansehen müsste, so läge in der 3. Offenlegung im Jahre 1995 auch konkludent der Planaufstellungsbeschluss. Das 1995 zur Offenlage gebrachte Plankonzept wurde dann im weiteren Verlauf im Wesentlichen beibehalten. Die Grundzüge der Planung blieben bei der erneuten Offenlage im Jahre 2001 unberührt.

Da nach der Offenlage 1995 Bedenken gegen die textlichen Festsetzungen bezüglich der Heizstoffproblematik bestanden, ist zu diesem Zeitpunkt kein Satzungsbeschluss gefasst worden. Doch seit Anfang 1998 wird an der Verwirklichung der Plankonzeption kontinuierlich gearbeitet, so dass man davon ausgehen kann, dass das derzeitige Planverfahren in der Zeit vor dem 14.03.1999 begonnen wurde.

Die Pflicht zur Durchführung der UVP bezüglich des im vergangenen Jahr geänderten UVPG / BauGB gilt also für den Bebauungsplan Nr. 247 nicht. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist deshalb nicht erforderlich.

Der Bebauungsplanentwurf hat in der Zeit vom 26.03. bis 26.04.2001 öffentlich ausgelegen. Ca. 300 Bürgerinnen und Bürger haben sich informiert. Einige haben Anregungen vorgebracht.

Von der Unteren Landschaftsbehörde und von den Umweltverbänden sind Hinweise auf Biotop nach § 62 LG NW vorgebracht worden. Die entsprechende Kartierung konnte erst nach Beginn der Wachstumsphase durchgeführt werden.

Am 06.06.2001 fand im o. g. Plangebiet eine Geländebegehung statt, an der neben einem Vertreter der LÖBF auch sachkundige Mitarbeiter der Stadt Siegen und der Unteren Landschaftsbehörde teilnahmen.

Ziel der Begehung war die **flächendeckende Untersuchung des Plangebietes** auf mögliche Vorkommen von Magerwiesen sowie eine Abgrenzung von Bereichen, bei denen die Voraussetzungen zur Ausweisung als geschützte Biotop gemäß § 62 LG gegeben sind. Neben dem Quellbereich im mittleren Plangebiet wurden einvernehmlich 5 Magerwiesen im westlichen Plangebiet neu kartiert, die aufgrund ihres hohen Anteils an Magerkeitsanzeigern und ihres guten Erhaltungszustandes unter den gesetzlichen Schutz nach § 62 LG fallen.

Im westlichen Plangebiet wurden auch außerhalb dieser 5 Flächen Bereiche mit Magerkeitsanzeigern angetroffen, die jedoch aufgrund ihrer Nutzung, der zu geringen Anzahl an Indikatorarten und ihres schlechteren Erhaltungszustandes nicht die Voraussetzungen zur Ausweisung gemäß § 62 LG erfüllten.

Insofern kann ausgeschlossen werden, dass außer den o.g. 5 Flächen weitere §-62-Biotopflächen übersehen wurden, obwohl sie tatsächlich vorhanden waren.

Die Kartierungen und Flächenabgrenzungen erfolgten nach anerkannten Methoden und Bewertungskriterien, wobei ein geeignetes Datum für die Kartierungen gewählt wurde, um einen möglichst großen Bestand an Magerkeitsanzeigern anzutreffen.

Diese Biotopflächen, die von einer Wohnbebauung betroffen sind, haben eine Größe von ca. 6.600 m².

Die anderen Biotopflächen liegen in den festgesetzten Ausgleichsflächen und sind somit gesichert.

Aufgrund des § 62 LG NW hat die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW (LÖBF) nach der Offenlegung am 06.06.2001 die Biotopkartierungen vorgenommen.

Es handelt sich dabei um die im Plangebiet gelegenen Biotopflächen (Magerwiesen bzw. Weiden) und Feuchtgebiete

- (1) GB 5114 - 0001 - 2001,
- (2) GB 5114 - 0002 - 2001,
- (3) GB 5114 - 0003 - 2001,
- (4) GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich),
- (5) GB 5114 - 0005 - 2001,
- (6) GB 5114 - 0006 - 2001,
- (7) GB 5113 - 00030.

Die zuletzt genannten drei Biotopflächen werden durch die Bauleitplanung nicht tangiert. Bezüglich des Quellbereiches sind mögliche Beeinträchtigungen minimiert.

Wegen der drei zuerst genannten Biotopflächen beantragte die Stadt Siegen am 03.07.2001 bei der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein die Erteilung einer Ausnahme von den für gesetzlich geschützte Biotopflächen geltenden Verboten. Dieser Antrag wurde u. a. damit begründet, dass die geschützten Flächen weniger als 2 % des gesamten Planbereiches umfassen und nicht mehr mit vertretbarem planerischen Aufwand aus dem Plangebiet ausgeklammert werden können. Wegen der weiteren Biotopflächen wurde keine Ausnahmegenehmigung beantragt, weil diese im Zuge der Bauleitplanung im Bereich von Grünflächen- / Ausgleichsflächen liegen und deshalb störende Eingriffe nicht zu erwarten sind. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein erteilte am 07.09.2001 die beantragte Ausnahmegenehmigung.

Gegen diesen Bescheid legte der NABU mit Schreiben vom 04.10.2001 Widerspruch ein. Der NABU setzt sich gegen die Ausnahmegenehmigung bezüglich der drei zuerst genannten Biotope zur Wehr. Zur Begründung führte er u. a. aus, dass auch das Biotop GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich) mit Wohnbauflächen teilweise überplant und durch eine Straßenführung (neue Planstraße 1) beeinträchtigt werde. Im Übrigen seien weitere Flächen zwischen den drei oben zuerst genannten Magerwiesen als Biotope schützenswert, so dass auch insoweit eine Ausnahme hätte beantragt werden müssen.

Der Widerspruch des NABU ist durch Widerspruchsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom Januar 2002 zurückgewiesen worden.

Mit Datum vom 26.10.2001 hat die Stadt Siegen den Antrag auf sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides vom 07.09.2001 gestellt.

Die ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein hat mit Verfügung vom 24.01. 2002 die sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides verfügt.
Eine Kopie der Verfügung ist als Anlage 2 beigelegt.

Im Norden der Ausgleichsfläche Obstwiese Im Siefen wird ein Fußweg um ca. 5 m nach Norden verschoben werden, um die Biotopfläche (**GB 5114 - 0006 - 2001**) nicht mehr zu belasten.

Nach der Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer und der berührten Träger öffentlicher Belange (TÖB) wird Folgendes geändert :

- & Der geplante Fußweg in der Obstwiese oberhalb des Biotopes **GB 5114 - 0006 - 2001** (im nördlichen Bereich des Siefens gelegen) wird aus dem Biotop herausgenommen und nach Norden um ca. 5 m verschoben.
- & Die geplante Bepflanzung des Quellbereiches und des Wasserlaufes in der Ausgleichsfläche A mit Baumgruppen und Büschen wird nicht vorgenommen. Es bleibt bei dem vorhandenen unbepflanzten Feuchtbereich.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja, bei Realisierung der Maßnahme ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: 4



Anlage 1

Bauleitplanung der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Bürbach

Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost"

Abwägung / Stellungnahmen zu den eingegangenen Anregungen der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und Bürgerinnen und Bürger

1. Stellungnahme zum Schreiben des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 19.04.2001

Die Planungen und Maßnahmen des Kreises Siegen-Wittgenstein werden nicht berührt.

Ein Hinweis zu evtl. vorhandenen Biotopen nach § 62 LG NW wird vorgebracht. Außerdem wird angekündigt, dass bei entsprechender Vegetationsentwicklung die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) diesen Hinweis anhand einer Kartierung und Bewertung prüfen wird.

Der Hinweis ist zur Kenntnis genommen worden. Die Kartierung der LÖBF hat zwischenzeitlich stattgefunden.

Der Stadt Siegen ist das Ergebnis mitgeteilt worden.

2. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Dorfstraße 39

Der Anlieger möchte seine z. Z. außerhalb des Plangebietes liegenden Flurstücke miterschlossen haben.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes ist während der Bearbeitung auf die notwendigen erschließungsfähigen Bau- und Ausgleichsflächen verkleinert worden ohne Berücksichtigung der Besitzverhältnisse.

Der Hinweis, die Planung wäre auf die städt. Flächen konzentriert worden, zielt ins Leere, da gerade im Osten städt. Flächen in großem Maße der Verkleinerung des Plangebietes zum Opfer gefallen sind.

Das angesprochene Flurstück liegt unterhalb der noch zu erschließenden Baugrundstücke. Die Randlage dieses Grundstückes ermöglicht keine Erschließung aus dem Plangebiet und liegt außerdem unterhalb des vorhandenen Dorfrandgürtels mit ökologisch wertvollem Bewuchs, der die Abrundung des vorhandenen Ortsteiles Bürbach darstellt. Auch von der Straße "Am Bill" ist eine Erschließung wegen der Steigungs- und Grundbesitzverhältnisse nicht möglich. Eine Erschließung vom Turnhallenweg ist wegen der topographischen Gegebenheiten und wegen vorhandener Landschaftsschutzflächen nicht möglich.

Die Hereinnahme ins Plangebiet, nur um die Größe der Ausgleichsflächen zu erhöhen, kommt aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen nicht zum Tragen.

Außerdem sind die Flächen des Dorfrandgürtels so wertvoll, dass ein Ausgleich dieser Flächen nur unter großem Einsatz von gut ausgestalteten Ausgleichsflächen möglich ist, zum Nachteil der Bauwilligen, die dieses letztendlich finanzieren müssten.

3. Stellungnahme zum Schreiben des Eigentümers des Flurstückes 156 in der Flur 1 vom 07.03.2001

Der Eigentümer weist darauf hin, dass sein Flurstück außerhalb des Plangebietes liegt und er damit gerne ins Plangebiet möchte.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes ist während der Bearbeitung auf die notwendigen erschließungsfähigen Bauflächen und die erforderlichen Ausgleichsflächen verkleinert worden. Das angesprochene Flurstück liegt unterhalb der noch zu erschließenden Baugrundstücke.

Die Randlage dieses Grundstückes ermöglicht keine Erschließung aus dem Plangebiet und außerdem grenzt es direkt an den Dorfrandgürtel, der das neue Baugebiet umgibt und zu erhalten ist. Dieser Grüngürtel besteht teilweise auch aus ökologisch wertvollem Bewuchs, der auf jeden Fall zu erhalten ist. Eine Bebauung dieser Flächen ist nicht sinnvoll, da hier sehr stark in die alte Substanz des Bewuchses eingegriffen würde. Dem Wunsch des Eigentümers auf Einbeziehung in das Plangebiet kann nicht gefolgt werden.

4. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Im Wiesengarten 8 vom 27.03.2001

Die Anlieger erwarten aufgrund der Bebauung des Giersberges insgesamt und speziell des Turnhallenweges eine Verschlechterung der klimatologischen Situation auf ihrem Grundstück.

Der Wegfall der Bebauung am Turnhallenweg würde diesbezüglich positive Effekte haben.

Die Bebauung des Giersberghanges wird keine gravierenden klimatologischen Veränderungen erzeugen, da die Fläche hierfür insgesamt großräumig zu unbedeutend ist.

Außerdem ist die Bebauung höhenmäßig so begrenzt, dass der Abfluss der Kaltluftmassen weiterhin gewährleistet ist, wie es auch schon so im "Klimagutachten" beschrieben ist. Die geringe Anzahl der Baukörper am Turnhallenweg hat hierauf keinen Einfluss. Insgesamt ist durch die Ausgestaltung des bis zu 300 m breiten Siefens der Abfluss der Luftströme gewährleistet.

Ob die vorhandene Turnhalle ausgebaut bzw. erweitert wird, steht z. Z. noch nicht fest. Die dann erforderlichen Stellplätze sind nur im Gesamtkonzept der Erweiterung zu sehen und zu bewerten. Den Anregungen kann somit nicht gefolgt werden.

5. Stellungnahme zum Schreiben der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe vom 13.03.2001

Die Landwirtschaftskammer hält die Anregungen hinsichtlich der Stellungnahme vom 15.11.2000 aufrecht.

In dieser Stellungnahme war auf die Existenzgefährdung von zwei Landwirten hingewiesen worden, die im Plangebiet des Bebauungsplanes auf Pachtflächen Landwirtschaft betreiben.

Im Zuge des Planverfahrens wurden hinsichtlich der bei Realisierung des Bebauungsplanes verlorengehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche Gespräche mit der Landwirtschaftskammer und dem betroffenen ansässigen Landwirt geführt. Der außerdem betroffene, inzwischen in Kirchen / Kreis Altenkirchen ansässige landwirtschaftliche Betrieb hat sich hieran trotz mehrfacher Aufforderung nicht beteiligt. Hieraus ist zu schließen, dass dieser Betrieb an einer weiteren Anpachtung der von ihm derzeit noch genutzten Flächen im Stadtteil Bürbach und in benachbarten Bereichen kein Interesse mehr hat. Daher ist das Pachtverhältnis für diese Flächen zum 31.12.2002 durch die Stadt Siegen gekündigt worden. Diese dann frei werdenden landwirtschaftlichen Flächen sollen dem in Bürbach ansässigen Landwirt, der den Betrieb als Familienbetrieb mit Nachfolger betreibt, zur Pacht angeboten werden. Dessen Beeinträchtigungen durch verloren gegangene Pachtflächen im Plangebiet können so teilweise ausgeglichen werden.

Im nordwestlichen Bereich - oberhalb der Giersbergstraße gelegen - werden dem Landwirt von der Stadt Siegen Pachtflächen angeboten, die von der Bodenqualität als wertvoller angesehen werden können.

Ein weiterer Flächenausgleich für ihn ist möglich, wenn nach Umsetzung des Bebauungsplanes die festgesetzten öffentlichen und privaten Grünflächen, wie z. B. Obstwiesen, ihm pacht- oder leihweise zur Nutzung überlassen werden, da auch auf den Obstwiesen eine entsprechende Mahd pro Jahr erforderlich ist.

Auf diesen zuvor angesprochenen Flächen sind aber gewisse Einschränkungen - wie z. B. nur als Mähwiese oder nur als Viehweide mit eingeschränkter Anzahl von Tieren nutzbar - vorgesehen. Wenn über diese Maßnahmen hinaus noch ein weiterer Bedarf an Pachtflächen für die Existenzsicherung des landwirtschaftlichen Betriebes besteht, wird die Stadt Siegen selbstverständlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten behilflich sein. Somit werden die Anregungen berücksichtigt.

6. Stellungnahme zum Schreiben des Landesbüros der Naturschutzverbände vom 19.03.2001

Das Landesbüro weist auf evtl. vorhandene Biotop nach § 62 LG NW hin und stellt den besonderen Schutz dieser Flächen dar.

Dass diese Art von Biotopen im Plangebiet vorhanden ist, war bisher nicht kartiert und daher auch nicht bekannt. Eine Kartierung durch die LÖBF NW am 06.06.2001 hat dieses entsprechend dargestellt.

Für deren teilweise Überplanung der Biotop ist eine Ausnahmegenehmigung am 03.07.2001 bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein beantragt worden.

Diese Ausnahmegenehmigung ist am 07.09.2001 mit Auflagen erteilt worden. Außerdem ist der Widerspruch gegen die Ausnahmegenehmigung durch die Bezirksregierung Arnsberg zurückgewiesen worden.

Somit ist der Hinweis berücksichtigt worden.

7. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Dorfstraße 37 vom 02.02.2001

Es wird im Grundsatz auf die Stellungnahme für die Anlieger des Turnhallenweges hingewiesen.

Der Turnhallenweg erschließt derzeit zwei vorhandene Wohnhäuser, eine Turnhalle und das Ev. Gemeindezentrum mit Parkplätzen für v. g. Nutzungen. Die vorhandene Erschließung erfolgt über asphaltierte Feldwege mit teilweisen Eingengungen auf ca. 2,50 m Breite. Die derzeitigen Steigungsverhältnisse betragen ca. 10 %.

Diese derzeitigen schlechten Erschließungsverhältnisse - auch unter feuerpolizeilichen Gesichtspunkten - bedingen den Ausbau des Turnhallenweges, um auch Rettungsfahrzeugen das Befahren zu ermöglichen. Wegen fehlender Parkplätze an der Turnhalle und dem Gemeindezentrum werden die Wegeflächen zum Abstellen der Fahrzeuge zweckentfremdet, so dass in einem Notfall kein Durchkommen für Einsatzfahrzeuge möglich ist. Dieser derzeitige Zustand ist so nicht hinnehmbar und deshalb soll der Turnhallenweg auf das Mindestmaß an Erschließungsbreite ausgebaut werden.

Um die unterliegenden Grundstücke so wenig wie möglich mit Böschungsflächen zu belasten und den Eingriff so gering wie notwendig zu halten, ist zur Abfangung des Straßenkörpers auf den Grundstücken der Anlieger Obere Dorfstraße, Haus-Nr. 31 und 33 und im geringen Maße auch Nr. 35, das Errichten einer Stützmauer auf einer Länge von ca. 25 m erforderlich.

Um die erforderlichen Erschließungskosten besser auf mehrere Anlieger verteilen zu können, ist an der Turnhalle eine kleinere Wohnbaufläche für ca. 10 Baugrundstücke geplant. Die Schaffung einer so ortskernnahen Wohnbaufläche liegt im Interesse der Stadt Siegen, zumal auch im Anschluss an das Ev. Gemeindezentrum ein Pfarrhaus geplant ist.

Die zusätzliche Verkehrsmenge durch diese geringe Anzahl der Neubauten hat im Verhältnis zum Verkehrsaufkommen durch die anderen Einrichtungen kaum Auswirkungen. Außerdem ist der Abtransport des Hausmülls durch die Müllfahrzeuge gewährleistet.

Eine Einschränkung der Wohnqualität durch die zusätzliche Wohnbebauung ist nicht festzustellen. Zum verkehrsgerechten Ausbau des Turnhallenweges auf Minimalanforderungen gibt es keine Alternative. Bei der Durchführung der Straßenplanung Turnhallenweg könnten notfalls Entschädigungszahlungen an die Unterlieger zu leisten sein. Die Anregungen werden zurückgewiesen.

Aus den zuvor genannten Gründen werden die Anregungen nicht berücksichtigt.

8. Stellungnahme zum Schreiben vom 17.01.2001 des Anliegers Im Wiesental 49

Der Miteigentümer der Flurstücke 134 / 135 bittet, den Planbereich so zu erweitern, dass von dem Anteil des erworbenen Grundstückes mehr im Bebauungsplangebiet liegt, um somit in der Umlegung mehr Bauland zu erhalten.

Das Plangebiet ist soweit reduziert worden, um an den Rändern der Bebauung die privaten Grünflächen zu minimieren und erschließbare Baugrundstücke zu erhalten. Auch bei den angesprochenen Grundstücken ist so verfahren worden. Es liegen ca. 60 % des gesamten Flurstückes (1.954 m²) innerhalb des Plangebietes. Somit ist gewährleistet, dass ein zuteilungsfähiges Baugrundstück entstehen und es von dem Miteigentümer bebaut werden kann.

Somit ist dem Wunsch z. T. schon entsprochen.

9. Stellungnahme zum Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Bürbacher Vereine vom 02.02.2001

Die Arbeitsgemeinschaft regt an, den Turnhallenweg nicht auszubauen, die geplante Wohnbebauung aufzugeben, weil der Ausbau der Turnhalle zu einem Bürgerhaus zu erheblichen Belastungen der Wohnbebauung führt und deshalb mit Einschränkungen hinsichtlich der Nutzung befürchtet wird.

Bezüglich der Argumente zur neuen Wohnbaufläche am Turnhallenweg wird auf die Stellungnahme (Ziff. 11) für die Anlieger des Turnhallenweges verwiesen.

Die in den Anregungen aufgeführten Einlassungen zur Reduzierung des vorgesehenen Ausbauquerschnittes des Turnhallenweges sind zurückzuweisen, da die dargestellte Breite von insgesamt 6,00 m eine Mindestanforderung darstellt. Bei der projektierten Längsneigung von ca. 12 % kann diese Straße nicht verkehrsberuhigt ausgebaut werden. Sie muss im Separationsprinzip hergestellt werden, so dass eine Begegnung von Pkw / Pkw ohne Inanspruchnahme von Gehwegflächen möglich ist. Ein Mitbenutzen der Gehwegflächen beim Begegnungsfall Lkw / Pkw kann aufgrund der seltenen Lkw-Fahrten geduldet werden.

Es wird aber darauf hingewiesen, dass bei einem weiteren Ausbau der vorhandenen Turnhalle zu einem Bürgerhaus gerade diese erweiterte Nutzung mit erheblich größerem Verkehrsaufkommen einen Ausbau des Turnhallenweges nach sich zieht. Aus diesem Grunde ist ein Ausbau des Turnhallenweges auch unabhängig von der geplanten Wohnbebauung erforderlich.

Ohne die erforderliche Unterbringung des ruhenden Verkehrs ohne Behinderung des durchfahrenden Verkehrs auf entsprechende Stellplätze ist eine Erweiterung der Nutzung der Turnhalle nicht machbar, ja sie würde geradezu ein Gefahrenpotential produzieren, wenn die genannten Rahmenbedingungen nicht geschaffen würden.

Der zusätzliche Fahrverkehr von den geplanten 10 Wohnhäusern ist im Gegensatz zu dem vorhandenen als sehr gering anzusehen. Außerdem gibt es zum notwendigen Ausbau des Turnhallenweges auf Minimalstandard schon aus Sicherheitsgründen keine Alternative. Schon für die vorhandene Bebauung ist die Müllentsorgung ungelöst und die Erschließung nicht gesichert.

Den Anregungen der Arbeitsgemeinschaft kann daher nicht gefolgt werden. Sie werden nicht berücksichtigt.

10. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Lützowstraße 8 vom 05.03.2001

Der Eigentümer des Flurstückes 4 der Flur 5 in der Gemarkung Bürbach bemängelt, dass nur die Hälfte seines Grundstückes innerhalb des Bebauungsplangebietes liegt und er erwartet, dass das gesamte Grundstück mit in das Plangebiet einbezogen wird.

Gegenüber dem Aufstellungsbeschluss aus dem Jahre 1984 hat sich bei der Entwicklung der Plankonzeption herausgestellt, dass das o. g. Grundstück nur zur Hälfte von der Erschließungsstraße betroffen ist und deshalb auch im Plangebiet liegt. Die Restfläche wird für den Bebauungsplan nicht benötigt und kann wie bisher genutzt werden.

Daher kann dem Wunsch des Anliegers nicht gefolgt werden.

11. Stellungnahme zum Schreiben vom 04.02.2001 der Anlieger des Turnhallenweges

Die Anlieger regen an, den Turnhallenweg nur mit einer Breite von 4 m ohne Gehwege auszubauen, die geplanten ca. 10 Wohneinheiten, den Wendehammer und das Befahren der Müllabfuhr entfallen zu lassen.

Die in den Anregungen aufgeführten Einlassungen zur Reduzierung des vorgesehenen Ausbauquerschnittes des Turnhallenweges sind zurückzuweisen, da die dargestellte Breite von insgesamt 6,00 m eine Mindestanforderung darstellt. Bei der projektierten Längsneigung von ca. 12 % kann diese Straße nicht verkehrsberuhigt ausgebaut werden. Sie muss im Separationsprinzip hergestellt werden, so dass eine Begegnung von Pkw / Pkw ohne Inanspruchnahme von Gehwegflächen möglich ist. Ein Mitbenutzen der Gehwegflächen beim Begegnungsfall Lkw / Pkw kann aufgrund der seltenen Lkw-Fahrten geduldet werden.

Außerdem liegt eine Stellungnahme eines anderen Anliegers vor, der darauf hinweist, doch endlich die Müllabfuhr in den Turnhallenweg fahren zu lassen, da er selbst zu alt wird, um den schweren Mülleimer an den Standort "Untere Dorfstraße" zu befördern. Auch der Wegfall der geplanten Wohneinheiten am Ende des Turnhallenweges führt zu erheblichen Kostensteigerungen bei den Erschließungskosten, da die Kosten nicht auf viele Grundstücke verteilt werden könnten.

Außerdem sind nach den Darstellungen des FNP der Stadt Siegen diese als "Reines Wohngebiet" (WR) und Gemeinbedarfsfläche / Grünfläche dargestellt und im Entwurf des Bebauungsplanes sind diese Flächen als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) festgesetzt. Hieraus ist natürlich eine gewisse Erwartungshaltung der Grundstückseigentümer auf Baulandqualität ihrer Grundstücke entstanden.

Weiterhin ist mit der Kirchengemeinde für den Bau eines geplanten Pfarrhauses ein Grundstückstausch durchgeführt worden. Die Kirchengemeinde geht derzeit davon aus, auf diesem Grundstück ein entsprechendes Gebäude errichten zu können.

Besondere Beachtung muss auch der derzeitigen und gewünschten öfteren Nutzung der Turnhalle geschenkt werden, damit bei Veranstaltungen mit vielen Besuchern auch Notfahrzeuge die Halle zügig ohne Umwege erreichen können. Das Gleiche gilt für die Müllabfuhr. Außerdem gibt es zum notwendigen Ausbau des Turnhallenweges auf Minimalstandard schon aus Sicherheitsgründen keine Alternative. Schon bei der heutigen Nutzung der Turnhalle und des Ev. Gemeindezentrums muss der Turnhallenweg ausgebaut werden. Eine Wendefläche ist am Ende des Turnhallenweges notwendig, damit Fahrzeuge dort wenden können.

Daher kann den Anregungen der Anlieger nicht gefolgt werden.

12. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Flur 5 Flurstück 6 vom 01.04.2001

Das im letzten Absatz genannte Flurstück liegt außerhalb des Plangebietes. Die Stadt Siegen ist zwar im Grundsatz zum Erwerb des Grundstückes bereit, allerdings zu einem Preis für landwirtschaftliche Flächen gemäß Ausweisung im FNP. Ob der Eigentümer auf dieser Basis weiterhin zum Verkauf bereit ist, steht derzeit noch nicht fest.

Das Ergebnis der im April 2001 aufgenommenen und noch laufenden Verhandlungen mit dem Eigentümer bleibt abzuwarten.

13. Stellungnahme zum Schreiben des BUND-KG Siegen-Wittgenstein vom 06.04.2001

Der Vertreter des BUND-KG hat gegen die grundsätzliche Ausweisung von Bauflächen nichts einzuwenden, doch hinterfragt er, ob diese Anzahl notwendig ist und ob hier nicht reduziert werden müsste. Außerdem wird auf die § 62 LG NW-Biotop, eine Verkleinerung der Bauflächen und auf Frischluftschneisen hingewiesen.

Auch wird auf die "gutachterliche Stellungnahme" zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" von einem Bürbacher Bürger aufmerksam gemacht, des Weiteren wird eine realistische Ökobilanz vermisst und es werden Vorschläge zur Ausgleichsbilanzierung gemacht.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes mit ca. 550 WE ist z. Z. die größte in Planung stehende Wohnbaufläche der Stadt Siegen mit oberster Priorität für die Umsetzung. Dieses wird auch im Wohnbauflächenkonzept so dargestellt.

Aufgrund der guten Infrastruktur und der innenstadtnahen Lage zu zwei Einkaufs- und Erlebniszone (Stadt der kurzen Wege) und dem hohen städt. Anteil von ca. 60 % an den Einwohnern hat der Rat der Stadt Siegen in seinem Beschluss vom 27.06.2001 nochmals dargelegt, welchen hohen Stellenwert diesem Baugebiet zugemessen wird.

Bei einer realistischen Umsetzungsdauer von 10 Jahren sind 550 WE, also ca. 55 WE pro Jahr an Neubauten am Giersberg keine große Dimension. Wenn man dann noch die besondere attraktive Lage dieses Südosthangs betrachtet, ist diese Größenordnung mehr als gerechtfertigt.

Eine Frischluftschneise ist in einer Breite von ca. 300 m am Übergang zur vorhandenen Ortslage vorgesehen und entsprechend gestaltet. Das Klimagutachten vom DWD Essen zeigt auf, dass z. Z. auch schon keine optimalen Be- und Durchlüftungsverhältnisse herrschen. Deshalb sind die Empfehlungen, wie die Erhöhung der eingeschossigen Bauweise, Reduzierung der Höhe des Geschosswohnungsbaues und Begrenzung der Baukörperlängen auf 25 m, in der Begründung entsprechend erläutert und teilweise im Bebauungsplan festgesetzt.

Die Ökobilanz ist an einem realistischen Berechnungsmodell der Eingriffs- und Ausgleichsregelung berechnet, welche mit der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein abgestimmt ist. Es wird ein Ausgleich von ca. 86 % erreicht, der als ausreichend angesehen wird.

Dieser Prozentsatz kann noch gesteigert werden, wenn Bauherren vermehrt ihre Garagen und Häuser mit Fassadenbegrünungen und Gründächern versehen. Doch liegt dies alleine im Eigeninteresse des Bauherren.

Die Anlage von Waldrandbepflanzungen nimmt selbstverständlich auf bereits vorhandene Strukturen Rücksicht und erhält diese. Dort, wo kein Waldrand vorhanden ist, soll er angelegt werden. Nicht der 50-jährige Eichenbestand soll auf den Stock gesetzt werden, sondern nur die vorhandenen Unterpflanzungen und die Baubereiche, um eine Verjüngung der Bestände zu erreichen und einer Verkräutung vorzubeugen.

Die gewünschte Herausnahme der kartierten Biotope nach § 62 LG NW aus den geplanten Flächen betrifft nur noch die Biotope (Magerwiesen), die in der geplanten Wohnbaufläche liegen (**GB 5114 - 0001 / 0002 / 0003 - 2001**).

Die anderen Biotope (**GB 5114 - 0004 / 0005 - 2001**) liegen flächenmäßig in der geplanten Ausgleichsfläche und sind somit von erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen oder Zerstörungen geschützt.

Aus dem Biotop (**GB 5114 - 0006 - 2001**), welches am nördlichen Rand von einem geplanten Fußweg betroffen ist, wird der Fußweg ca. 5 m nach Norden aus der Biotopfläche heraus verschoben, so dass keine Beeinträchtigungen mehr gegeben sind.

Somit wird der Anregung gefolgt.

Die Bepflanzung des Feuchtbiotopes "Bach" im Siefen mit Erlen und Gehölz wird nicht durchgeführt.

Somit wird dem Wunsch des BUND entsprochen.

Die anderen Hinweise zur Frischluftschneise, Ökobilanz und Waldrandbepflanzung sind teilweise schon im Bebauungsplan berücksichtigt.

Weitergehend werden sie nicht berücksichtigt.

14. Stellungnahme zum Schreiben vom 23.02.2001 und zum Protokoll vom 24.04.2001 als Nachtrag des Anliegers Turnhallenweg 6

Der Anlieger bemängelt den schlechten Zustand des Turnhallenweges, die schlechte Beleuchtung und die fehlende Müllabfuhr.

Weitergehende Fragen betreffen die Versickerung allgemein und die Erfahrung damit und die Höhe der Erschließungskosten, da der Anlieger diese schon 1968 nachweislich bezahlt hat.

Wenn der Turnhallenweg auf der Grundlage des Entwurfes ausgebaut wird, geht dies nur, wenn die Unterlieger hierfür geringe Flächen von ihren Grundstücken für diesen Ausbau abgeben. Nur dann kann der Turnhallenweg verkehrsgerecht ausgebaut werden. Zum Versickerungsverfahren wird wie folgt Stellung genommen:

Das Versickerungsverfahren bemisst sich nach den einschlägig geltenden Bemessungsgrundsätzen der Fachliteratur (ATV-Arbeitsblatt A 138). Nach den örtlichen Gegebenheiten ist grundsätzlich eine Versickerung möglich. Die Versickerungsanlagen sind ausreichend bemessen, die anfallenden Niederschlagswässer aus dem Plangebiet mit einer 10-jährigen Versagenshäufigkeit aufzunehmen. In der Langzeitsimulation der geplanten Rigolensysteme wurde der Nachweis geführt, dass in 22 Jahren die Rigolensysteme maximal zweimal überlaufen.

Die selteneren extremen Ereignisse werden nach Ausnutzung der Speicherkapazität des Rigolen- und Rohrsystems im Wesentlichen dem Siefen über Mulden zugeleitet. Die Überläufe des Versickerungssystems erfolgen über die belebte Bodenzone größtenteils mittels Mulden oder breitflächig. Ausnahme bildet der Überlauf des Rigolen- und Rohrsystems im Bereich "Turnhalle" in die Mischwasserkanalisation. Hier kam es in der Langzeitsimulation über 22 Jahre aufgrund der Bemessung zu keinem Überlaufereignis.

Erdberührende Außenwände und die Bodenplatten der Untergeschosse sind bei Bedarf druckwasserdicht auszubilden.

Versickerungsverfahren zur Niederschlagswasserbeseitigung sind fachlich anerkannt und werden in der Praxis bereits jahrelang umgesetzt, in einigen Bundesländern bereits seit Jahrzehnten. Über konkrete, vergleichbare Versickerungsverfahren, die bereits gebaut wurden und Erfahrungswerten hierzu, können die zuständigen Aufsichtsbehörden / Wasserbehörden Auskunft erteilen.

Mit dem vorgesehenen Entwässerungssystem werden die gesetzlichen Vorgaben des § 51 a Landeswassergesetz NW umgesetzt. Das Entwässerungssystem entspricht den gesetzlichen und fachtechnischen Anforderungen.

Die Rigolen- und Rohrversickerung ist legitim für die Beseitigung von gering verschmutztem Niederschlagswasser gemäß Ziff. 12.3 des RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 18.05.1998 zum § 51 a LWG, das im geplanten Baugebiet "Giersberg-Ost" anfällt.

Die Gefahr eines Unfalls mit wassergefährdenden Stoffen wurde in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden in einem Reinen und Allgemeinen Wohngebiet als "unkritisch" angesehen. Jedenfalls stehen derartige abstrakte Polizeigefahren der vorgesehenen Entwässerungsplanung nicht entgegen. Der Möglichkeit einer direkten Grundwasserverunreinigung wird durch konstruktive Maßnahmen (u. A. Kontrollschacht mit Rigolenüberlaufvorrichtung, Teilfilterrohr) entgegengewirkt.

Ob die Erschließungskosten nachweislich 1968 entrichtet wurden, wird von der Verwaltung geprüft.

Somit sind die Fragen beantwortet und berücksichtigt.

15. Stellungnahme zum Schreiben des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW vom 25.04.2001

Gegen den Bebauungsplan bestehen erhebliche Bedenken. Diese betreffen im Einzelnen den § 62 LG NW, die mangelhafte Anwendung der Eingriffsregelung gem. § 4 bis 6 LG NW mit den Kompensationsmaßnahmen und dem Waldabstand.

Zum Anfang der Stellungnahme muss kurz klargestellt werden, dass die gesetzlichen Vorgaben die Planung dahingehend verpflichten, die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Die grundlegenden Vorschriften zur Eingriffsregelung finden sich in dem § 1 a BauGB.

Die Gemeinde ist bei der Planaufstellung demgemäß verpflichtet, zu ermitteln und zu entscheiden, ob vermeidbare Beeinträchtigungen zu unterlassen und unvermeidbare Beeinträchtigungen auszugleichen sind. Dieser Vorgang muss den Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebotes gem. § 1 Abs. 6 BauGB entsprechen. Dieses ist bei diesem Bebauungsplanverfahren entsprechend berücksichtigt.

Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes haben keinen abstrakten Vorrang vor den in der Bauleitplanung zu berücksichtigenden anderen Belangen.

Die Belange müssen sich mit den städtebaulichen Erfordernissen messen lassen entsprechend dem ihnen in der konkreten Planungssituation zukommenden Gewicht.

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung ist nicht striktes Recht, sondern Teil der gemeindlichen Abwägung. § 8 a Abs. 1 S. 1 Bundesnaturschutzgesetz, der die Belange des Naturschutzes lediglich strukturiert und konkretisiert, stellt im Übrigen klar, dass die Regelung nicht erst im konkreten Baugenehmigungsverfahren, sondern bereits im Planaufstellungsverfahren gemäß BauGB erfolgen muss.

Der Gesetzgeber hat durch Verweisung auf das Verfahren nach dem BauGB Gewichtsvorgaben für den Abwägungsvorgang gemacht.

Den Gemeinden werden durch § 1 Abs. 5 S. 1 BauGB Ziele vorgegeben, die zwar nicht unüberwindbar sind, denen jedoch erhöhtes inneres Gewicht zukommt. Demgemäß ist Naturschutz eines der programmatischen Hauptziele jeder Bauleitplanung und wird entsprechend berücksichtigt.

Zu den einzelnen vorgebrachten Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

Klima

Durch die geplante Bebauung des Giersberg-Hanges kommt es zwar zu einer Reduzierung nächtlicher, hangabwärts gerichteter Kaltluftabflüsse, eine vollständige Unterbindung tritt jedoch nicht ein. Vor allem im unteren Hangbereich, in der hangabwärts verlaufenden mittleren Grünzone sowie auf den östlich gelegenen Hängen sind noch offene Kaltluft produzierende Gebiete vorhanden, die bei austauscharmen Wetterlagen zur Frischluftversorgung der Ortslage Bürbach beitragen.

Bei dem Übergang zur vorhandenen Bebauung hat diese Grünfläche eine Breite von ca. 300 m. Diese Breite wird auch weiterhin den **Abfluss der Kaltluftströme** ermöglichen. **Somit sind die Hinweise berücksichtigt.**

Lufthygiene

Trotz der topographisch bedingten eingeschränkten Luftzirkulation bei Inversionswetterlagen ist die Tallage Bürbach unter lufthygienischen Gesichtspunkten als unauffällig einzustufen. Dies kann aus den Ergebnissen mehrerer Luftgüteuntersuchungen abgeleitet werden, die zuletzt im Jahr 2000 im Stadtgebiet Siegen durchgeführt wurden.

Mit kontinuierlich aufzeichnenden Messcontainern auf dem Giersberg (Kuppenlage) - ca. 600 m vom Plangebiet entfernt - bzw. in der Innenstadt (Tallage) wurden im Zeitraum Juli - Dezember 2000 die Konzentrationen der Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Gesamt-Schwebstaub, Stickoxide und Ozon ermittelt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass bei allen untersuchten Parametern die gemessenen Konzentrationen (Monatsmittel / Halbstunden-Maximalwerte) deutlich unterhalb der jeweiligen Grenz- und Schwellenwerte lagen.

Da im Gegensatz zum Messstandort "Innenstadt" in der Ortslage Bürbach weder relevante oder industrielle Emittenten noch stark belastete Verkehrsstraßen anzutreffen sind, ist davon auszugehen, dass hier die lufthygienische Situation ebenfalls unauffällig ist. Auch bei Realisierung des Baugebietes "Giersberg-Ost" ist während Inversionswetterlagen mit eingeschränktem Luftaustausch in der Regel eine Immissionsbelastung zu erwarten, die deutlich unterhalb gesetzlich normierter Grenz- und Richtwerte liegt.

Diese Einschätzung basiert auch auf der Tatsache, dass die Gebäude im geplanten Baugebiet aufgrund der Vorgaben der Energiesparverordnung im Niedrig-Energie-Standard errichtet werden müssen, so dass ihre Emissionen gegenüber dem heutigen Gebäudestandard deutlich geringer ausfallen werden. Die Vorgaben der Energiesparverordnung werden weiter dazu führen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche veraltete Heizungsanlagen auch im Raum Bürbach erneuert werden müssen, was sich ebenfalls **positiv auf die örtliche Immissionsbelastung** auswirken wird, so dass **keine Verschlechterung eintreten wird.**

Kompensationsmaßnahmen

Der Eingabe, den Feuchtbiotop im Siefen nicht mit Erlen und Gehölz entlang des Bachgerinnes zu bepflanzen, sollte entsprochen werden, um die Feuchtwiese in ihrer heutigen Ausprägung zu erhalten. **Somit wird die Anregung berücksichtigt.**

Die Anlage eines 5 m breiten Waldsaumes aus heimischen Gehölzen ist ökologisch und aus Sicht von Orts- und Landschaftsbild sinnvoll; der vorhandene Waldrand wird - so weit möglich - erhalten und einbezogen. Die Pflanzung ist auf derzeitigem Wiesengelände vorgesehen **und berücksichtigt.**

Die Obstbaum-Anpflanzungen sind äußerst sinnvoll, obwohl als landschaftsgestaltendes Element als auch ökologisch mit ihren positiven Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenwelt. Die Pflege und Nutzung dürfte mittelfristig sichergestellt sein; die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, dass eine **große Nachfrage** sowohl für Obstbäume als auch Pachtinteresse für vorhandene Obstwiesen-Bestände im Stadtgebiet besteht.

Vorhandene Altbäume werden wenn möglich erhalten und in die Obstwiesen einbezogen. **Die Anlage von Obstwiesen ist sinnvoll.** **Die Anregungen werden nicht berücksichtigt.**

Die Anlage von Schlagfluren sowie das "auf den Stock setzen" von Niederwald ist in die Ausgleichsberechnung nicht eingeflossen.

Auf diese Maßnahmen kann verzichtet werden. Die Bewirtschaftung dieser Flächen wird im Rahmen der forstlichen Nutzung erfolgen und ist den Eigentümern selbst überlassen.

Die vorher beschriebenen Maßnahmen finden auf privaten Grünflächen statt und sind lediglich Gestaltungsmaßnahmen, die freiwillig erledigt werden können, um weiterhin einer Verwaldung entgegenzuwirken. Der Waldabstand soll so auch auf den privaten Grünflächen zu regeln sein.

Von einem Ausgleich des Eingriffs in das Landschaftsbild sollte abgesehen werden, da es sich um subjektives ästhetisches Empfinden handelt. Die Wohnbaufläche passt sich auch wegen ihrer Durchgrünung ins vorhandene Stadt- und Landschaftsbild ein.

Weiterhin sind große Grünflächen zur Naherholung in unmittelbarem Zusammenhang mit der geplanten Wohnbebauung möglich.

Auch ist das derzeitige Landschaftsbild auch nur eine Momentaufnahme, da auch das heutige Erscheinungsbild vom Menschen ständig gestaltet wird und dadurch einer ständigen Veränderung unterworfen ist. Das neu gestaltete Landschaftsbild mit der Bebauung und den Grünflächen wird sich **harmonisch in die Landschaft einpassen**. Die Anregung ist somit berücksichtigt.

Waldabstand

Die Abstände zwischen der Wohnbaufläche und dem Waldrand sind mit der zuständigen **Forstbehörde abgestimmt** und auf mind. 25,00 m festgesetzt worden.

Ein Verstoß gegen den § 62 LG NW ist nicht festzustellen, da weder bei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) keine Hinweise auf solche Flächen bekannt waren.

Nach Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 19.04.2001 während der Offenlegung des Bebauungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" "... ist derzeit noch nicht zweifelsfrei geklärt, ob sich evtl. Biotope, welche nach § 62 LG NW geschützt sind, innerhalb des Bebauungsplangebietes befinden. Bei entsprechender Vegetationsentwicklung wird die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) unter Beteiligung der Unteren Landschaftsbehörde und Ihnen diesen Aspekt prüfen und das Ergebnis mitteilen. ..."

Das heißt, dass zum Zeitpunkt der Offenlegung weder bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein noch bei der Stadt Siegen detaillierte Kenntnisse über nach § 62 geschützte Biotope im Bebauungsplangebiet vorlagen bzw. vorliegen konnten, da für das o. g. Gebiet eine solche §-62-Kartierung fehlte!

Die Kartierung der §-62-Biotope erfolgte zwischenzeitlich am 06.06.2001 durch Mitarbeiter der LÖBF und der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein. Dabei wurde festgestellt, dass sich tatsächlich mehrere Wiesenflächen im Bereich des geplanten Baugebietes befinden, die den Kriterien nach § 62 LG NW als Magerwiesen erfüllen und damit besonders geschützt sind.

Auch ein Quellbereich im Mittelhang des Bebauungsplangebietes fällt unter den Schutz nach § 62 LG NW. Er liegt im Bereich von Ausgleichsflächen und ist von einer Bebauung nicht betroffen. Der Abstand des quelligen Feuchtgebietes zur HAUPTerschließungsstraße im Norden und zu einer Nebenstraße im Westen beträgt jeweils ca. 18 m.

Über die genauen Ergebnisse der Kartierung ist die Stadt Siegen offiziell von der ULB unterrichtet worden.

Bezüglich einer Inanspruchnahme von geschützten Flächen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" kann nach § 62 Abs. 2 LG NW auf Antrag "... die Untere Landschaftsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit dies aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist. ..."

Zwischenzeitlich ist mit Schreiben vom 03.07.2001 der Ausnahmeantrag bei der Unteren Landschaftsbehörde beantragt. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein erteilte am 07.09.2001 die beantragte Genehmigung.

Gegen diese Genehmigung ist von den Naturschutzverbänden mit Schreiben vom 04.10.2001 Widerspruch eingelegt worden. Der Widerspruch des NABU ist durch Widerspruchsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom Januar 2002 zurückgewiesen worden. Somit ist der gesetzliche Biotopschutz geregelt.

16. Stellungnahme zum Schreiben vom 25.04.2001 der Ev. Kirchengemeinde Kaan-Marienborn

Die Anregungen unterstützen die Anregung der Arbeitsgemeinschaft der Bürbacher Vereine, die des in Bürbach ansässigen Gutachters und schließt sich insgesamt der Argumentation der Ev. Kirche Westfalens an.

Die Ev. Kirche von Westfalen hat in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die eigenen Grundstücke im Nahbereich der Turnhalle mit einer Größe von ca. 1.000 m² zum Bau eines Pfarrhauses vorgesehen sind und man in der Umlegung für diesen Zweck ein gleichwertiges Grundstück erwartet.

Diesem Wunsch stehen die Anregungen der Ev. Kirchengemeinde entgegen, denn diese Anregungen zielen darauf hinaus, die Wohnbebauung in der Verlängerung Turnhallenweg aufzugeben und durch Grünflächen und Stellplätze für die Turnhalle zu ersetzen.

Dem Wunsch der Kirchengemeinde wird nicht gefolgt. Inhaltlich wird auf die Stellungnahmen zu der Arbeitsgemeinschaft der Bürbacher Vereine und den Bürbacher Bürgern verwiesen.

17. Stellungnahme zu den Schreiben vom 01.04. und 02.04.2001 von den Grundeigentümern Dorfstraße 39

Die Schreiben der beiden Grundeigentümer sind inhaltlich gleich und beziehen sich auf die Umlegung zum Bebauungsplan "Giersberg-Ost".

Sie sind damit nicht abwägungsrelevant und werden daher nicht berücksichtigt und an die Umlegung verwiesen.

18. Stellungnahme zu dem gemeinsamen Schreiben Bürbacher Bürger der Rüntestraße 58 und Hohgartenstraße 4 vom 25.04.2001

Die vorgebrachten Anregungen werden aus landschaftsökologischer und wasserwirtschaftlicher Sicht vorgebracht.

Die nachstehende Stellungnahme bezieht sich auf den landschaftsökologischen Teil der Anregungen.

Klima

Durch die geplante Bebauung des Giersberg-Hanges kommt es zwar zu einer Reduzierung nächtlicher, hangabwärts gerichteter Kaltluftabflüsse, eine vollständige Unterbindung tritt jedoch nicht ein. Vor allem im unteren Hangbereich, in der hangabwärts verlaufenden mittleren Grünzone sowie auf den östlich gelegenen Hängen sind noch offene Kaltluft produzierende Gebiete vorhanden, die bei austauscharmen Wetterlagen zur Frischluftversorgung der Ortslage Bürbach beitragen.

Lufthygiene

Trotz der topographisch bedingten eingeschränkten Luftzirkulation bei Inversionswetterlagen ist die Tallage Bürbach unter lufthygienischen Gesichtspunkten als unauffällig einzustufen. Dies kann aus den Ergebnissen mehrerer Luftgüteuntersuchungen abgeleitet werden, die zuletzt im Jahr 2000 im Stadtgebiet Siegen durchgeführt wurden.

Mit kontinuierlich aufzeichnenden Messcontainern auf dem Giersberg (Kuppenlage) - ca. 600 m vom Plangebiet entfernt - bzw. in der Innenstadt (Tallage) wurden im Zeitraum Juli - Dezember 2000 die Konzentrationen der Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Gesamt-Schwebstaub, Stickoxide und Ozon ermittelt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass bei allen untersuchten Parametern die gemessenen Konzentrationen (Monatsmittel / Halbstunden-Maximalwerte) deutlich unterhalb der jeweiligen Grenz- und Schwellenwerte lagen.

Da im Gegensatz zum Messstandort "Innenstadt" in der Ortslage Bürbach weder relevante oder industrielle Emittenten noch stark belastete Verkehrsstraßen anzutreffen sind, ist davon auszugehen, dass hier die lufthygienische Situation ebenfalls unauffällig ist. Auch bei Realisierung des Baugebietes "Giersberg-Ost" ist während Inversionswetterlagen mit eingeschränktem Luftaustausch in der Regel eine Immissionsbelastung zu erwarten, die deutlich unterhalb gesetzlich normierter Grenz- und Richtwerte liegt.

Diese Einschätzung basiert auch auf der Tatsache, dass die Gebäude im geplanten Baugebiet aufgrund der Vorgaben der Energiesparverordnung im Niedrig-Energie-Standard errichtet werden müssen, so dass ihre Emissionen gegenüber dem heutigen Gebäudestandard deutlich geringer ausfallen werden. Die Vorgaben der Energiesparverordnung werden weiter dazu führen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche veraltete Heizungsanlagen auch im Raum Bürbach erneuert werden müssen, was sich ebenfalls positiv auf die örtliche Immissionsbelastung auswirken wird.

Kompensationsmaßnahmen

Zu den o. g. Eingaben des Landesbüros der Naturschutzverbände und Bürbacher Bürger zu den Kompensationsmaßnahmen ist Folgendes anzumerken:

Der Eingabe, den Feuchtbiotop im Siefen nicht mit Erlen und Gehölz entlang des Bachgerinnes zu bepflanzen, wird entsprochen, um die Feuchtwiese in ihrer heutigen Ausprägung zu erhalten. Die Anregung wird berücksichtigt.

Die Anlage eines 5 m breiten Waldsaumes aus heimischen Gehölzen ist ökologisch und aus Sicht von Orts- und Landschaftsbild sinnvoll; der vorhandene Waldrand wird - so weit möglich - erhalten und einbezogen. Die Pflanzung ist auf derzeitigem Wiesengelände vorgesehen und somit berücksichtigt.

Die Obstbaum-Anpflanzungen sind äußerst sinnvoll, obwohl als landschaftsgestaltendes Element als auch ökologisch mit ihren positiven Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenwelt.

Die Pflege und Nutzung dürfte mittelfristig sichergestellt sein; die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, dass eine große Nachfrage sowohl für Obstbäume als auch Pachtinteresse für vorhandene Obstwiesen-Bestände im Stadtgebiet besteht.

Vorhandene Altbäume werden - wenn möglich - erhalten und in die Obstwiesen einbezogen.

Die Anlage von Schlagfluren sowie das "auf den Stock setzen" von Niederwald ist in die Ausgleichsberechnung nicht eingeflossen.

Auf die Festsetzung dieser Maßnahmen kann verzichtet werden. Die Bewirtschaftung dieser Flächen wird im Rahmen der forstlichen Nutzung erfolgen und auf Privatgrundstücken stattfinden.

Von einem Ausgleich des Eingriffs in das Landschaftsbild ist abzusehen, da es sich um subjektiv ästhetisches Empfinden handelt. Die geplante Wohnbaufläche passt sich auch wegen ihrer Durchgrünung ins vorhandene Stadt- und Landschaftsbild ein und ist eine sinnvolle Abrundung der Ortslage. Die Anregung ist durch die Gestaltung der Wohn- und Grünflächen berücksichtigt.

Waldabstand

Die Grenzabstände zum Wald sind mit der zuständigen Forstbehörde abgestimmt worden und somit eingehalten.

§-62-Biotope

In § 62 des Landschaftsgesetzes NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 werden in Abs. 1 die geschützten Biotope (darunter Quellbereiche, Magerwiesen und -weiden) aufgelistet und in Abs. 3 die Verfahren der Kartierung und Bekanntmachung dargestellt: "... (3) Die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten / Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen erfasst die geschützten Biotope nach Abs. 1 in der Biotopkartierung und grenzt sie im Einvernehmen mit der Unteren Landschaftsbehörde in Karten eindeutig ab. Der Eigentümer des Biotops ist vor der Abgrenzung durch die Untere Landschaftsbehörde in geeigneter Form zu unterrichten. Sie sind nachrichtlich in den Landschaftsplan sowie in die ordnungsbehördliche Verordnung gem. § 42 a zu übernehmen. Die Untere Landschaftsbehörde stellt den Gemeinden Karten nach Satz 1 für deren Gebiet zur Verfügung. ..."

Nach Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 19.04.2001 zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" "... ist derzeit noch nicht zweifelsfrei geklärt, ob sich evtl. Biotope, welche nach § 62 LG NW geschützt sind, innerhalb des Bebauungsplangebietes befinden. Bei entsprechender Vegetationsentwicklung wird die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) unter Beteiligung der Unteren Landschaftsbehörde und Ihnen diesen Aspekt prüfen und das Ergebnis mitteilen. ..."

Das heißt, dass zum Zeitpunkt der Offenlegung weder bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein noch bei der Stadt Siegen detaillierte Kenntnisse über nach § 62 geschützte Biotope im Bebauungsplangebiet vorlagen bzw. vorliegen konnten, da für das o. g. Gebiet eine solche §-62-Kartierung fehlte!

Die Kartierung der § 62-Biotope erfolgte zwischenzeitlich am 06.06.2001 durch Mitarbeiter der LÖBF und der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein. Dabei wurde festgestellt, dass sich tatsächlich mehrere Wiesenflächen im Bereich des geplanten Baugebietes befinden, die den Kriterien nach § 62 LG NW als Magerwiesen erfüllen und damit besonders geschützt sind.

Auch ein Quellbereich im Mittelhang des Bebauungsplangebietes fällt unter den Schutz nach § 62 LG NW. Er liegt im Bereich von Ausgleichsflächen und ist von einer Bebauung nicht betroffen. Der Abstand des quelligen Feuchtgebietes zur Hapterschließungsstraße im Norden und zu einer Nebenstraße im Westen beträgt jeweils ca. 18 m.

Bezüglich einer Inanspruchnahme von geschützten Flächen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" kann nach § 62 Abs. 2 LG NW auf Antrag "... die Untere Landschaftsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit dies aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist. ..."

Im Übrigen wird auf die Abwägung zu den gleichen Anregungen bezüglich der Biotope nach § 62 LG NW durch den NABU verwiesen, die inhaltlich gleich sind. Die Überplanung der Biotope ist durch die Ausnahmegenehmigung des Kreises Siegen-Wittgenstein geregelt. Das Quellbiotop ist durch die Lage in den Ausgleichsflächen gesichert. Bezüglich der angenommenen Beeinträchtigungen des Einzugsgebietes werden im Bereich des Straßenkörpers der Erschließungsstraße 1 technische Mittel eingesetzt, um den Weg des Wassers nicht zu behindern bzw. zu beeinträchtigen. Der Biotopschutz ist durch die Ausnahmegenehmigung geregelt. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu der Ziff. 6. "Entwässerungsplanung und Regenrückhaltung" wird aus fachlicher Sicht wie folgt Stellung genommen:

Zu 6.1.:

Abs. 1

Die Abwasserbeseitigung in Bürbach erfolgt nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.), trotzdem wird die Stadt Siegen durch Umbaumaßnahmen im Bereich der Abwasseranlage Regenüberlauf 134 "Bürbach" in der Unteren Dorfstraße die Einleitung in den Bürbach auf den Stand der Technik bringen. Diese Problembewältigung steht nicht im Zusammenhang mit der Erschließung des Baugebietes "Giersberg-Ost".

Die am Bürbach angesprochene Problematik auftretender Verschmutzungen ist bekannt und wird von der Stadt Siegen trotz ordnungsgemäßen Betrieb der Abwasseranlagen durch die angesprochene Umbaumaßnahme aufgegriffen. Die Verschmutzungen der Uferbereiche bei entsprechenden Regenereignissen und einer Entlastung der Mischwasserkanalisation sind auch in den örtlichen Gegebenheiten mit der ehemals erfolgten Verlegung des Gewässers aus der Tallage an die Hangseite begründet.

Ungeachtet der v. g. Sachlage wird die Stadt Siegen Abhilfe schaffen, da nachvollziehbar der vorhandene Zustand für die Anlieger und die Allgemeinheit unbefriedigend ist. Die eingeleiteten Schmutzfrachten entsprechen den gesetzlichen Vorgaben; die Abwassersituation bzw. der Schmutzaustrag in den Bürbach wird durch den Umbau der Abwasseranlagen im positiven Sinne verbessert. Die Stadt Siegen hat daher mit dem Umbau der vorhandenen Abwasseranlage in Bürbach in 2001 begonnen.

Die mit den Aufsichtsbehörden abgestimmte Planung ist fertig gestellt und liegt der Bezirksregierung zur Genehmigung vor. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Abs. 2

Das Baugebiet "Giersberg-Ost" ist in der Schmutzfrachtberechnung (SFB) Siegen-Mitte - Einzugsgebiet der Kläranlage Siegen - der Stadt Siegen mit der geplanten Entwässerung berücksichtigt.

Zur SFB liegt die Zusicherung der Bezirksregierung Arnsberg gem. § 38 VwVfG NW mit Datum vom 01.03.2001 vor.

Nach der SFB ist festzustellen, dass die Abwassersituation durch das Baugebiet "Giersberg-Ost" nur unwesentlich beeinflusst wird. Die Schmutzwassermengen aus dem Baugebiet stellen einen Bruchteil (< 2 %) der am Regenüberlauf in Bürbach zur Kläranlage weitergeleiteten Abwassermengen dar.

Abs. 3

Gemäß dem Deutschen Institut für Normung (DIN) müssen Rohrleitungen und Schächte von Entwässerungskanälen wasserdicht hergestellt werden. Dies wird für die zu erbringenden Bauleistungen der Stadt Siegen durch die Vergabe an ein anerkanntes Fachunternehmen gewährleistet. Für die Dichtigkeit der Rohrleitungen der Grundstücksentwässerungen sind die jeweiligen Eigentümer verantwortlich.

Durch die Verlegung der Entwässerungskanäle nach den a.a.R.d.T. ist sichergestellt, dass gegenüber konventionellen Entwässerungssystemen kein erhöhter Fremdwasseranfall zu erwarten ist. Der Fremdwasserzuschlag für die Bemessung der vorgesehenen Schmutzwasserkanalisation wird mit 100 % angesetzt. Der Anschluss von Drainagen ist nach den a.a.R.d.T. nicht zulässig, zudem sind gemäß der Begründung zum Bebauungsplan Hausdrainagen unzulässig. Fehlanlüsse sind durch Prüfung der Entwässerungsanträge gemäß der Abwassersatzung der Stadt Siegen und Überprüfungen vor Ort auszuschließen.

Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

ZU ANREGUNGEN ZU 6.1:

Die Leistungsfähigkeit des vom Baugebiet "Giersberg-Ost" betroffenen Hauptsammlers und der Abwasserbauwerke in Bürbach ist gegeben.

Nach den Umbaumaßnahmen in 2001 sind alle Abwasseranlagen im Bürbachtal auf den Stand der Technik gebracht und darüber hinaus weitergehende Maßnahmen **zur Minderung** des Schmutzaustrages in den Bürbach **umgesetzt**.

Dezentrale Regenwasserversickerungen oder -einleitungen in ortsnahe Gewässer wurden bereits und werden weiterhin im Rahmen der Verträglichkeit mit den gesetzlichen und wasserwirtschaftlichen Vorgaben geprüft und fördernd unterstützt. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Anforderungen an die Dichtigkeit der Schmutzwasserkanäle, der Schächte und der Hausanschlüsse werden im Rahmen der gültigen Vorschriften erfolgen, danach sind diese wasserdicht herzustellen.

Zu 6.2:

Abs. 1 und 2

Gemäß dem RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 18.05.1998 zum § 51 a LWG sind in Ziff. 14.2 Versickerungsverfahren für die Beseitigung von gering verschmutztem Niederschlagswasser aufgeführt. Unter anderem sind hier die

- & **Mulden-Rigolen-Versickerung,**
- & **Rigolen- und Rohrversickerung oder**
- & **Muldenversickerung mit jeweils mind. 20 cm starker belebter Bodenzone (ohne Schächte, Überläufe o. ä.)**

genannt.

Zudem sind im Bereich der geplanten Straßeneinläufe geeignete Absetzvorrichtungen vorgesehen.

Die geplante Rigolen- und Rohrversickerung ist danach legitim für die Beseitigung des Niederschlagswassers aus dem Baugebiet "Giersberg-Ost". Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Abs. 3

Gemäß dem Gutachten zur Versickerung von Regenwasser im Plangebiet wurden insgesamt 20 Probebohrungen im Plangebiet durchgeführt, wovon bei 2 Bohrungen das Wasser spontan über Klüfte abfloss. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass dies auf zufällig angebohrte Klüfte zurückzuführen ist, deren Situationen nicht zur Bemessung zugrunde zu legen sind. Die Gefahr eines Unfalls mit wassergefährdenden Stoffen wurde in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden in einem Reinen und Allgemeinen Wohngebiet als "unkritisch" angesehen. Der Möglichkeit einer direkten Grundwasserverunreinigung soll **durch konstruktive Maßnahmen entgegengewirkt werden.** Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Abs. 4 und 5

Die Rigolen- und Rohrversickerung ist gemäß RdErl. und der Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden für das Baugebiet "Giersberg-Ost" ein anerkanntes Verfahren zur Beseitigung des Niederschlagswassers.

Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu 6.3:

Abs. 1

In Ziff. 6.3 Abs. 1 ist nicht die fachliche Beurteilung des ESi angesprochen, hierauf wurde nicht eingegangen.

Abs. 2 und 3

Die natürliche Versickerung des Siefens im südlichen Bereich des Plangebietes wird durch die Querung des Bereiches mit einer Schmutzwasserkanaltrasse nicht gestört.

Die Drainwirkung in Längsrichtung der Kanaltrasse ist durch Dicht- und Sperrriegel zu unterbinden (DIN 4033), so dass die vorhandenen Gegebenheiten beibehalten werden.

Die örtliche Situation hinsichtlich der Versickerungsfähigkeit des Siefens bleibt erhalten und stellt keine nachhaltige Auswirkung für das unterhalb gelegene Auen-Feuchtgrünland dar. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

ZU ANREGUNGEN ZU 6.3:

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen hält ein Zusatzgutachten, wie auch ein hydrogeologisches Gutachten zur ergänzenden Beurteilung der Eingriffssituation, nicht für erforderlich, weil mit keinen neuen abwägungsrelevanten Erkenntnissen zu rechnen ist. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu 6.4:

Abs. 1 und 2

Das Versickerungsverfahren bemisst sich nach den einschlägig geltenden Bemessungsgrundsätzen der Fachliteratur (ATV-Arbeitsblatt A 138). Nach den örtlichen Gegebenheiten ist grundsätzlich eine Versickerung möglich. Die Versickerungsanlagen sind ausreichend bemessen, die anfallenden Niederschlagswässer aus dem Plangebiet mit einer 10-jährigen Versagenshäufigkeit aufzunehmen. In der Langzeitsimulation der geplanten Rigolensysteme wurde der Nachweis geführt, dass in 22 Jahren die Rigolensysteme maximal zweimal überlaufen. Die selteneren extremen Ereignisse werden nach Ausnutzung der Speicherkapazität des Rigolen- und Rohrsystems im Wesentlichen dem Siefen über Mulden zugeleitet. Die Überläufe des Versickerungssystems erfolgen über die belebte Bodenzone größtenteils mittels Mulden oder breitflächig.

Ausnahme bildet der Überlauf des Rigolen- und Rohrsystems im Bereich "Turnhalle" in die Mischwasserkanalisation, hier kam es in der Langzeitsimulation über 22 Jahre aufgrund der Bemessung zu keinem Überlaufereignis.

Beim Versiegelungsgrad für die Wohnbauflächen wird von einem höchstmöglichsten 50 %igem Anteil ausgegangen. Dieser ist in der Bemessung des Versickerungssystems berücksichtigt. Positiv auf die Funktion des Versickerungssystems dürfte sich der geteilte Gebührenmaßstab in Siegen auswirken, da die Grundstückseigentümer bemüht sein werden, möglichst wenige abwasserrelevante, versiegelte Flächen und somit gebührenpflichtige Flächen für die Niederschlagswassergebühr herzustellen.

In etwa die Hälfte der versiegelten Flächen im Plangebiet sind Erschließungsstraßen, Fußwege und Verkehrsflächen, die in vollem Umfang einzurechnen sind. Das auf diesen Flächen anfallende Niederschlagswasser wird größtenteils direkt über das im Straßenkörper angeordnete Rigolen- und Rohrsystem versickert, wie auch das Niederschlagswasser der angeschlossenen abflusswirksamen versiegelten Wohnbauflächen unmittelbar dem Versickerungssystem zugeleitet wird.

Der Versiegelungsgrad für die hydraulische Berechnung wurde mit 40 % ausreichend hoch für das gesamte Baugebiet angerechnet.

Die ortsnahe Beseitigung von Niederschlagswasser, **wie in § 51 a LWG gefordert, ist damit erfüllt.** Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Die Flächeneinheit ist für die Versickerung von Niederschlagswasser bei dem geplanten Entwässerungssystem nicht maßgebend.

Die verbleibende Volumeneinheit zur Versickerung ist kaum berührt. Die Durchgängigkeit der Versickerungsschichten wird weitgehendst sichergestellt. Die Versickerungsschichten sind in einer Tiefenlage gelegen, die durch bauliche Anlagen kaum beansprucht werden oder wenn, dann nur geringfügig und nicht flächig.

ZU ANREGUNG ZU 6.4:

Ein hydrogeologisches Gutachten ist mangels zu erwartender zusätzlicher erheblicher Erkenntnisse entbehrlich. Ausgleichende Maßnahmen sind nicht erforderlich. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu Ziff. 3.2.3 ist anzumerken, obwohl die fachliche Prüfung hierzu nicht angefragt ist, dass zu den starken Einschnitten (z. B. Haupteinschließungsstraße) bereits in den Erläuterungen zur Vorplanung der Entwässerung eine Aussage getroffen wurde. Danach ist mit dem verstärkten Austritt von Sickerwasser in den Geländeanschnitten zu rechnen. Dies ist mit geeigneten Drain-, Ableit- und Versickerungsmaßnahmen zu verhindern. Die Anregung hierzu wird zurückgewiesen.

Hausdrainagen sind nicht zulässig. Erdberührende Außenwände und die Bodenplatten der Untergeschosse sind bei Bedarf druckwasserdicht auszubilden.

Zur Erhaltung von vorhandenen horizontalen Sickerwasserströmen und der Vermeidung der Drainwirkungen von Kanaltrassen werden geeignete konstruktive Maßnahmen ergriffen.

Es wird behauptet, dass eine Teilfläche des Einzugsgebietes des Feucht-/Quellgebietes durch die geplante Bebauung oberhalb des Quellbereiches und bei konventioneller Entwässerung dieses Bereiches trockengelegt würde.

Diesem wird mit der gewählten Entwässerung des Baugebietes, der Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers, entgegengewirkt. Somit sind einige Anregungen bereits berücksichtigt, während andere nicht berücksichtigt werden und deshalb - wie dargelegt - zurückgewiesen werden.

Satzungsbegründung

zum Bebauungsplan Nr. 247 "**Giersberg-Ost**"
im Stadtteil Siegen-Bürbach

1. **Plangebiet**

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Bürbach Flur 1, 3, 5 und 6 und wird gemäß Planzeichnung wie folgt umgrenzt :

Im Norden/Nordwesten	von der K 5 (Giersbergstraße) und der Straße Silberfuchs, im Bereich der Häuser Haus-Nr. 10 - 28 von den südlichen Grundstücksgrenzen dieser Hausgrundstücke;
im Nordosten	durch die Feldwege Flurstücke 180 tw., 119 tw. und 112 tw., die Flurstücke 100 tw., 214 tw. und 457 bis zur Giersbergstraße (K 5);
im Süden	von der Südgrenze des Wäldchens oberhalb des vorh. Feldweges bis zum Ende des Flurstückes 31, von dort senkrecht bis zum vorh. Fußweg, von der Südseite dieses Weges bis zur Straße Alm Wiesengarten≡;
im Osten	von den nordwestlichen Grenzen der Flurstücke 156 und 137 bis zur Fußwegverbindung am Turnhallenweg;
im Westen	von der Westgrenze des Wäldchens entlang den Fluren 5 und 6 und dem geplanten Böschungsfuß der Planstraße 1 (im Mittel 50 m südlich der bebauten Hausgrundstücke Haus-Nr. 2, 4, 6 und 8 der Straße Silberfuchs).

2. Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Im genehmigten Gebietsentwicklungsplan - Teilabschnitt Siegen-Wittgenstein/Olpe - vom 10.10.1989 ist das Plangebiet als Wohnsiedlungsbereich und ein kleinerer nördlich gelegener Teil als Agrarbereich / Waldbereich dargestellt. Der Landschaftsplan befindet sich z. Z. in der Aufstellung und betrifft Flächen im Anschluss an das Plangebiet des Bebauungsplanes. Die Zielsetzung des Bebauungsplanes ist mit den übergeordneten Zielen vereinbar.

3. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (FNP)

Im wirksamen FNP der Stadt Siegen ist das Plangebiet als "Reines Wohngebiet" (WR) und als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) dargestellt. An diese beiden Gebiete schließen sich Freiflächen an, die als Fläche für die Forstwirtschaft und als Grünfläche zum Teil mit der Zweckbestimmung "Sport und Freizeitsport" und "Parkanlage" dargestellt sind.

Die im Bebauungsplan innerhalb der Wohnbauflächen festgesetzten öffentlichen Grünflächen, die als Ausgleichsflächen für Eingriffe in Natur und Landschaft notwendig sind, sind im FNP entsprechend dargestellt bzw. daraus entwickelt.

Die im Süden an das Plangebiet angrenzende - als Allgemeines Wohngebiet dargestellte - Fläche wurde von der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein einstweilig als geschützter Landschaftsbestandteil unter Schutz gestellt.

4. Städtebauliche Situation

Das Plangebiet des Bebauungsplanes liegt an einem Südosthang und steigt vom Ortsteil Bürbach ca. 292 m ü. NN mit unterschiedlichen Neigungen bis zur Giersbergstraße (K 5) 372 m ü. NN an und wird in Teilbereichen noch landwirtschaftlich genutzt. Nach Norden und Osten umschließen zwei Kreisstraßen (K 4 und K 5) das Plangebiet. Am Nordwestrand des Plangebietes auf dem Kirschberg liegt das so genannte "Bürbacher Wäldchen", eine aus heimischen Laubbäumen bestehende Forstfläche. Im Südwesten bildet eine ähnlich strukturierte Waldfläche mit Nadelwaldanteilen den Abschluss. Im Nordwesten stößt das Plangebiet an eine Streusiedlung "Silberfuchs", die sich aus Restbeständen einer Wehrmachtseinrichtung des Zweiten Weltkrieges entwickelt und verfestigt hat. Im südlichen Bereich bilden Sukzessionsflächen den Abschluss zur Talaue des Bürbaches, während es im Südosten die Wiesengrundstücke der Häuser an der Unteren und Oberen Dorfstraße sind.

5. **Planungsanlass und städtebauliche Zielsetzung**

Die Nachfrage nach Bauland für Ein- und Zweifamilienhäuser in allen Lagen von Siegen ist ungebrochen und übersteigt das momentane Angebot. Nach der Bodenrichtwertkarte haben die Grundstückspreise für Ein- bis Zweifamilienhäuser leicht angezogen. Das z. Z. niedrige Zinsniveau für Baukredite (gepaart mit Steuervergünstigungen und die Bundes- und Landesförderung) begünstigt die Entscheidung zum Wohneigentum.

Der Bedarf an weiteren Wohnungen in Siegen kann auch daraus abgeleitet werden, dass etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze im Oberzentrum von Einpendlern besetzt werden. 23.000 sozialversicherungspflichtige Pendler haben ihren Arbeitsplatz in Siegen, ihren Wohnort jedoch außerhalb. Aus struktureller und verkehrlicher Sicht ist anzustreben, möglichst viele Beschäftigte auch als Bewohner an Siegen zu binden.

Rein rechnerisch ist der Wohnungsmarkt in Siegen seit 1996 fast ausgeglichen, d. h. jedem Haushalt in Siegen steht eine Wohnung zur Verfügung. Die Entspannung auf dem Wohnungsmarkt lässt sich u. a. ablesen an

- % sinkenden Mieten bei neu abgeschlossenen Mietverträgen,
- % einem vermehrten Wohnungsangebot in den örtlichen Tageszeitungen,
- % einem Rückgang der Anzahl von Wohnungssuchenden.

Als Ursache dieser Entwicklung sind zwei Faktoren ausschlaggebend :

Zum einen hat die Neubautätigkeit der letzten Jahre zu einer deutlichen Vergrößerung des Wohnungsangebotes geführt. Zum anderen haben die ehemaligen Belgierwohnungen mit A Sozialem Wohnungsbau ≡ und A Frei finanziertem Wohnungsbau ≡ Nachfrage wecken und aufnehmen können. Dabei ist Wohnraum geschaffen worden ohne zusätzlichen Landschaftsverbrauch. Diese Entwicklung ist allerdings abgeschlossen.

Bei der Betrachtung der Teilsegmente ergibt sich ein differenziertes Bild. Das Marktsegment der preisgünstigen Wohnungen ist nach wie vor angespannt. Bestimmte Gruppen, wie große Familien, Alleinerziehende, ausländische Einwohner, Arbeitslose oder Übersiedler, sind mit einem Unterangebot auf dem Wohnungsmarkt konfrontiert.

Parallel dazu existiert ein Überhang an teuren Mietwohnungen und Eigentumswohnungen im Geschosswohnungsbau.

In neu ausgewiesenen Baugebieten, wie z. B. Kohrweg / Stimmerweg, wird anteilig auch die Möglichkeit des Kosten und Flächen sparenden Bauens vorgesehen. Bei Grundstücksgrößen unter 400 m² ist die Möglichkeit der Bundes- und Landesförderung je nach der Höhe des Einkommens vorhanden. Es ist beabsichtigt, einen Anteil dieser Grundstücksgrößen von ca. 30 - 40 % zu erreichen.

Da es Vorsorgeaufgabe jeder Gemeinde ist, die Voraussetzung für die Erstellung und Pflege von Wohnraum zu schaffen, soll ein innenstadtnahes Wohngebiet im Stadtteil Bürbach entstehen. Der Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" schafft dazu die planungsrechtlichen Voraussetzungen.

Geplant ist ein qualitätvolles Wohnangebot für Bewohner unterschiedlichen Lebensalters und Familienstandes in Miet- und Eigentumsverhältnissen. Unter Berücksichtigung der landschaftlichen Gegebenheiten, der vorhandenen Bebauung am Silberfuchs und der gewachsenen Struktur an der Oberen und Unteren Dorfstraße sollen ca. 570 Wohneinheiten (WE) entstehen.

Die für die ein- bis zweigeschossige Eigenheimbebauung vorgesehenen Bauflächen sind als "Reines Wohngebiet" festgesetzt. Hier sollen auf 350 - 800 m² großen Grundstücken frei stehende Häuser, Doppelhäuser und teilweise Hausgruppen gebaut werden, wobei auch das Flächen sparende Bauen gefördert wird.

An der Haupteinfahrtsstraße ist die Wohnbebauung mit zwei Vollgeschossen - nutzbar als Miet- und Eigentumswohnungen - vorgesehen. Hier wird auch die notwendige Sozialinfrastruktur angeboten, z. B. Kindergarten und Bürgerbegegnungsstätte.

Weitere Infrastruktureinrichtungen, wie Turnhalle, Versammlungsstätten, ein zweiter Kindergarten usw., sind zu Fuß in Bürbach zu erreichen.

Die Baugrenzen der Bauflächen sind in ihrer Tiefenstaffelung so festgelegt, dass zwischen den Häuserzeilen Freiräume als Erholungszonen entstehen. Diese Zonen münden einerseits in einen breiten Grünzug, der sich vom Kirschberg bis in die Dorflage Bürbach hinab erstreckt, zum anderen in naturbelassene Bereiche, die das Baugebiet umschließen. Die Assoziation von einem "Wohnpark in der Stadt" ist Leitmotiv der städtebaulichen Zielsetzung.

Als zulässiges Maß der baulichen Nutzung ist für die ein- bis zweigeschossigen Bereiche als Grundflächenzahl (GRZ) 0,4 und als Geschossflächenzahl (GFZ) 1,2 festgesetzt.

Die Eingriffe durch den Bebauungsplan in Natur und Landschaft können innerhalb des Gebietes zu **86 %** ausgeglichen werden.

6. **Bebauung**

Geplante Siedlungsstruktur / Wohnsiedlungsbereiche

Nach Art der Nutzung sind die bebaubaren Flächen wie folgt ausgewiesen :

Reines Wohngebiet gemäß § 3 BauNVO im Bereich der Stichstraßen. Ausgeschlossen sind die nach § 3 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, wie Läden, nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für soziale Zwecke u. ä. Hierfür sind geeignetere Standorte in den Allgemeinen Wohngebieten vorhanden.

Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO beiderseits der Planstraße 1.

Diese Festsetzung ist gewählt, um dem Wohnen zugeordnete Nutzungen, wie Läden, Gaststätte, Friseur u. a., zu ermöglichen.

Die nach § 4 Abs. 3 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, wie z. B. Tankstellen, sind ausgeschlossen, weil der Wohncharakter des Baugebietes durch diese Nutzungsarten hier gestört wird.

Flächen für den Gemeinbedarf

Am Rande der vorhandenen Ortslage Bürbach im südlichen Teil des Plangebietes sind Nutzungen des Gemeinbedarfs, wie Feuerwehr, Turnhalle, Gemeindehaus / Kirche und sonstige Versammlungsräume, vorhanden. Sie werden entsprechend festgesetzt.

Eine weitere Gemeinbedarfsfläche ist in zentraler Lage innerhalb des Baugebietes für einen Kindergarten mit Freifläche und eine Bürgerbegegnungsstätte vorgesehen. Weitere Infrastruktureinrichtungen sind nicht vorgesehen, da Angebote, wie Schulen, Nahversorgung u. a., am Giersberg und in Bürbach vorhanden sind.

Das festgesetzte **Maß der baulichen Nutzung** bezeichnet Obergrenzen gemäß § 17 (1) der BauNVO.

Als Bauform sind Einzelhäuser, Doppelhäuser und Hausgruppen mit ein bis zwei Vollgeschossen (Ein- bis Zweifamilienhäuser, Mietwohnung / Eigentumswohnung) vorgesehen. Durch die Hanglage sind bis zu 4 sichtbare Geschosse möglich. Die überbaubaren Flächen innerhalb der Baugrenzen sind so konzipiert, dass einerseits eine straßenbegleitende Bebauung entsteht, andererseits für die Gebäudestellung ein Spielraum verbleibt. Die Garagen sind innerhalb der überbaubaren Flächen anzuordnen.

Auf der WA-Gebietsfläche (II-geschossig) - unterhalb der Planstraße 1 zwischen den Anschlusspunkten der Planstraßen 2 und 5 gelegen - sind die Gebäudelängen auf 25,00 m parallel zur Straße 1 gemessen begrenzt, um eine bauliche Abriegelung der Hanglage zu vermeiden.

7. Beschränkung der Zahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Der Bebauungsplan setzt für Bereiche mit eingeschossiger Bebauung fest, dass Wohngebäude nicht mehr als zwei Wohnungen haben dürfen. Durch diese Maßnahme soll eine Beziehung zu der vorhandenen benachbarten Siedlungsstruktur - Eigenheime mit durchschnittlich zwei Wohnungen - erreicht und eine Überkonzentration vermieden werden. Außerdem sind die geplanten und vorhandenen Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. Kindergarten und Bürgertreff, sowie die Zahl der öffentlichen Parkplätze in den verkehrsberuhigten Zonen auf den vorgesehenen Umfang der Wohnbebauung ausgerichtet.

8. Gestaltungsvorschriften

In Anlehnung an die vorhandene Ortsarchitektur sollen folgende Regelungen getroffen werden :

Dachform	:	Satteldach
Dachneigung	:	bis zu 45°

Drempel	:	bis zu einer Höhe von 0,50 m
Farbtöne der Dacheindeckung	:	Für die Dacheindeckung darf nur Material der Farbtönung braunrot und dunkel- oder basaltgrau verwendet werden. Die Farben werden nach RAL bestimmt.
Einfriedung zur Landschaft	:	Zur Erreichung eines verträglichen Überganges zur Landschaft sind die privaten Hausgärten zu öffentlichen und teilweise auch privaten Grünflächen hin mit Hecken aus Laubgehölz oder Sträuchern in dichtem Verband torlos einzufrieden.

Diese Regelungen sollen gemäß § 86 BauO NW in einer gesonderten Satzung erfasst und parallel zum Bebauungsplan erlassen werden.

9. Öffentliche Einrichtungen

Zur Bedarfsdeckung im sozialen Bereich ist ein zentral gelegener Kindergarten bzw. eine Kindertagesstätte auf einer Fläche von 2.500 m² geplant.

Dem Baugebiet stehen als neue Spielflächen

- % ein größerer Spielplatz am Fußweg oberhalb des Turnhallenweges gelegen,
- % zwei kleinere Spielplätze auf das Baugebiet verteilt, an den Planstraßen 2 und 5,
- % eine Freizeit- und Sportanlage, an der Planstraße 1 / K 5 gelegen,
- % sowie ein vorhandener Spiel- und Bolzplatz neben dem vorhandenen Feuerwehrgerätehaus an der Straße Im Wiesengarten

als selbständige Einrichtungen zur Verfügung. Diese Anlagen decken in einem Erfassungsradius von ca. 250 m alle Wohnquartiere ab.

Als weitere Infrastruktureinrichtung ist ein Bürgertreff auf einer Grundstücksfläche von ca. 2.000 m² vorgesehen, der bürgerschaftlichen Aktivitäten dienen soll.

10. Verkehrsplanung

Unter Berücksichtigung der erheblichen Reliefunterschiede ist geplant, die Erschließung des Plangebietes an die K 5 (Giersbergstraße) mit zwei Anschlusspunkten im Südwesten unterhalb der Siedlung Silberfuchs und im Nordwesten oberhalb des Bürbacher Wäldchens über Verkehrskreisel zu regeln.

Über diese Anschlusspunkte wird das Baugebiet durch die Sammelstraße (Planstraße 1) erschlossen, die mit bis zu 8,7 % Steigung und nach dem Separationsprinzip mit einer Gesamtbreite von 11,00 m (6,50 m Fahrbahn mit beidseitigem 2,25 m breiten Fußweg) ausgelegt ist. Der ÖPNV (Bus) kann diese Straße gut durchfahren, weil die Straßenbreite so gewählt ist, dass keine Haltebuchten notwendig sind.

Die von dieser Sammelstraße abgehenden Anliegerstichstraßen sind größtenteils als "Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung" mit einer Gesamtbreite von ca. 9,00 m vorgesehen (Mischflächenausbau). Diese verkehrsberuhigt auszubauenden Bereiche sollen dazu beitragen, ein sicheres Wohnen zu ermöglichen in Verbindung mit einer Tempobeschränkung auf der Sammelstraße.

Die Fußwegeverbindungen nehmen Rücksicht auf die vorhandenen Wegenetze und stellen die Verbindungen zu den angrenzenden Ortsteilen her. So entsteht ein feinteiliges Wegenetz, das den Landschaftsraum ebenfalls erschließt.

Der Turnhallenweg soll als Sackgasse beibehalten werden. Er erschließt die vorhandene Infrastruktur sowie ca. 12 neue Bauplätze.

Der ruhende Verkehr kann den geplanten Wohneinheiten entsprechend im Baugebiet untergebracht werden (Richtzahlen für die Bemessung der Stellplätze sind 1,5 bis 2 St. pro Wohnung auf dem Grundstück und 1 Parkplatz pro 3 - 5 WE im öffentlichen Straßenraum). Im Mittel werden 4 WE pro Stellplatz angenommen.

Öffentliche Parkplätze für Besucher, Lieferanten etc. sind in ausreichender Anzahl an und in den Verkehrsflächen vorgesehen. Insgesamt sind im Plangebiet ca. 140 Stellplätze erforderlich. Diese Stellplätze sind im Verkehrsraum wie folgt aufzuteilen :

Planstraße 1	-	30 Stellplätze	Planstraße 6	-	12 Stellplätze
Planstraße 2	-	20 Stellplätze	Planstraße 8	-	8 Stellplätze
Planstraße 3	-	15 Stellplätze	Planstraße 10	-	4 Stellplätze
Planstraße 5	-	12 Stellplätze	Planstraße 11	-	5 Stellplätze
Turnhallenweg	-	4 Stellplätze	Im Wiesental	-	3 Stellplätze

Mit dem Erschließungskonzept wird angestrebt, dass sich das Leben in den Anliegerstraßen im öffentlichen Raum abspielen kann und der Straßenraum zum allgemein nutzbaren Bestandteil des Wohnumfeldes wird.

Um die Flächen für den ARuhenden Verkehr im Straßenraum zu sichern, wird gemäß § 9 Abs. 11 BauGB festgesetzt, dass maximal 50 % der Grundstücksbreite an der Verkehrsfläche für Grundstückszufahrten genutzt werden können.

Im Verkehrsraum sollen ebenfalls Baumstandorte untergebracht werden. Es ist vorgesehen, pro 100 lfdm Verkehrsfläche 4 heimische Laubbäume bzw. 1 Baum pro Parkplatz zu pflanzen. So können ca. 80 Bäume in den Verkehrsflächen gepflanzt werden.

11. Grünflächen- und Freiraumplanung

Ausgehend von den Hausgärten soll über die öffentlichen Grünflächen und das Straßenbegleitgrün eine Vernetzung mit dem Landschaftsraum erreicht werden.

Der Zugang zum Landschaftsraum erfolgt über das Wegenetz. Die Abgrenzung zwischen den privat genutzten Gärten und dem Landschaftsraum soll durch Heckenpflanzungen ökologisch und gestalterisch verträglich vorgenommen werden.

An diesen Nahtstellen ist die Zugänglichkeit zum Schutz bestimmter Landschaftsteile einzuschränken. Die Art der Bepflanzung der Hausgärten soll den Eigentümern überlassen werden.

Im Bereich des Mietwohnungsbaues sind sog. Mietergärten zu empfehlen, die das Wohnen in einer Geschosswohnung mit einem A-Wohnzimmer im Freien bereichern.

Für die Bepflanzung der öffentlichen Flächen sind standortgerechte heimische Gehölze vorgesehen. Der Obstbaumbestand ist so weit wie möglich zu erhalten.

12. Eingriffe in Natur und Landschaft

12.1 Allgemeines

Aufgrund der Erheblichkeit der zu erwartenden Eingriffe - insbesondere der Versiegelung von Straßen, Wegen und Bauflächen - beauftragte die Stadt Siegen das Büro NARDUS, Wiehl-Mühlen, einen **Landschaftspflegerischen Begleitplan** zur bestehenden Fachplanung aufzustellen.

Bestand

Besondere Bedeutung für das Biotoppotential erlangen im Plangebiet die Feucht- und Nasswiesen der Bürbachaue, das Fließgewässer und die Quellsumpfgesellschaften des Siefens, der Buchen-Eichen-Wald und der Stieleichen-Birken-Wald. Die Kernbereiche dieser gegenüber Beeinträchtigungen sensiblen Biotope bleiben von der Planung unberührt. Von der Erschließung durch Straßen, Fußwege und Bauflächen sind vor allem Äcker, Trittrasen, Glatthaferwiesen, Goldhaferwiesen, Weidelgras-Weißklee-Weiden und Rotschwingel-Weißklee-Weiden betroffen. Diese Pflanzengesellschaften haben einen geringen bis mittleren ökologischen Wert.

Neubelastung

Grundsätzlich sind keine besonderen Konflikte bei dem Bau von Straßen, Fußwegen und Bauflächen gegeben. Nur die Straße durch den Buchen-Eichen-Wald stellt - aufgrund der Hochwertigkeit - einen Konflikt dar, der durch Berücksichtigung der Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vermindert werden kann.

Die restlichen Biotoptypen sind relativ unempfindlich gegenüber den Eingriffen, so z. B. die Trittrassen und Äcker, die keine oder nur sehr geringe Bedeutung für den Biotopschutz haben.

Maßnahmen

Primäres Ziel aller landschaftspflegerischen Maßnahmen ist die Vermeidung von Eingriffen. In erster Linie sind dies Schutz und Erhalt der vorhandenen ökologisch besonders wertvollen Biotoptypen sowie die Schutz- und Sicherungsmaßnahmen während der Bauzeit.

Für die unvermeidbaren Eingriffe in den Naturhaushalt werden Maßnahmen festgesetzt, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der Landschaftspotentiale, sowohl im räumlichen Zusammenhang als auch in einem angemessenen zeitlichen Rahmen, wiederherzustellen.

Als Ausgleichsmaßnahmen werden die **Entwicklung des Siefens**, die **Entwicklung von Obstwiesen** mit extensiv genutztem Grünland (konzeptionelle Anlehnung an das Mittelgebirgsprogramm) sowie das Herstellen **des Straßenbegleitgrüns einschl. Baumpflanzungen** und die **Begrünung der öffentlichen Spielplätze** herangezogen. **Die Waldmantelpflanzungen** werden beim Ausgleich zum Teil berücksichtigt. Die **Entwicklung von Schlagfluren** und das "auf den Stock setzen" kleinflächiger Niederwaldbereiche ist eine Gestaltungsmaßnahme.

Bei Beachtung aller landschaftspflegerischen Maßnahmen ist gewährleistet, dass **keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zurückbleiben**.

Bei der Berechnung des Eingriffswertes und des Ausgleiches wird die Biotopwertliste der Stadt Siegen (Stand 1997) zugrunde gelegt, die auf der Liste A Vereinfachtes Verfahren zur Ausgleichsermittlung[≡] des Kreises Siegen-Wittgenstein basiert.

Der Landschaftspflegerische Begleitplan - vom Büro NARDUS im Jahre 1991 erstellt - ist in Teilbereichen durch den Zeitablauf überholt, weil z. B. die damals noch betriebenen Äcker aufgegeben sind und sich allein aus dieser Situation andere Bewertungskriterien ergeben. Von der Umweltabteilung der Stadt Siegen ist deshalb eine Neubewertung des Eingriffes vorgenommen worden.

12.2 Landschaftspflegerische Maßnahmen

Das Ziel der langfristigen Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Erhalt der Eigenart und Schönheit der Landschaft wird primär durch die Vermeidung potentieller Beeinträchtigungen erreicht. Hierzu gehören neben den planerischen Maßnahmen die ebenfalls beschriebenen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen.

Die **Grundwasserverhältnisse** im Plangebiet dürfen durch die Baumaßnahme nicht verändert werden. Auch aus diesem Grunde ist eine Versickerung der Oberflächenwässer vorgesehen, damit so die Versickerungsverhältnisse verbessert werden, die durch Versiegelung verschlechtert würden.

Die unvermeidbaren Beeinträchtigungen sind durch entsprechende landschaftspflegerische Ausgleichsmaßnahmen funktional und räumlich zu kompensieren. Die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes werden durch eine landschaftsgerechte Einbindung und Bepflanzung minimiert. Bei Beachtung aller landschaftspflegerischen Maßnahmen werden keine erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen zurückbleiben.

Das Ziel der landschaftspflegerischen Begleitmaßnahmen (Schutz- und Sicherungsmaßnahmen; Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) im Untersuchungsgebiet ist eine Vernetzung der vorhandenen Biotopstrukturen untereinander. Durch das Konzept der Biotopvernetzung wird in "Giersberg-Ost" vermieden, dass nach der Bebauung einzelne isolierte, inselartige Biotope übrig bleiben und von den restlichen Landschaftsstrukturen abgeschnitten sind. Vielmehr werden die beiden Bebauungshälften durch "Biotopkorridore" in die Landschaft integriert, so dass die einzelnen - ökologisch optimierten - Bereiche miteinander vernetzt sind und einen Gen- und Artenaustausch ermöglichen.

12.3 Schutz- und Sicherungsmaßnahmen

Sicherung vorhandener Biotope

Bürbachau, im Süden an das Plangebiet angrenzend

Die Bürbachau mit den ökologisch besonders wertvollen Feucht- und Nasswiesen bleibt in ihrer jetzigen Form erhalten.

Der Bach nimmt im Untersuchungsgebiet auch aus faunistischer Sicht eine herausragende Stellung ein. Hier finden sich neben einer artenreichen Limnofauna eine Reihe von anderen besonderen Tierarten. Für die Vogelwelt ist das Bachtal als Nahrungsgebiet von Bedeutung.

Mittel- bzw. langfristig können folgende Biotoppflegemaßnahmen empfohlen werden, um die Bürbachau ökologisch zu optimieren und in ein bestehendes Biotopverbundsystem einzubinden.

- % Vernässung und somit Ausweitung der vorhandenen Feucht- und Nasswiesenbereiche
- % Verzicht auf (Kunst-)Dünger
- % Einmalige Mahd pro Jahr ab dem 01.07. mit Abtransport des Mähgutes
- % Abpflanzung des Fußweges mit einer Hecke, um den Zugang zur Bachaue zu erschweren und das Bachtal durch randliche Gehölze mit den anderen Biotopstrukturen des Untersuchungsgebietes zu vernetzen

Wälder

Die Wälder des Untersuchungsgebietes - Stieleichen-Birken-Wald (Schutzwald) und Buchen-Eichen-Wald - sind prinzipiell von den Eingriffen nicht betroffen. Lediglich ein jüngerer Waldbereich des Buchen-Eichen-Waldes wird von einer Erschließungsstraße durchquert, da dieser Eingriff sich zur sinnvollen Erschließung des Bebauungsgebietes nicht vermeiden lässt.

Den Wäldern des Untersuchungsgebietes fehlt ein ökologisch wichtiger Waldmantel. Entlang der Waldränder wird auf einer Breite von 3 - 4 m ein Waldmantel aus einheimischen Gehölzen geplant, der neben den Belangen des Arten- und Biotopschutzes auch forstwirtschaftlichen Interessen (Windschutz) Rechnung trägt.

Siefen

Der Siefen bleibt in seiner eigentlichen Form erhalten. Die geplante Bebauung einschließlich der Wendehammer ist aus dem Bereich des Siefens herausgenommen worden, so dass der zentrale Siefenbereich von der Bebauung frei bleibt. Die Planstraßen 1 und 5 sind mit einem ausreichenden Abstand zur zu schützenden Quelle geplant, so dass die Quellhorizonte besser gesichert und die **ökologisch sensiblen Bereiche nicht nachhaltig beeinträchtigt oder geschädigt werden.**

Gebüsche, Brach- und Sukzessionsflächen

Der Bestand der Brach- und Sukzessionsflächen ist durch die aktuelle Planung gesichert, d. h., die Flächen sind von den Eingriffen nicht betroffen. Sie sollten auch zukünftig der natürlichen Sukzession überlassen bleiben.

Während der Bauphase sind die Biotoptypen mit sehr hoher Eignung / Empfindlichkeit besonders zu sichern. Dies gilt insbesondere für das Gewässer im Siefen und den Straßenabschnitt, der durch den Buchen-Eichen-Wald führt.

Förmliche Sicherung bestockter Flächen (oberhalb der Bürbachaue)

Im Südwesten - an das Plangebiet angrenzend - befindet sich eine große bewaldete Fläche, die einen schutzwürdigen Charakter besitzt. Für diese Grundstücke in dieser Fläche hat der Kreis Siegen-Wittgenstein eine "Einstweilige Sicherstellung" ausgesprochen, damit auf diesen Flächen keine schädlichen Nutzungen stattfinden. Die Gesamtfläche wie auch eine Fläche oberhalb des Turnhallenweges liegen außerhalb des Bebauungsplanes.

12.4 Ausgleichs- und Gestaltungsmaßnahmen

Als Ausgleich für die unvermeidbaren Eingriffe werden Maßnahmen festgesetzt, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowohl im räumlichen Zusammenhang als auch in einem angemessenen zeitlichen Rahmen wiederherzustellen.

Der Umfang der Ausgleichsmaßnahmen ergibt sich aus der Berechnung des Eingriffswertes. Für die Berechnung des Eingriffswertes wurden die Maßnahmen zur Konfliktvermeidung sowie die unter Punkt 12.3 dargestellten Schutz- und Sicherungsmaßnahmen berücksichtigt.

Sowohl die vom Eingriff betroffenen Flächen als auch diejenigen, auf denen der Ausgleich durchgeführt werden soll, haben vor der Baumaßnahme einen bestimmten ökologischen Wert für die Tier- und Pflanzenwelt.

Für die Berechnung des Ausgleichswertes wird der ökologische Wert der Fläche vor und nach Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ermittelt. Die Differenz ergibt den durch die Maßnahme erreichten Wertzuwachs oder Wertverlust.

12.5 Bewertung des Ist-Zustandes

Biotoptyp	Fläche m²	Biotop- wert	Wert- punkte
Grünland, intensiv	167.456	3	502.368
Grünland, extensiv	77.809	4	311.236
Feldgehölze	19.557	6	117.342
Obstwiesen	5.196	6	31.176
Äcker	4.003	2	8.006
Gärten	6.430	3	19.290
Brache	3.315	5	16.575
Wege, unbefestigt	5.300	3	15.900
Quellsiefen	1.795	6	10.770
Bach	1.739	6	10.434
Eichen-Birken-Wald	46.300	6	277.800
Eichen-Wald	13.800	8	110.400
Fichten-Forst	4.500	3	13.500
Vorhandene bebaute Flächen	11.800	2	23.600
Vorhandene befestigte Wege	3.000	0	0
S U M M E	372.000		1.468.397

Tab. : Bewertung des Ist-Zustandes

12.6 Bewertung des Plan-Zustandes

Biotoptyp	Fläche m²	Biotop- wert	Flächen- wert
<i>Öffentliche Verkehrsflächen</i>			
Geplante Verkehrsflächen	36.155	0	0
Geplante Fußwege	3.600	0,5	1.800
Vorhandene Verkehrsflächen	<u>3.000</u>	0	<u>0</u>
	42.755		1.800
<i>Forstflächen</i>			
Eichen-Birken-Wald	46.300	6	277.800
Eichen-Wald	13.800	8	110.400
Fichten-Forst	<u>4.500</u>	3	<u>13.500</u>
	64.600		401.700
<i>Grünflächen, öffentlich</i>			
Waldrand mit Ausgleichsflächen, nördlich	5.000	6	30.000
Waldrand mit Ausgleichsflächen, westlich	2.000	6	12.000
Feldgehölz an Freisportanlage	1.000	6	6.000
Straßenbegleitstreifen mit Bäumen	3.000	4	12.000
Ausgleichsfläche B, Obstwiese im Seifen	11.500	6	69.000
Ausgleichsfläche A für Straßen	20.000	6	120.000
Ausgleichsfläche A, Straße	4.950	6	29.700
Ausgleichsfläche D unterhalb Straße 5	4.500	6	27.000
Ausgleichsfläche D, Obstwiese	7.000	6	42.000
Ausgleichsfläche D, Obstwiese	3.500	6	21.000
Ausgleichsfläche, Obstwiese	6.500	6	39.000
Kinderspielplatz, westlich am Wald	1.200	3	3.600
Kinderspielplatz, nördlich	600	3	1.800
Kinderspielplatz, südlich	1.800	3	5.400
Kinderspielplatz, Bürbach, vorhanden	750	3	2.250
Freisportanlage	9.500	3	28.500
Straßenbegleitgrün	4.500	4	18.000
80 heimische Laubbäume		4	8.000
Allee mit Bäumen	<u>3.000</u>	4	<u>12.000</u>
	90.350		487.550
<i>Grünflächen, privat</i>			
Grünflächen, am Wald (im Westen)	2.000	5	10.000
Grünflächen, Einmündung	3.000	5	15.000
Grünflächen, am Wald (im Norden)	1.200	5	6.000
Grünflächen, Grabeland (im Süden)	<u>2.200</u>	5	<u>11.000</u>
	8.400		42.000
<i>Wohnbauflächen</i>			
Vorhandene Wohnbaufläche	5.400	2	10.800
Vorhandener Gemeinbedarf	6.400	2	12.800
Neue Wohnbaufläche	<u>154.095</u>	2	<u>308.190</u>
	165.895		331.790
G E S A M T S U M M E	372.000		1.264.840

Bei der Gegenüberstellung des Gesamtausgleiches ergibt als rechnerische Größe ein Wert von

$$\frac{1.264.840}{1.468.397} = \mathbf{86 \% \text{ Ausgleich}}$$

Bei der Wohnbebauung wird bei dem gewählten Ansatz von einer Grundflächenzahl von **0,4** und von einer 50 %igen höchstmöglichen Versiegelung ausgegangen. Hierbei sind Terrassen, Wege und Garagenzufahrten berücksichtigt.

Der Wertverlust, der rechnerisch 14 % des Gesamteingriffes ausmacht, ist vertretbar und lässt sich durch die Vorsorgeaufgabe der Kommune für die Bereitstellung von Bauland begründen. Die zuvor beschriebenen Festsetzungen und Darstellungen im Bebauungsplan stehen in einem vernünftigen Verhältnis zu der bedarfsgerechten Baulandausweisung und sind naturschutzrechtlich und städtebaulich sinnvoll im Rahmen der Ausgleichspflicht anzusehen.

Die in den Tabellen mit **W** bezeichneten Ausgleichsflächen **B, C, D + G** dienen dem Ausgleich durch Versiegelung der Bauflächen.

Die mit **S** bezeichneten Ausgleichsflächen **A + F** dienen dem Ausgleich durch Versiegelung der öffentlichen Verkehrsflächen.

Bei einem rechnerischen Ansatz der Umwandlung des vorhandenen Fichten-Forstes in Mischwald ergibt sich ein Wert nahe 90 % Ausgleich. Z. Z. kann ein Termin für diese Umwandlung noch nicht festgelegt werden, da forstliche Aspekte hier greifen müssen.

12.7 Eingriffsbedingungen und -bewertung

Anlagebedingte Eingriffe

Durch den Bau von Erschließungsstraßen, Fußwegen und Verkehrsflächen wird eine Fläche von 39.755 m² versiegelt.

Die geplante Wohnbaufläche beträgt ca. 154.095 m².

Die Flächenversiegelung führt zum vollständigen Funktionsverlust (irreversible Schädigung des Bodens, Beschleunigung des Oberflächenabflusses und Zerstörung von Biotopstrukturen).

Eingriffsbewertung

In den nachfolgenden Tabellen werden die von Vorhaben ausgehenden Konflikte aufgezeigt. Die Einschätzung des Grades des zu erwartenden ökologischen Risikos bzw. der Neubelastung erfolgt anhand der ökologischen Risikoeinschätzung.

Hierbei wird die Art und Intensität der Eingriffe mit der Schutzwürdigkeit/ Empfindlichkeit der Landschaftspotentiale des Giersberges aufgezeigt.

In der nachfolgenden Berechnung des Eingriffswertes wird für den Biotopwert das Mittel der betroffenen Biotoptypen - Acker, Trittrasen, Weidelgras-Weißklee-Weide, Glatthaferwiese, Goldhaferwiese und Rotschwingel-Weißklee-Weide - gebildet, weil die Straßen und Fußwege über alle Biotoptypen führen und eine Einzeldarstellung aufgrund der geringen Spanne (2 - 4) wenig gerechtfertigt erscheint.

12.8 Eingriff durch Straßenbau

Tabelle - Bestand - Ausgleichsflächen für Straßen **S**

Biotoptyp	Fläche m²	Biotop- wert	Flächen- wert
Buchen-Wald	700	9	6.300
Grünland, weniger intensiv	39.755	3,6	143.200
S U M M E			149.500

Tab. : Berechnung des Eingriffswertes für Straßen

Die Straßenflächen liegen allgemein auf weniger intensiv betriebenen Grasland. Es wird ein mittlerer Biotopwert von **3,6** für den gesamten Bereich angenommen.

Besondere Konflikte sind durch das Vorhaben (Bau von Erschließungsstraßen und Fußwegen) kleinflächig im Bereich des Buchen-Eichen-Waldes gegeben, der als ökologisch hochwertig einzustufen ist. Die anderen beanspruchten Flächen setzen sich aus Äckern, Trittrasen, Glatthaferwiesen, Weidelgras-Weißklee-Weiden, Goldhaferwiesen und Rotschwingel-Weißklee-Weiden zusammen. Die Fußwege, die mit einer wassergebundenen Decke versehen werden, verlaufen fast ausschließlich über schon vorhandene Trampelpfade, auf denen Trittrasen wächst. Ökologisch besonders wertvolle Bereiche, wie z. B. die Bürbachau, die alten Laubwaldbereiche und der Siefen, sind in ihren sensiblen Bereichen von der Planung nicht betroffen.

Tabelle - Planung - Ausgleichsflächen für Straßen **S**

Biotoptyp		Fläche m²	Biotop- wert	Flächen- wert
Entwicklung Siefen	A	20.000	6	120.000
Entwicklung Siefen	F	4.950	6	29.600
S U M M E				149.600

Tab. : Berechnung des Ausgleichswertes für Straßen

Wie bei der Gegenüberstellung des Eingriffswertes von **149.500** Wertpunkten und des Ausgleichswertes von **149.600** Wertpunkten ergibt sich für den Straßenbau ein Ausgleich von **100 %**.

12.9 Eingriff durch Wohnbebauung

Tabelle - Planung - Ausgleichsflächen für Wohnbebauung **W**

Biotoptyp	Fläche m²	Biotoptyp- wert	Flächen- wert
Waldrand, nördlich G	4.100	6	30.000
Waldrand, westlich G	2.000	6	12.000
Obstwiese, Freisport C	1.000	6	6.000
Straßenbegleitgrün mit Bäumen G	3.000	4	12.000
Ausgleichsfläche, Obstwiese im Siefen B	11.500	6	69.000
Ausgleichsfläche, unterhalb Straße 5 D	4.500	6	27.000
Ausgleichsfläche, Obstwiese, Fußweg Siefen D	7.000	6	42.000
Ausgleichsfläche, Obstwiese, neben Turnhalle D	3.500	6	21.000
Obstwiese D	6.500	6	39.000
Straßenbegleitgrün, insgesamt	4.500	4	18.000
80 heimische Laubbäume in den Straßen	25 je Baum	4	8.000
Allee mit Bäumen im Westen an Straße 1	3.000	4	12.000
Freisportanlage	9.500	3	28.500
Kinderspielplatz, westlich	1.200	3	3.600
Kinderspielplatz Bürbach, vorh.	750	3	2.250
Kinderspielplatz, südlich	1.800	3	5.400
Kinderspielplatz, nördlich	600	3	1.800
Private Grünflächen am Wald im Westen	2.000	5	10.000
Private Grünflächen an dem Kreisel, westlich	3.000	5	15.000
Private Grünflächen am Wald im Norden	1.200	5	6.000
Grünflächen, Grabeland, im Süden	2.200	5	11.000
Neue Wohnbaufläche	154.095	2	308.190
S U M M E			688.340

Tab. : Berechnung des Ausgleichswertes für Wohnbebauung

12.10 Sonstige Grünflächen im Landschaftsraum

Zur Bildung von Waldsäumen sieht der Bebauungsplan einen 5 m breiten Streifen zur Anpflanzung von Gehölzen vor.

Darüber hinaus ist zum Einfügen in die Landschaft der Sport- und Bolzplatzfläche an der K 5 ein breiterer Pflanzstreifen festgesetzt.

Sonstige Ausgleichsmaßnahmen

Umwandlung des Fichten-Forstes in einen Buchen-Eichen-Wald

Der alte Fichten-Forst soll vor der Bebauung von "Giersberg-Ost" gerntet werden. Anstelle des naturfernen Fichten-Forstes wird ein potentiell natürlicher Buchen-Eichen-Wald entwickelt, wie er oberhalb des Fichten-Forstes schon vorhanden ist. Die 4.500 m² große Fläche wird mit Rotbuchen (*Fagus sylvatica*) und Stieleichen (*Quercus robur*) in einem Abstand von 1,5 m x 1,5 m bepflanzt, d. h., es werden insgesamt 2.000 Bäume verwendet. Darunter sind 1.500 Rotbuchen (*Fagus sylvatica*) und 500 Stieleichen (*Quercus robur*). Die Fläche wird zunächst eingezäunt, um die jungen Bäume vor Wildverbiss zu schützen.

Langfristig tritt dann anstelle der Koniferen ein ökologisch sehr hochwertiger Laubhochwald, der einer entsprechenden Fauna und Flora einen Lebensraum bietet.

Diese Maßnahme wird **nicht** mit in die Ausgleichsberechnung der Wohnbebauung eingebracht. Sie soll zu einem späteren Zeitpunkt in das Ökokonto der Stadt Siegen einfließen.

Zuordnung und Ausgestaltung der Ausgleichsflächen

Im Untersuchungsgebiet ist extensiv genutztes Grünland vorhanden. Es handelt sich dabei um die Goldhaferwiese und die Rotschwingel-Weißklee-Weide; Letztere wächst bevorzugt auf ehemaligen Ackerterrassen. Dieses eher extensiv genutzte Grünland bildet die Übergangsformen zwischen den produktiven Fettwiesen / Fettweiden und den mageren Borstgrasrasen und Kalkhalbtrockenrasen (vgl. u. a. Mittelgebirgsprogramm). Ein Teil des vorhandenen extensiv genutzten Grünlandes bleibt erhalten und wird in einigen Bereichen als Ausgleichsmaßnahme entwickelt. Die Grünlandgesellschaften gehen aus Äckern und Weidelgras-Weißklee-Weiden hervor.

Beide Typen - Acker wie Weidelgras-Weißklee-Weide - werden ein- bis zweimal jährlich gemäht. Die erste Mahd kann ab dem 1. Juli erfolgen. Eine zweite Mahd ist ab dem 15. September möglich, muss aber nicht jährlich durchgeführt werden.

Die Ausgleichsflächen unter **12.8 [A + F]** schaffen den Ausgleich für die durch **Straßen- und Wegebaumaßnahmen** versiegelten Flächen im Verhältnis ca. 1 : 1. Sie sind erschließungsbedingte Maßnahmen und werden durch die Erschließungsbeiträge refinanziert.

Da es sich bei der hier zu behandelnden Materie in sehr starkem Maße um relative Wertungen handelt, die in der Regel abseits jeder exakten Messmöglichkeit liegen, gehört etwa die Bewertung einzelner Landschafts- oder Biotoptypen mit zu der Abwägungsentscheidung der Gemeinde i. S. der Gewichtung des Abwägungsmaterials. So ist z. B. die Gewichtung von Waldflächen in waldarmen Gebieten anders als in Gemeinden mit besonders hohem Waldanteil.

Der Ausgleich für die Eingriffe in Natur und Landschaft durch die Wohnbauflächen kann durch Anlegen der privaten Hausgärten, die mit heimischen standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen sind, nur zu einem Teil ausgeglichen werden. Andernfalls müsste auf jegliche Rasen- bzw. Freifläche zugunsten von Baumpflanzungen verzichtet werden.

Der erforderliche weitere Ausgleich erfolgt auf den unter **12.9 [B, C, D + G]** aufgeführten Ausgleichsflächen.

Dabei verteilt sich der Gesamtausgleich je zur Hälfte auf private und öffentliche Flächen. Die Refinanzierung der öffentlichen Flächen erfolgt durch Ausgleichszahlungen.

Die als Obstwiesen vorgesehenen Flächen **B, C + D** werden mit hochstämmigen Obstbäume im Abstand von 10 m x 10 m gepflanzt, d. h., es werden auf der 11.500 m² großen Fläche 110 Bäume, auf der 7.000 m² großen Fläche 70 Bäume und auf der 3.500 m² großen Fläche 35 Bäume verwendet. Auf der 1.000 m² großen Obstwiese im Eingangsbereich des Plangebietes werden 10 Obstbäume gepflanzt. 75 % der Obstbäume sind Apfelbäume, wobei den Sorten Berlepsch, Gravensteiner, Jakob Lebel, Klarapfel sowie Roter und Grüner Boskop der Vorzug zu geben ist.

Weitere in der Region angebaute Apfelsorten sind z. B. Prinz Albert Apfel, Krügers Dickstiel, Doppelter Luxemburger, Alter Luxemburger, Croncels, Kantapfel, Bismarck-Apfel, Roter Trierer Weinapfel, Tulpenapfel, Winterrambour, Rote Sterrenette, Ontario, Zuccalmaglios Renette, Augustapfel, Bäumchesapfel und Rabaun. 15 % der Obstbäume sind Birnen der Sorten Bergamotten, Gräfin von Paris, Clapps Liebling, Williams Christbirne, Graue Flaschenbirne, Köstliche von Charnau und andere. Die restlichen 10 % Obstbäume werden als Pflaumen, Kirschen und Walnüsse gepflanzt. Die Pflege der Obstbäume ist zu gewährleisten.

Biotopentwicklung des Siefens

Der obere relativ trockenere Bereich des Siefens fällt als Ausgleichsmaßnahme unter den Typ "Entwicklung von Obstwiesen mit extensiv genutztem Grünland". Der Quellbereich bleibt unverändert und wird seiner natürlichen Entwicklung überlassen.

Der bestehende kleine Bachlauf im Siefen wird aufgrund einer Anregung während der Offenlegung nicht mit Baum- und Buschgruppen bepflanzt, da sonst eine Verschlechterung der gewachsenen Strukturen befürchtet wird. Die angesprochenen Baum- und Buschstandorte werden nur am Rande dieser Flächen als Abgrenzung zu den geplanten Fußwegen im Osten und Süden und den WR-Gebieten angeordnet. Somit ist eine Arrondierung der Grünbereiche zu den angrenzenden Wohnbauflächen und der Bürbachau im Süden gegeben und die unbeschränkte Zugänglichkeit dieser Landschaftsteile eingeschränkt.

Auf den 20.000 und 4.950 m² großen Ausgleichsflächen im Siefen - im BP als Fläche **A + F** bezeichnet - werden insgesamt 13 Baumgruppen in einem Abstand von 40 m gepflanzt. Die Baumgruppe wird von einem Gebüsch eingerahmt. Jede Baumgruppe besteht aus bis zu 12 Bäumen und bis zu 60 Sträuchern. Folgende Baumarten sind z. B. zu verwenden:

- Rotbuche (*Fagus sylvatica*)
- Stieleiche (*Quercus robur*)
- Esche (*Fraxinus excelsior*)
- Vogelkirsche (*Prunus avium*)
- Hainbuche (*Carpinus betulus*)
- Eberesche (*Sorbus aucuparia*)
- Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*)

Für den Gebüschsaum können folgende Gehölze eingebracht werden:

- Haselnuss (*Corylus avellana*)
- Weißdorn (*Crataegus monogyna* und *C. laevigata*)
- Schlehe (*Prunus spinosa*)
- Gewöhnlicher Schneeball (*Viburnum opulus*)
- Faulbaum (*Frangula alnus*)
- Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*)
- Trauben-Holunder (*Sambucus racemosa*)
- Hunds-Rose (*Rosa canina* agg.)

Die Bereiche zwischen den Baumgruppen werden sich selbst überlassen, so dass sich eine arten- und strukturreiche Krautschicht einstellen kann. Aufkommende Gehölze werden durch Entbuschungen in fünfjährigen Rhythmen entfernt, um eine komplette Bewaldung der Fläche zu verhindern.

Diese 20.000 m² (**A**) und 4.950 m² (**F**) großen Ausgleichsflächen Alm Siefen dienen dem Ausgleich der Versiegelung durch Verkehrsanlagen (Zuordnung zu **S**).

Waldmantel-Pflanzung

Am Rande des Stieleichen-Birken-Waldes und des Buchen-Eichen-Waldes wird ein dreireihiger Waldmantel auf einer Breite von 3 - 4 m gepflanzt. Weitere 3 - 4 m stehen dem Waldmantel zur Entwicklung

nach innen zur Verfügung. Zur Entwicklung des Waldmantels sind folgende - ausschließlich heimische - Gehölze zu verwenden:

- Haselnuss (*Corylus avellana*)
- Weißdorn (*Crataegus monogyna* und *C. laevigata*)
- Gewöhnlicher Schneeball (*Viburnum opulus*)
- Faulbaum (*Frangula alnus*)
- Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*)
- Schlehe (*Prunus spinosa*)

Der Waldmantel ist mit "E" bezeichnet und wird als Ausgleichsmaßnahme so weit berücksichtigt, wie er den Flächen **G** zugeordnet ist, d. h. teilweise auch Zuordnung zu **W**. Im Übrigen bleibt der Waldmantel unberücksichtigt, da er aus forstlichen Gründen ohnehin zweckmäßig ist.

Gestaltungsmaßnahmen

Schlagfluren und Bereiche, die auf den Stock gesetzt werden

Am Rande des Stieleichen-Birken-Waldes und des Buchen-Eichen-Waldes wird jeweils kleinflächig eine Schlagflur entwickelt, d. h., die Bäume werden auf den Stock gesetzt. Ihre Austriebe werden spätestens alle 5 bis 7 Jahre immer wieder auf den Stock gesetzt. Dadurch stellt sich in diesen Bereichen eine artenreiche Schlagflur ein, die beispielsweise aus Rotem Fingerhut (*Digitalis purpurea*), Fuchs-Greiskraut (*Senecio fuchsii*), Wald-Greiskraut (*Senecio sylvaticus*), Schmalblättrigem Weidenröschen (*Epilobium angustifolium*), Trauben-Holunder (*Sambucus racemosa*) und Schwarzem Holunder (*Sambucus nigra*) besteht. Diese Schlagflur ist ein interessanter Lebensraum für die Fauna des Gebietes.

13. Denkmalschutz und Denkmalpflege

Denkmalpflegerische Belange werden durch den Bebauungsplan nicht berührt. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass wegen der hier gegebenen Situationen bei Bodeneingriffen jeglicher Art bisher nicht bekannte Bodendenkmäler neu entdeckt werden können. Die Entdeckung ist der Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Durch das Plangebiet führt die Trasse der historischen "Bürbach-Siegener Wasserleitung", die vor ca. 450 Jahren erbaut und zur Versorgung des Oberen Schlosses und später der Stadt angelegt wurde. Mit entsprechenden Funden ist zu rechnen.

14. Flächenaufteilung, städtebauliche Daten

PLANGEBIETSGRÖSSE **37,2 ha**

Öffentliche Verkehrsflächen

Geplante Verkehrsflächen	36.155 m ⁵	
Geplante Fußwege, davon 4.000 m ⁵ vorh.	5.400 m ⁵	4.000 m ⁵
Vorhandene Verkehrsfläche Turnhallenweg und Wiesengarten	<u>1.200 m⁵</u>	
	42.755 m ⁵	38.755 m ⁵

<u>Forstflächen vorhanden</u>	64.600 m ⁵	64.600 m ⁵
-------------------------------	-----------------------	-----------------------

Grünflächen, öffentlich

Waldrand mit Ausgleichsflächen, nördlich	5.000 m ⁵	
Waldrand mit Ausgleichsflächen, westlich	2.000 m ⁵	
Obstwiese (Freisport)	1.000 m ⁵	
Straßenbegleitstreifen und Bäume	3.000 m ⁵	
Ausgleichsflächen, Obstwiese, im Siefen B	11.500 m ⁵	
Ausgleichsfläche für Straßen A	20.000 m ⁵	
Ausgleichsfläche für Wohnen C		
davon noch 2.600 anrechenbar	5.000 m ⁵	
Ausgleichsfläche unterhalb Straße 5 D	4.500 m ⁵	
Ausgleichsfläche, Obstwiese, unterhalb Straße 1 D	7.000 m ⁵	
Ausgleichsfläche, Obstwiese D	3.500 m ⁵	
Ausgleichsfläche, Obstwiese	6.500 m ⁵	
Kinderspielplatz West am Wald	1.200 m ⁵	
Kinderspielplatz Nord	600 m ⁵	
Kinderspielplatz Süd	1.800 m ⁵	
Kinderspielplatz Bürbach, vorhanden	750 m ⁵	
Freisportanlage	9.500 m ⁵	
Straßenbegleitgrün	4.500 m ⁵	
Allee und Bäume	<u>3.000 m⁵</u>	
	90.350 m ⁵	90.350 m ⁵

Grünflächen, privat

Grünflächen am Wald (im Westen)	2.000 m ⁵	
Grünflächen, Einmündung	3.000 m ⁵	
Grünflächen am Wald (im Norden)	1.200 m ⁵	
Grünflächen, Grabeland (Süd)	<u>2.200 m⁵</u>	
	8.400 m ⁵	8.400 m ⁵

Wohnbauflächen

Wohnbauflächen gesamt	165.895 m ⁵	
Vorhandene Wohnbauflächen	5.400 m ⁵	
Vorhandener Gemeinbedarf	<u>6.400 m⁵</u>	
Neue Wohnbaufläche	154.095 m ⁵	154.095 m ⁵
		<hr/>
Gesamtfläche		372.000 m⁵

Wohneinheiten (WE), westlich

eingeschossig	ca. 95 WE
zweigeschossig	ca. 125 WE

Wohneinheiten (WE), östlich

eingeschossig	ca. 132 WE
zweigeschossig	ca. <u>215 WE</u>

gesamt ca. 570 WE

<u>Neue Wohnbaufläche</u>	<u>148.395 m⁵</u>	
Wohneinheiten	570 WE	= 258 m⁵ / WE

<u>Flächenanteile</u>	mit Forst	ohne Forst
Straßen	11,5 %	(13,9 %)
Forstflächen	17,5 %	(0 %)
Öffentliche Grünflächen	24,4 %	(29,4 %)
Private Grünflächen	2,3 %	(2,7 %)
Wohnbauflächen, vorhanden	2,7 %	(3,9 %)
Wohnbauflächen, neu	<u>41,4 %</u>	<u>(50,1 %)</u>
	100,0 %	(100,0 %)

15. Immissionsschutz

15.1 Lärmimmissionen

Beeinträchtigungen durch Gewerbe- und Industrielärm sind auszuschließen, da Flächen mit solchen Nutzungen in störenden Abständen nicht vorhanden sind.

Verkehrslärmquellen sind die Giersbergstraße (K 5), die Obere Dorfstraße (K 4) und die Haupteerschließungsstraße 1 des Plangebietes.

Von der K 5 als Lärmquelle wirken etwa 70 dB(A) am Tage und 60 dB(A) in der Nacht auf die Bebauung am Silberfuchs ein.

Abhilfe schafft hier eine Kombination aus aktivem und passivem Schallschutz :

% Auf der Hangseite der neuen Planstraße wird im Knotenbereich ein Wall von 2,00 m Höhe angeschüttet, auf dessen Krone eine Schall absorbierende Wand von 2,00 m Höhe errichtet wird. Diese Anlage wird landschaftsgärtnerisch in das Gelände eingefügt.

% Soweit im Gebäudebestand Aufenthaltsräume der K 5 zugewandt sind, z. B. Silberfuchs, Haus-Nr. 2, sind für die Aufenthaltsräume Schallschutzfenster mind. der Schallschutzklasse 3 vorzusehen.

Des Weiteren sollen Wintergärten oder ähnliche Anlagen zur Lärmmin- derung vor Aufenthaltsräumen, die ganz oder teilweise der Giers- bergstraße (K 5) zugewandt sind, errichtet werden.

Terrassen und Freisitze sind zur Lärmmin- derung an den ganz oder teil- weise der Giersbergstraße zugewandten Seiten durch geschlossene Wände oder ähnliche Anlagen von 2,50 m Höhe - gemessen ab OK Fertigfußboden - abzuschirmen. Damit ist gewährleistet, dass der Ge- bäudebestand bei künftigen Baumaßnahmen den Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse angepasst werden kann [Orientierungswert WA 55/45 dB(A)].

Die K 4 stellt für die Wohnbebauung im östlichen Bereich der Planstra- ße 1 eine Emissionsquelle dar, die auf die künftige Bebauung an der ungünstigsten Stelle am Tage mit 55 dB(A) und in der Nacht mit ca. 42 dB(A) einwirkt.

In Anlehnung an die Orientierungswerte der DIN 18005 - Richtlinien für WA-Gebiete [55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts] - sind diese Belas- tungen als tolerierbar anzusetzen. Den Bauherren soll gleichwohl emp- fohlen werden, durch entsprechende Grundrissgestaltung bzw. Abschir- mung im Freiraum (Wintergärten und ähnliche Anlagen) Lärmvorsorge zu betreiben, um auch nachts die Schlafruhe zu gewährleisten.

Die Planstraße 1 erzeugt mit ca. 2.000 Kfz/24 Std. im ungünstigsten Falle einen Beurteilungspegel von ca. 62 dB(A) tags und 53 dB(A) nachts.

Durch die Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h und des Lkw-Anteiles durch verkehrsbehördliche Anordnungen (z. B. Beschränkung der Tonnage, zeitliche Fahreinschränkungen) sowie die Festlegung des Gebäudeabstandes vom Fahrbahnrand auf > 6,00 m lassen sich die Pegel so weit senken, dass die Orientierungswerte für WA-Gebiete der DIN 18005 ASchallschutz im Städtebau \cong von 55 / 45 dB(A) um weniger als 3 dB(A) überschritten werden.

Aus städtebaulichen Gründen scheidet eine Abschirmung der Gebäude durch Wände o. ä. aus, weil dadurch die Öffentlichkeit der Straße empfindlich gestört würde. Die Verlegung von Aufenthaltsräumen in straßenabgewandte Seiten ist aus demselben Grund ebenso wenig zweckmäßig. Deshalb wird ein 10,00 m breiter Streifen beidseitig der Planstraße 1 mit einer **Kennzeichnung** versehen, wo den Bauherren empfohlen wird, durch geeignete Maßnahmen selbst Vorsorge zu treffen, z. B. durch Vorbauten von Wintergärten oder Abkehr aller Schlafräume von der Straße.

Eine weitere Lärmquelle für die Umgebung kann die zukünftige Freisportanlage im Kreuzungsbereich darstellen. Ein Schallgutachten hat die Unbedenklichkeit im Hinblick auf die Schallimmissionen nachgewiesen.

Der Abstand der geplanten Wohnbebauung zur Sportfläche beträgt mind. 20,00 m. Durch Steuerung der Nutzung ist eine Belästigung der Wohnbebauung auszuschließen. Die dazwischen liegende Fläche ist für ein Feldgehölz vorgesehen.

15.2 Altlasten

Für das gesamte Gebiet ist eine Bodenuntersuchung Mitte 1991 durchgeführt worden.

Untersucht wurden Belastungen durch Blei, Zink, Cadmium und Kupfer gemäß "Mindestuntersuchungsprogramm Kulturböden" (LÖLF 1988).

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass bezüglich der künftigen Nutzung durch Wohnbebauung / Gärten keine Bedenken bestehen.

Unterhalb der Gebäude Am Silberfuchs ist in der Waldfläche ein Bombentrichter vorhanden, der verfüllt worden ist (ca. 100 m⁵ Ausdehnung, ca. 1,50 m hoch aufgeschüttet). Die Sondierungen haben im Wesentlichen Erd-, Felsaushub und Bauschutt sowie Gartenabfälle nachgewiesen. Hausmüll kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Im Hinblick auf die geplante Nutzung "Schutzfläche / Waldfläche" ist davon auszugehen, dass durch die Ablagerungen keine Schutzgüter betroffen sind.

16. Ver- und Entsorgung

Um die notwendige Versorgung des Neubaugebietes "Giersberg-Ost" zu erreichen, werden die neuen Leitungsnetze für Wasser, Gas, Strom und Fernmeldewesen an die vorhandenen Leitungen angeschlossen. Eine Anpassung der Kapazitäten an den neuen Bedarf wird von den Betreibern der Netze vorgenommen. Für die Leitungsnetze stehen sowohl die öffentlichen Verkehrsflächen als auch die festgesetzten Leitungstrassen im Bauland zur Verfügung. Zur Sicherstellung der **Stromversorgung** sind an der Planstraße 1 drei Standorte für Trafostationen festgesetzt. Die **Wasserversorgung** für das Plangebiet ist gesichert. Es ist ein Wasserdruck von > 2,5 bar vorhanden. Die abwassertechnische Erschließung des Neubaugebietes wird unter Beachtung ökologischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte im Trennsystem gewährleistet. Das **Entwässerungskonzept** wurde in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg aufgestellt. Das Entwässerungsverfahren beinhaltet die Trennung der häuslichen Abwässer und der Oberflächenwässer.

1. Die anfallenden Abwässer werden im Trennsystem entwässert. Eine Ausnahme bilden lediglich die Bereiche am "Turnhallenweg" und "Im Wiesengarten" mit der vorhandenen Bebauung, die weiterhin im Mischsystem entwässert werden. Gemäß Beschluss des Bauausschusses vom 17.05.1993 werden keine talseitigen Nebensammler gebaut. Die im Baugebiet anfallenden häuslichen Abwässer werden über die städt. Kanalisation der Kläranlage Siegen zugeleitet.
2. Das Niederschlagswasser wird über Sickerrohre und Rohrrigolen abgeleitet und im Baugebiet versickert.

Die Versickerungsfähigkeit des Bodens ist durch ein Gutachten belegt. Die Rohrrigolen der Versickerungsanlagen liegen größtenteils in den Straßentrasse neben den Schmutzwasserleitungen und sind durch eine kaskadenförmige Ausbildung geeignet, Oberflächenwasser zu speichern und über die Porwände der Rohre ins Erdreich zu versichern.

Bei Völlfüllung einer Kaskade wird der nächste Abschnitt beaufschlagt, in dem dann weiter versickert wird.

Durch spezielle Kontrollschächte wird der oberhalb liegenden Rohrrigole bei Überlastung so die Möglichkeit gegeben, überschüssiges Wasser in die unterhalb liegende Rohrrigole bzw. in den Systemüberlauf im Siefen abzugeben und die Überprüfbarkeit der Anlage sicherzustellen. Das Rohr-/Rigolensystem im Bereich der Turnhalle läuft in den Schmutzwassersammler bzw. weiterführend in den Mischwassersammler Alm Wiesengarten über.

Die notwendigen Überläufe am Ende der Rigolensysteme gewährleisten als Sicherheitseinrichtung das Funktionieren der Gesamtanlage.

Die Überläufe der in den Siefen mündenden Rigolen speisen bei Überlastung das dort vorhandene Feuchtgebiet. Die Überläufe an der Planstraße 1 im Bereich des Waldgebietes versickern das Wasser in Überlaufmulden. Das Versickerungssystem ist auf eine 10-jährige Versagenshäufigkeit ausgelegt.

Die Überläufe der Versickerungsbauwerke sind so angelegt, dass bei selteneren extremen Ereignissen das System im Wesentlichen in den Siefen überläuft.

Das von dem Rigolensystem in den Untergrund eingebrachte Wasser kann zu einer Erhöhung des Grundwasserspiegels und zu Wasseraustritten an den Anschnittsflächen der Baugruben und den Untergeschossen der Gebäude führen. Daher sind die erdberührenden Außenwände und die Bodenplatten der Untergeschosse bei Bedarf druckwasserdicht auszubilden.

Hausdrainagen sind innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes unzulässig, weil andernfalls eine Störung der Rigolenversickerung zu befürchten ist.

Die Vorteile des Versickerungssystems stellen sich wie folgt dar :

- % Die ungünstigen Auswirkungen einer Flächenversiegelung bezogen auf den Wasserhaushalt können durch Regenwasserversickerung weitgehend kompensiert werden.
- % Die Gefahr einer Austrocknung des Siefens kann effizient herabgesetzt oder gänzlich vermieden werden.
Nennenswert sind die Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung und das Kleinklima, denn im Vergleich zu konventionellen Entwässerungsverfahren erhöht sich aufgrund der höheren Wassermengenbilanz auch die Verdunstungsrate. Dadurch werden die Temperaturmaxima und die Staubkonzentrationen in der Luft herabgesetzt.
- % Ein Schmutzwassereintrag aus dem Entwässerungssystem des Neubaugebietes in den Bürbach findet im Gegensatz zu konventionellen Entwässerungsverfahren nicht statt (Überlaufbauwerke).
- % Die erforderliche Retention des Regenwassers wird vollständig durch die Versickerungsanlage erzielt und im Vergleich zum Mischsystem wird die Zuflussmenge zur Kläranlage erheblich reduziert, so dass auf eine Vergrößerung der weiterführenden Hauptsammler verzichtet werden kann.

Mit dem System werden bei den öffentlichen Investitionen beträchtliche Kosteneinsparungen erzielt.

An der Planstraße 1 sind zwei **Wertstoffdepots** jeweils im Eingangsbereich des Wohngebietes festgesetzt.

17. Lokalklimatische Verhältnisse

Das Klimagutachten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) aus dem Jahre 1993 führt aus, dass das Plangebiet für die bereits bebauten / besiedelten Bereiche in Bürbach unter klimatischen Gesichtspunkten von erheblicher Bedeutung ist.

Da z. Z. bereits keine optimalen Be- und Durchlüftungsverhältnisse in Bürbach vorherrschen, sind folgende Anwendungen aus dem Klimagutachten im Planentwurf berücksichtigt:

- % Der durch das Relief bedingte hangparallele Geschosswohnungsbau ist von einer dreigeschossigen Bebauung auf eine zweigeschossige reduziert worden.
- % Der Anteil der eingeschossigen Bereiche ist erhöht worden, weil diese Bauhöhe keine Behinderung für den Kaltluftabfluss darstellt.
- % Außerdem sind die Baukörperlängen im westlichen Teil unterhalb der Planstraße 1 auf 25,00 m begrenzt, um so Durchlässe für den Kaltluftabfluss zu bilden.
- % Der mittig im Plangebiet liegende Siefen - im oberen Bereich ca. 70 m und im unteren Bereich auf über 250 m Breite auslaufend - wird von dem Gutachten positiv bewertet, da auch die Pflanzabstände auf die Kaltluftproduktion und deren Abfluss Rücksicht nehmen. Doch wird hier weiterhin ein Zielkonflikt zwischen der im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen vorgesehenen Biotopentwicklung des Siefens und dem vorhandenen Kaltluftentstehungs- und -abflussgebiet bestehen.
- % Auch der Bereich zwischen geplanter und vorhandener Bebauung ist von einem Grüngürtel durchzogen, der positive Auswirkungen auf das Kleinklima hat.
- % Die Windgeschwindigkeit im Stadtgebiet ist geringer als in der freien Landschaft, weil Bebauungen diese reduzieren.
So wird auch nach der Bebauung des Giersberghanges die Windgeschwindigkeit abnehmen. Anhand einer Simulation an einem Geländemodell i. M. 1 : 25.000 ist festgestellt worden, dass es zwar zu einer Reduzierung der Kaltluftabflüsse nach Realisierung des Bebauungsplanes kommt, aber keinesfalls zu einer vollständigen Unterbindung.
- % Die Belastung der Austauschluft durch Heizabgase wird als gering eingestuft, da bei Realisierung des Bebauungsplanes die neue Energiesparverordnung in Kraft sein wird und dann nur noch emissionsarme und effiziente Heizungen erlaubt sind. Außerdem werden die neuen Häuser nach den Vorgaben der Energiesparverordnung in Niedrigenergie-Bauweise zu errichten sein, was den Energiebedarf deutlich gegenüber dem heutigen Standard herabsetzen wird. Eine Beeinträchtigung der talwärts fließenden Kaltluft wird demzufolge als messtechnisch kaum nachweisbar eingestuft.

18. **Biotope nach § 62 LG NW im Plangebiet**

Zur Offenlegung des Bebauungsplanes in der Zet vom 26.03. bis 26.04.2001 sind Anregungen dahingehend vorgebracht worden, dass sich im Plangebiet geschützte Biotope nach § 62 LG NW in Form von Mager- und Feuchtwiesen und Quellbereiche befinden.

Da zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Jahreszeit keine Kartierung durchgeführt werden konnte, wurde diese auf einen späteren Termin nach Wachstumsperiode verschoben.

Am 06.06.2001 fand im o. g. Plangebiet eine Geländebegehung statt, an der neben einem Vertreter der LÖBF auch sachkundige Mitarbeiter der Stadt Siegen und der Unteren Landschaftsbehörde teilnahmen.

Ziel der Begehung war die **flächendeckende Untersuchung des Plangebietes** auf mögliche Vorkommen von Magerwiesen sowie eine Abgrenzung von Bereichen, bei denen die Voraussetzungen zur Ausweisung als geschützte Biotope gemäß § 62 LG gegeben sind. Neben dem Quellbereich im mittleren Plangebiet wurden einvernehmlich 5 Magerwiesen im westlichen Plangebiet neu kartiert, die aufgrund ihres hohen Anteils an Magerkeitsanzeigern und ihres guten Erhaltungszustandes unter den gesetzlichen Schutz nach § 62 LG fallen.

Im westlichen Plangebiet wurden auch außerhalb dieser 5 Flächen Bereiche mit Magerkeitsanzeigern angetroffen, die jedoch aufgrund ihrer Nutzung, der zu geringen Anzahl an Indikatorarten und ihres schlechteren Erhaltungszustandes nicht die Voraussetzungen zur Ausweisung gemäß § 62 LG erfüllen.

Insofern kann ausgeschlossen werden, dass außer den o.g. 5 Flächen weitere §-62-Biotope übersehen wurden, obwohl sie tatsächlich vorhanden waren.

Die Kartierungen und Flächenabgrenzungen erfolgten nach anerkannten Methoden und Bewertungskriterien, wobei ein geeignetes Datum für die Kartierungen gewählt wurde, um einen möglichst großen Bestand an Magerkeitsanzeigern anzutreffen.

Die Biotope mit den Nummern

- (1) **GB 5114 - 0001 - 2001**
- (2) **GB 5114 - 0002 - 2001**
- (3) **GB 5114 - 0003 - 2001**

liegen im westlichen Teil des Bebauungsplangebietes und in den geplanten Wohnbauflächen. Sie haben eine kartierte Größe von ca. 6.600 m². Eine Kartengrundlage dieser Kartierung ist im Anhang der Begründung beigefügt.

Aufgrund des § 62 LG NW hat die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW (LÖBF) nach der Offenlegung am 06.06.2001 die Biotopkartierungen vorgenommen. Es handelt sich dabei um die im Plangebiet gelegenen Biotope (Magerwiesen bzw. Weiden) und Feuchtgebiete

- (1) **GB 5114 - 0001 - 2001,**
- (2) **GB 5114 - 0002 - 2001,**
- (3) **GB 5114 - 0003 - 2001,**
- (4) **GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich),**
- (5) **GB 5114 - 0005 - 2001,**
- (6) **GB 5114 - 0006 - 2001,**
- (7) **GB 5113 - 00030.**

Die zuletzt genannten drei Biotope werden durch die Bauleitplanung nicht tangiert. Bezüglich des Quellbereiches sind mögliche Beeinträchtigungen minimiert. Wegen der drei zuerst genannten Biotope beantragte die Stadt Siegen am 03.07.2001 bei der Unteren Landschaftsbehörde die Erteilung einer Ausnahme von den für gesetzlich geschützte Biotope geltenden Verboten. Dieser Antrag wurde u. a. damit begründet, dass die geschützten Flächen weniger als 2 % des gesamten Planbereiches umfassen und nicht mehr mit vertretbarem planerischen Aufwand aus dem Plangebiet ausgeklammert werden könnten.

Auch eine Erweiterung des Plangebietes nach Osten auf den Hang zur K 4 (Obere Dorfstraße) scheidet aus städtebaulichen und Immissionsschutzgründen aus, weil

- % die AObere Dorfstraße ≙ als Kreisstraße (K 4) mit hohem Lkw-Anteil die Orientierungswerte der DIN 18005 ASchallschutz im Städtebau ≙ erst bei einem Schutzabstand von ca. 80 m einhalten kann;
- % die Hangneigung nach Osten eine optimale Besonnung und die Nutzung von Solarenergie stark einschränkt,
- % der wirksame Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen einen ca. 70 m breiten Grünstreifen zur K 4 vorsieht;
- % der bestehende Bewuchs beidseitig des vorhandenen Fußweges in einer Breite von ca. 35 m einen so hohen ökologischen Wert hat, dass dieser zu erhalten ist.

Die Grundidee des Bebauungsplankonzeptes ist aus einem Ideenwettbewerb hervorgegangen, der mit Verbesserungsvorschlägen des Preisgerichtes so vom Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschlossen wurde. Während der Planentwicklung ist durch Reduzierung an den Randbereichen das Plangebiet auf 36 ha verkleinert worden. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Schonung des vorhandenen Naturhaushaltes geschehen.

Wegen der weiteren Biotope wurde keine Ausnahmegenehmigung beantragt. Diese Biotope liegen innerhalb von Grünflächen- / Ausgleichsflächen und deshalb sind keine störenden Eingriffe zu erwarten. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein erteilte am 07.09.2001 die beantragte Ausnahmegenehmigung mit Auflagen.

Diese Auflagen betreffen Flächen, die von der Stadt Siegen als Ausgleich für die durch die Planung in Anspruch genommenen Flächen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu zählen :

- (1) Wiederaufforstung eines Fichtenbestandes in Bürbach, Flur 5 Nr. 392, ca. 4.500 m²

Anlage eines Eichen-Buchen-Waldes - Biotopwert 6

- (2) Flächenaufwertung von Brachflächen im Bereich Tiergarten in Bürbach, Flur 5 Nr. 17 (3.434 m²), Nr. 18 (2.354 m²), Nr. 22 (1.399 m²), Nr. 459 (845 m²)
Gesamtfläche 8.022 m²

Anlage einer extensiven Wiesennutzung mit einigen Gehölzen mit Entwicklungsziel Magerwiese - Biotopwert 7

- (3) Flächenaufwertung von Grünlandfläche im Bereich ABergelche in Bürbach, Flur 6, Teilbereiche Nrn. 37, 38, 39, 68 und 69, ca. 4.500 m²

Anlage einer extensiven Wiesennutzung mit Obstbäumen - Biotopwert 6

- (4) Flächenaufwertung von Grünlandfläche in Volnsberg, Flur 6 Nr. 72, 7.878 m²

Anlage einer Obstwiese - Biotopwert 6

Diese Flächen wurden am 07.12.2000 der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein im Rahmen eines Gesamtpaketes für das Ökokonto der Stadt Siegen gemeldet und bestätigt.

Die zuvor dargestellten Maßnahmen erzielen eine Wertsteigerung von 66.678 Wertpunkten.

Gegen diesen Bescheid legte der NABU mit Schreiben vom 04.10.2001 Widerspruch ein. Der NABU setzt sich gegen die Ausnahmegenehmigung bezüglich der drei zuerst genannten Biotope zur Wehr. Zur Begründung führte er u. a. ferner aus, dass auch das Biotop GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich) - mit Wohnbauflächen teilweise überplant und durch eine Straßenführung (neue Planstraße 1) beeinträchtigt werde. Im Übrigen seien weitere Flächen zwischen den drei oben zuerst genannten Magerwiesen als Biotope schützenswert, so dass auch insoweit eine Ausnahme hätte beantragt werden müssen. Die angenommenen Beeinträchtigungen durch die neue Planstraße 1 werden durch technische Maßnahmen am Straßenkörper, die Höhenlage der Gradienten und die Ausgestaltung des Untergrundes so weit gemindert, dass der Einzugsbereich des Quellbereiches nicht von erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen betroffen ist. Der eigentliche Austritt der Quelle ist durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes geschützt, da er in einer öffentlichen Grünfläche liegt und somit von erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen geschützt ist.

Sollte der Hangbereich baulich tangiert werden, trägt die Stadt Siegen Sorge dafür, dass das von oben kommende Quellwasser ordnungsgemäß in den Untergrund fließen, verrieseln und versickern kann.

Der Widerspruch des NABU ist durch Widerspruchsbecheid der Bezirksregierung Arnsberg vom Januar 2002 zurückgewiesen worden.

Mit Datum vom 26.10.2001 hat die Stadt Siegen den Antrag auf sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides vom 07.09.2001 gestellt.

Die ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein hat mit Verfügung vom 24.01.2002 die sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides verfügt.

Eine Kopie der Verfügung ist als Anlage beigefügt.

19. Ordnung des Grund und Bodens

Die Flächen des Plangebietes befinden sich zu rd. 50 % in städtischem Besitz. Um die Verwirklichung des Bebauungsplanes zu ermöglichen, sind gemäß Bau-gesetzbuch (BauGB) die Ausübung des Vorkaufsrechtes und bodenordnende Maßnahmen, wie Grenzregelungen, Umlegung u. ä., erforderlich.

20. Kosten

Die überschläglich ermittelten Kosten für die städtebaulichen Maßnahmen zur Realisierung dieses Bebauungsplanes betragen voraussichtlich 17,5 Mio. DM. Darin enthalten ist der Straßenbau mit Beleuchtung und Begrünung, der Kanalbau und der Ausbau der Ausgleichsflächen (jeweils ohne Grundstückswert).

Die Mittel zur Finanzierung des Stadtanteiles sind im Haushaltsplan bereitzustellen. Der verbleibende Kostenanteil wird durch Erschließungsbeiträge und durch Ausgleichszahlungen zu decken sein.

Die Ausgleichskosten für die Versiegelung der Verkehrsflächen werden im Rahmen der Erschließungsbeiträge refinanziert. Für die Erhebung der Ausgleichszahlungen für die Versiegelung der Bauflächen ist noch eine Satzung gemäß § 135 c BauGB zu erlassen.

Siegen, im Februar 2002

STADT SIEGEN
Fachbereich 7
Stadtplanung
I. A.

Bearbeitet von :
Fachbereich 7
Stadtplanung
Rainer Brede

Ulrike Rohr

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9/1
Bearbeitet von: Dietmar Grebe

Datum
24.01.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss III - Ost	10.04.2002
Bauausschuss	15.04.2002
Haupt- und Finanzausschuss	08.05.2002
Rat	22.05.2002

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg - V. 134 -;
Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw.**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg vom 12.08.1921 - V. 134 -;
Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw. (Teilstück von der Rabenhainstraße bis hinter die abzweigenden Wege Nr. 145 und 240).

Sachverhalt / Begründung:

...

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9/1
Bearbeitet von: Herr Schlenther / Herr Sänger

Datum
12.12.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss V - West	12.03.2002
Bezirksausschuss IV - Mitte	12.03.2002
Bezirksausschuss III - Ost	12.03.2002
Verkehrsausschuss	12.03.2002
Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	09.04.2002
Rat	
Haupt- und Finanzausschuss	
Bauausschuss	
Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	

Betreff:

Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario Ökologie als Rahmenplan.

Der Verkehrsentwicklungsplan ist die zielführende Leitlinie für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Szenario Ökologie zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet Siegen.

2. den Rechenfall 8 mit
 - Siegbergtunnel
 - Busspuren und
 - Verkehrsberuhigung Kölner Tor;

3. den 1982 vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Generalverkehrsplan für den Bereich Siegen-Mitte durch den VEP zu ersetzen;
4. den Planungsauftrag für die Erstellung der Unterlagen für das Linienbestimmungsverfahren (§ 37 StrWG NW);
5. die im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) für den Bau des Siegbertunnels (SBT) erstellten Fachbeiträge
 - "Verkehr"
 - "Bebaute Umwelt"
 - "Landschaft"
 der Bezirksregierung Arnsberg zur Einleitung des Linienbestimmungsverfahrens entsprechend des § 37 Abs. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zuzusenden;
6. für die Realisierung der in der Kosten-Wirksamkeits-Analyse aufgelisteten Einzelmaßnahmen - Kostenvolumen \approx 47 Mio. € (Anlage 6) - sind in jedem einzelnen Fall gesonderte Ratsbeschlüsse erforderlich.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich Straße und Verkehr
Bearbeitet von: Herrn Giese

Datum
05.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	15.04.2002
Haupt- und Finanzausschuss	08.05.2002

Betreff:

Neubau Brücke Formerstraße - Kreuzungsvereinbarung mit der Siegener Kreisbahn

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt den Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung in Anlehnung an § 13 EkrG mit der Siegener Kreisbahn zur Anpassung der Lichtzeichenanlage des Bahnüberganges Formerstraße wegen des Neubaus der Brücke Formerstraße.

Sachverhalt / Begründung:

Die Brücke Formerstraße ist eine wichtige Verbindung zwischen dem Zentrum von Weidenau und dem Haardter Berg bzw. zwischen dem Haardter Berg und der Waldsiedlung.

Nach der letzten Hauptprüfung im Jahr 1999 musste diese Brücke von 24 t auf 2,5 t bei einstreifiger Verkehrsführung abgestuft werden. Gleichzeitig wurde der Prüfungsturnus von einmal in 3 Jahren auf zwei mal pro Jahr verkürzt. Bei der Prüfung im April 2000 hatte sich der Zustand weiter verschlechtert, so dass eine Sperrung für den Kfz-Verkehr unumgänglich war.

Über die Brücke Formerstraße läuft eine städtische Radroute. Bei der Planung des Brückenneubaus wurden die Anforderungen für den Radverkehr durch die Anlegung von zwei Radfahrstreifen auf der Brücke berücksichtigt. Dies führte zu einer Verbreiterung der Brücke auf insgesamt 14,00 m. Diese Verbreiterung der Brücke für die Belange des Radverkehrs ist gleichzeitig Voraussetzung für die Förderung des Brückenneubaus mit Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Der Zuschuss beträgt 75 % der

zuwendungsfähigen Kosten. Ein Ersatzbau der Brücke mit den vorhandenen Abmessungen wäre nicht förderfähig gewesen.

Der zur Ausführung kommende Brücken- und Straßenquerschnitt wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 02.07.2001 vorgestellt und beschlossen.

Die Verbreiterung der Brücke hat allerdings auch zur Folge, dass der Bahnübergang (BÜ) Formerstraße der Siegener Kreisbahn verbreitert werden muss.

Durch die Verbreiterung der Brücke sind am benachbarten Bahnübergang folgende Änderungen notwendig. Die angegebenen Kosten sind geschätzte Bruttokosten.

- Änderung der Lichtzeichenanlage 120.000,-- EUR
- Erdarbeiten für Lichtzeichenanlageänderung 60.000,-- EUR
- Verbreiterung der Straße im Bereich der Gleise 10.000,-- EUR

Diese Kosten sind von der Stadt Siegen als Veranlasser der Maßnahme zu übernehmen und sind Bestandteil des Zuschussantrages nach GVFG.

Die Notwendigkeit und der Umfang der Änderungen beruhen auf Auflagen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht beim Eisenbahnbundesamt im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Änderung des Bahnüberganges. Ohne die Einhaltung dieser Auflagen ist eine Brückenverbreiterung für den o. g. Radweg und somit die Zuschussung des Brückenneubaus nicht möglich.

Die Änderungen sind an Anlagen durchzuführen, die sich im Eigentum der Siegener Kreisbahn befinden. Da auch die geänderten Anlagen in das Eigentum der Siegener Kreisbahn übergehen, sollte diese daher sinnvollerweise auch die Gewährleistung überwachen. Außerdem setzt die Bauüberwachung der Maßnahme eisenbahntechnisches Fachwissen voraus, welches nur bei der Siegener Kreisbahn, nicht jedoch bei der Stadt Siegen vorhanden ist. Daher besteht zwischen der Stadt Siegen und der Siegener Kreisbahn Einvernehmen darüber, dass die Siegener Kreisbahn die Maßnahme durchführt.

Für die signaltechnische Planung der Änderung der Lichtzeichenanlage und deren Ausschreibung muss sich die Siegener Kreisbahn wegen derzeitigen Personalmangels eines Ingenieurbüros bedienen, damit der vorgesehene Fertigstellungstermin der gesamten Maßnahme Ende Oktober 2002 sichergestellt werden kann.

Die Kosten dieser Ingenieurleistungen werden gemäß HOAI ermittelt und betragen voraussichtlich 15.000 EUR einschließlich MWSt. Diese Kosten sind von der Stadt Siegen zu übernehmen.

Darüber hinaus trägt die Stadt Siegen die Kosten für Leistungen der Siegener Kreisbahn, die nicht durch die o. g. Ingenieurleistungen eines Ingenieurbüros erbracht werden können. Die Kosten für die Leistungen der Siegener Kreisbahn betragen voraussichtlich 6.000,-- EUR und werden auf Nachweis abgerechnet.

Um die beschriebene Maßnahme mit der Siegener Kreisbahn rechtlich und finanziell im Rahmen der Vorschriften des Eisenbahnkreuzungsgesetzes abwickeln zu können, ist der Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung in Anlehnung an § 13 Eisenbahnkreuzungsgesetzes erforderlich. Die vorgesehene Vereinbarung ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Im Vorgriff auf diese Vereinbarung hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 29.01.2002 bereits einer Kostenübernahmeerklärung der Stadt Siegen gegenüber der Siegener Kreisbahn für die o. g. Erteilung des Auftrages der Siegener Kreisbahn an ein Ingenieurbüro für die Planung und Ausschreibung der Änderungen am Bahnübergang zugestimmt. Gleiches gilt auch für die Übernahme der Kosten der Siegener Kreisbahn, die nicht durch ein Ingenieurbüro erbracht werden können.

Für die Erbringung der Bauleistungen bestehen Lieferfristen von ca. 5 Monaten. Die kurzfristige Ausschreibung der Bauleistungen durch die Siegener Kreisbahn ist daher notwendig. Voraussetzung hierfür ist der Abschluss der Kreuzungsvereinbarung.

Voraussetzung für die Ausarbeitung der Kreuzungsvereinbarung war die Abschätzung der Fa. Siemens (Lieferant der bestehenden Altanlage) über den Umfang der notwendigen Änderung an der Altanlage gemäß den Auflagen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht. Trotz mehrfacher Mahnungen lag diese Abschätzung erst Ende 2001 vor.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
211.000,-- €		148.500,-- €	62.500,-- €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 1.054.000,-- €	Haushaltsstelle 1.630.9531.9
--	-----------------------------------	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: Kreuzungsvereinbarung

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich
Bearbeitet von:

Eigenbetrieb Entwässerung

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Rat

22.05.2002

Betreff:

Verlegung der Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen

hier:

Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Für die Vergabe von Aufträgen zur Fertigstellung der Maßnahme "Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen" wird gemäß § 82 Abs. 1 i. V. m. § 84 Abs. 1 GO NW eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 1.690.9547.7 - 52 Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen, Baukosten - in Höhe von 100.000 € bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme von VE bei der Haushaltsstelle 1.690.9532.9 - 37 Auswechslung Verrohrung Gosenbach, Baukosten - in gleicher Höhe.

Sachverhalt / Begründung:

Durch Verlandung ist die hydraulische Leistungsfähigkeit der Rösche erheblich reduziert. Schädigungen der Anlieger bei Hochwasser sind die Regel. Die Unterhaltung des gestickten Gewölbes ist durch Überbauung und fehlende Revisionsöffnungen nicht möglich. Der bauliche Zustand ist fraglich.

Aufgrund der Dringlichkeit ist die Gesamtvergabe der Baumaßnahme erforderlich. Eine Stückelung in verschiedene Bauabschnitte, auf mehrere Jahre verteilt, würde höhere Baukosten mit sich führen.

Die Verlegung der Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen ist im Investitionsplan (IP) mit einem Gesamtbedarf von 380 T€ ausgewiesen. Gem. einer aktuellen Kostenermittlung verringert sich die Auftragssumme auf ca. 280 T€.

Für die Abwicklung der Maßnahme stehen in diesem Haushaltsjahr Haushaltsreste in Höhe von ca. 194 T€ zur Verfügung, die bereits geringfügig (15 T€) mit Aufträgen belegt sind. Die weitere Finanzierung erfolgt nach IP in den Jahren 2003 (25 T€) und 2004 (140 T€).

Aufgrund des vorgenannten Sachverhaltes erfolgt eine Gesamtvergabe des Auftrages in Höhe von ca. 280 T€ im Haushaltsjahr 2002. Für die Einbuchung der in diesem Jahr nicht mehr kassenwirksamen Mittel ist die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung erforderlich. Die kassenmäßige Abwicklung der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt im Jahr 2003, das Investitionsprogramm wird entsprechend angepasst.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: